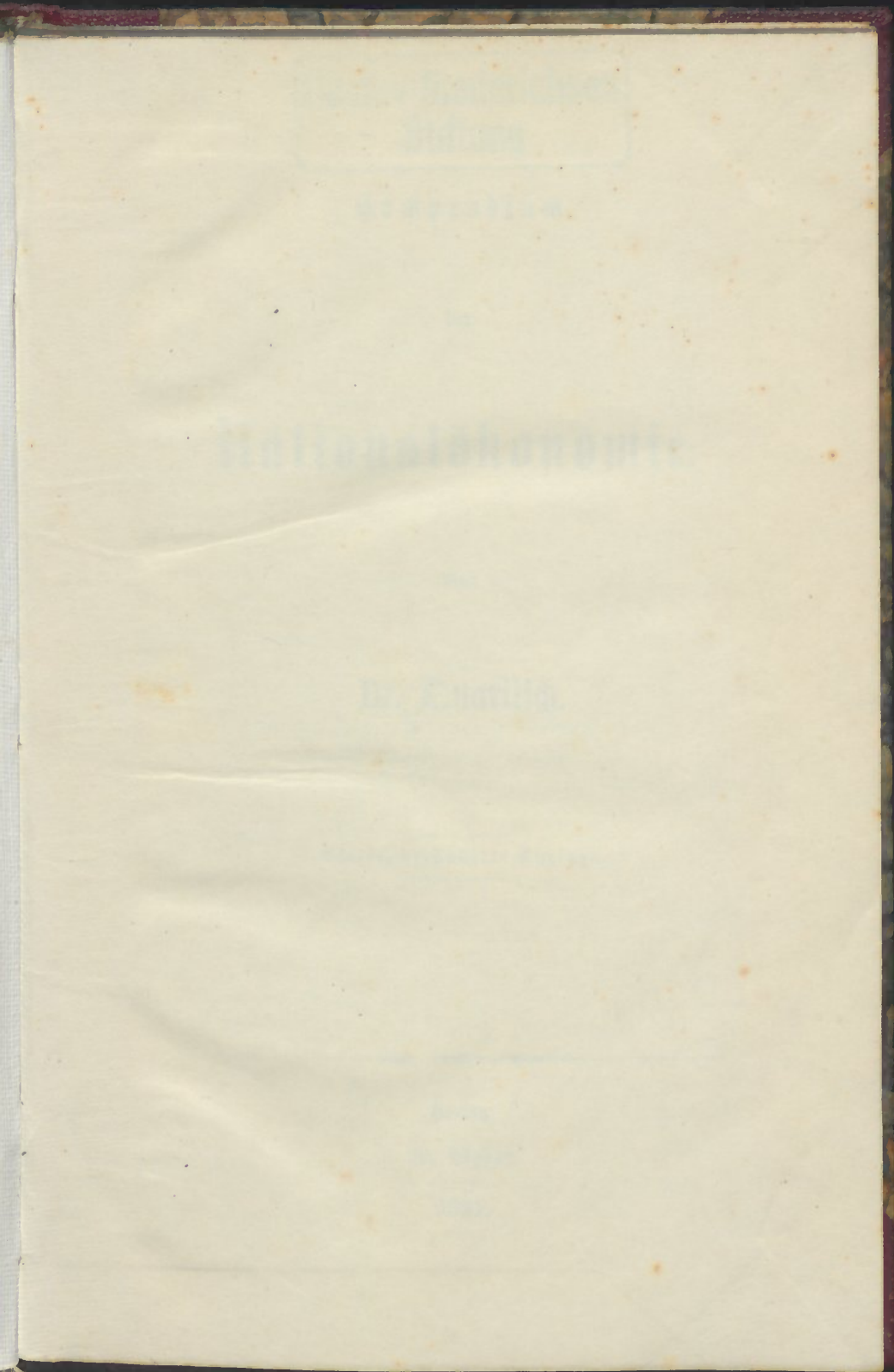


I 11638



Gustav Diederichsen
Stiftung

Compendium

der

Nationalökonomie.

Von

Dr. Quaritsch.

Vierte, veränderte Auflage.

Berlin.

W. Weber.

1891.

I 11638

monograph

191

Nationalökonomie

191



Di

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

Vorbegriffe, § 1.

Die Wissenschaft von der Volkswirtschaft, § 2.

Theoretische Volkswirtschaftslehre, § 3.

Praktische Volkswirtschaftswissenschaften, § 4.

Streitfrage über den wirtschaftlichen Beruf und den Zweck des Staates, § 5.

Das Recht und die Volkswirtschaft, § 6.

Weltwirtschaft und Völkerrecht, § 7.

Geschichtlicher Theil.

I. Die Nationalökonomie vor Adam Smith.

Alterthum und Mittelalter, § 8.

Das Mercantilsystem, §§ 9—12.

Das phrysiokratische System, §§ 13, 14.

II. Das Industriesystem von Adam Smith, §§ 15—18.

III. Die Nationalökonomie seit Ad. Smith, § 19.

1. In England. a) Malthus, Ricardo und die spätern Nationalökonomien, § 20.

b) Owen und Cobden, § 21.

2. In Nordamerika. Carey, § 22.

3. In Frankreich. a) Die Nationalökonomie seit J. B. Say und der Frei-

handel, § 23. b) Communismus und Socialismus, § 24.

4. In Deutschland. a) Reception und nächste Fortbildung der Ad. Smith'schen Lehre, § 25. b) Erste Gegner Ad. Smith's, § 26. c) Die historische Schule, § 27. d) Die Freihandelschule und die Schutzollpartei, §§ 28, 29. e) Die Kathedersocialisten, § 30. f) Der theoretische Socialismus der Gegenwart, § 31. g) Die Internationale, Lassalle und die Socialdemokratie, §§ 32, 33. h) Conservativer und kirchlicher Socialismus, § 34. i) Der Voluntarismus auf socialem Gebiet, § 35.

Systematischer Theil.

I. Production.

Begriff, Zweck und Arten der Production, § 36.

Die Productionsfactoren, § 37. Natur, § 38. Arbeit, § 39. Kapital, § 40.

Verbindung der Productivkräfte zum Unternehmen, § 41.

Selbstunternehmungen der Arbeiter, § 42.

II. Güterumlauf.

Handel und Verkehr, § 43.
Die Handelspolitik, § 44.
Die Güter als Waaren, § 45.
Der Preis, §§ 46, 47.
Das Geld, §§ 48—50.
Der Credit, §§ 51, 52.

III. Gütervertheilung.

Vertheilung und Einkommen, § 53.
Arbeitslohn, § 54.
Zins, § 55.
Grundrente, § 56.
Unternehmergewinn, § 57.

IV. Consumption.

Begriff und Arten, § 58.
Wirtschaftliche und unwirtschaftliche Consumption, § 59.
Gleichgewicht zwischen Production und Consumption, § 60.
Gemeinnützige Anstalten zur Beförderung wirtschaftlicher Vorsorglichkeit.
1. Sparkassen, § 61. 2. Versicherungsanstalten. a) Begriff und Organisation, § 62. b) Versicherungszweige, insbesondere Lebensversicherung, §§ 63, 64.

Näheres über Geld-, Bank- und Finanzwesen.

1. Das staatliche Münz- und Geldwesen, §§ 65—68.
2. Bankwesen, §§ 69—73.
3. Staatssteuern und Zölle, §§ 74—78.
4. Staatsschulden, §§ 79—82.

Einleitung.

Vorbegriffe.

§ 1. Wirthschaftslehre ist Güterlehre. Gut ist alles, was als Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse für brauchbar erachtet wird. Wirthschaftliche Güter sind aber nur äußere, zum gegenseitigen Austausch begehrte Güter und zwar hauptsächlich materielle oder Sachgüter (res corporales). Es sind daher ausgeschlossen 1) innere, d. h. der Person innewohnende Güter, wie Gesundheit, Anlagen, Kenntnisse. Desgleichen 2) freie, d. h. reine, umsonst zu habende Naturgüter. Derartige Güter sind die Luft, das Sonnenlicht, die Sonnenwärme und das Weltmeer, aber auch solche, wie das Wasser, wilde Pflanzen, Steine und andere aneignungsfähige Naturgüter, insofern sie an dem Orte, wo sie gebraucht werden, umsonst zu haben sind. 3) Ob auch immaterielle Güter, wie persönliche Dienste, Kundschaft, Firma, Patente, öffentliche Einrichtungen und Anstalten Güter im wirthschaftlichen Sinne seien, ist nicht unbestritten.

Als Mittel der Bedürfnisbefriedigung haben die wirthschaftlichen Güter nach dem Grade ihrer Brauchbarkeit für diesen Zweck Gebrauchswerth. Als zum gegenseitigen Austausch begehrte Güter haben sie unter einander nach Maßgabe ihrer gegenseitigen Tausch- oder Kaufkraft Tauschwerth.

Als Mittel zur unmittelbaren Befriedigung persönlicher Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung, Wohnung u. dgl. heißen die wirthschaftlichen Güter Consumtions- oder Genußmittel, als Mittel zur Hervorbringung neuer Güter Produktionsmittel z. B. Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen.

Die auf die Befriedigung des Bedarfs an wirthschaftlichen Gütern gerichtete menschliche Thätigkeit heißt Wirthschaft, der Begriff der wirthschaftlichen Thätigkeit innerhalb eines staatlich

organisirten Volkes Volkswirthschaft oder Nationalökonomie in diesem Sinne. Die innerhalb eines Volkes mit einander verkehrenden Einzelwirthschaften sind theils Privatwirthschaften, theils öffentliche oder Gemeinwirthschaften, nämlich der Staatshaushalt und der analoge Communalhaushalt der Provinzen, Kreise und Gemeinden.

Die Wissenschaft von der Volkswirthschaft.

§ 2. Die gesammte Wissenschaft von der Volkswirthschaft heißt Volkswirthschaftslehre oder Nationalökonomie (Nationalökonomik) im weitern Sinne oder auch politische Dekonomie. Sie umfaßt die Volkswirthschaftslehre oder Nationalökonomie im engern Sinne, die Finanzwissenschaft und die Volkswirthschaftspolitik. Die erste von diesen drei Wissenschaften ist eine theoretische, die beiden andern sind praktische. Die erste ist die Grundwissenschaft der beiden andern, ist aber insofern jünger, als sie erst von neuern deutschen Nationalökonomern durch Aussonderung und systematische Vereinigung der in den beiden andern zerstreuten allgemeinen Theorien als selbständige Wissenschaft ausgebildet worden ist (unten § 25).

Theoretische Volkswirthschaftslehre.

§ 3. Die theoretische Volkswirthschaftslehre, also die Volkswirthschaftslehre oder Nationalökonomie im engern Sinne, hat die allgemeine Natur und die allgemeinen Gesetze der wirtschaftlichen Erscheinungen, z. B. der Arbeitstheilung, des Preises und des Credits, darzulegen. Den verschiedenen Phasen oder Stadien der wirtschaftlichen Erscheinungen folgend, handelt sie von der Erzeugung, dem Umlauf, der Vertheilung und dem Verbrauch (Production, Circulation, Distribution und Consumption) der Güter.

Sie findet ihre Ergebnisse bald auf deductivem oder analytischem Wege (a priori), indem sie von bewiesenen oder keines Beweises bedürftigen allgemeinen Axiomen ausgeht, um aus dem Allgemeinen das Besondere zu folgern, bald auf inductivem oder synthetischem Wege (a posteriori), indem sie von dem durch Erfahrung, Geschichte und Statistik gegebenen Beobachtungsmaterial ausgeht, um aus dem Besondern das Allgemeine zu folgern.

Allgemeine Prämissen der deductiven Nationalökonomie sind folgende: 1) das Dasein menschlicher Bedürfnisse, welche einen gewissen Güterbedarf zur Folge haben; 2) das Dasein eines nur beschränkten Quantum von Gütern, welche dem Menschen von der Natur dargeboten werden; 3) das Bestreben des Menschen, seinen unbegrenzten Güterbedarf möglichst vollständig zu decken und dieses Resultat mit möglichst geringem wirthschaftlichen Aufwand zu erzielen. Absehend davon, daß die diesem Bestreben entsprechende Wirthschaftlichkeit des Handelns theils mit theils ohne und gegen den Willen der wirthschaftenden Subjecte (z. B. aus Mitleid, Ertzthum, Zwang) nicht durchgängig stattfindet, untersucht die reine deductive Nationalökonomie, welche Wirthschaftsgeetze sich aus ihren Prämissen unter der Voraussetzung ergeben, daß deren Wirkungen durch andere Einflüsse, welche ein unwirthschaftliches Handeln bedingen, nicht gestört werden.

Praktische Volkswirthschaftswissenschaften.

§ 4. Die beiden praktischen Volkswirthschaftswissenschaften lehren die Grundsätze, nach welchen die Staatsgewalt (Gesetzgebung und Verwaltung) auf wirthschaftlichem Gebiete nach Maßgabe der concreten Verhältnisse, also nach Verschiedenheit der Zeit und des Landes, am zweckmäßigsten zu handeln hat.

Die Finanzwissenschaft insbesondere lehrt die Grundsätze, nach welchen die Staatsgewalt die zur Deckung ihres Bedarfs erforderlichen wirthschaftlichen Mittel am zweckmäßigsten zu beschaffen und zu verwenden hat.

Die Volkswirthschaftspolitik lehrt die Grundsätze, nach welchen die Staatsgewalt die Volkswirthschaft am zweckmäßigsten zu fördern hat. Mit Rücksicht auf die einzelnen Zweige dieser Volkswirthschafts- oder Volkswohlstandspflege nimmt die Volkswirthschaftspolitik verschiedene Namen an, z. B. Land- und Forstwirthschaftspolitik, Gewerbepolitik, Handelspolitik nebst Zoll-, Schifffahrts- und Colonialpolitik, Münz-, Maß- und Gewichtspolitik, Verkehrsmittelpolitik betreffend Schifffahrt, Wege, Posten, Eisenbahnen und Telegraphen, Socialpolitik betreffend die Lage einzelner Volksklassen, insbesondere der gewerblichen Arbeiter. Die staatliche Wirthschaftspflege kann die Volkswirthschaft fördern theils mehr negativ, indem sie Hindernisse, welche der Wirth-

schafftsfreiheit (Gewerbe-, Handels- und Verkehrsfreiheit) entgegenstehen, beseitigt, theils positiv, indem sie productiv schaffend eingreift, z. B. Bewässerung und Entwässerung veranstaltet, Verkehrsmittel neu einrichtet oder vervollkommenet, das Münz-, Maß- und Gewichtswesen ordnet.

Verschieden von der Wirthschaftspflege ist die Wirthschaftspolizei, welche beschränkend und zwar theils repressiv theils präventiv in den Wirthschaftsbetrieb eingreift, um Gefahren für Leben, Gesundheit oder Vermögen abzuwenden. Nach Verschiedenheit der einzelnen Zweige der Volkswirthschaftspflege, worauf sie sich bezieht, wird sie verschieden benannt, z. B. Landwirthschafts- und Forstpolizei, Gewerbepolizei, Handels-, Zoll- und Schifffahrtspolizei, Münz-, Maß- und Gewichtspolizei, Wegepolizei, Eisenbahnpolizei u. ¹

Die Polizeiwissenschaft und die volkswirthschaftlichen Wissenschaften bilden einen Theil der auf die innere Staatsverwaltung bezüglichen Verwaltungslehre. ²

Streitfrage über den wirthschaftlichen Beruf und den Zweck des Staates.

§ 5. Sehr streitig ist bis auf den heutigen Tag, ob und inwieweit der Gang und Betrieb der Volkswirthschaft der positiven

¹ Ein abweichender Sprachgebrauch begreift unter der Volkswirthschaftspolizei (z. B. Gewerbe- und Handelspolizei) auch die Volkswirthschaftspflege (z. B. Gewerbe- und Handelspflege) und ebenso unter Armen-, Cultur- und Gesundheitspolizei auch die Armen-, Cultur- und Gesundheitspflege. In Wirklichkeit besteht allerdings zwischen der polizeilichen und pfleglichen Thätigkeit des Staates ein enger Zusammenhang und eine Wechselbeziehung, welche in vielen Fällen dieselbe Maßregel zugleich als polizeiliche und pflegliche erscheinen läßt.

² Polizei, Volkswirthschaftspflege und namentlich Finanzen waren auch die Gegenstände der sog. Cameralwissenschaft (cameralia), d. h. des Inbegriffs der für die ehemalige Kammerverwaltung in den deutschen Territorien nothwendigen Kenntnisse. Die Kammern waren landesherrliche Behörden für die Verwaltung der Domänen oder Kammergüter, welche die Hauptquelle des landesherrlichen Einkommens bildeten, für die als Mittel zur Hebung dieses Einkommens behandelte Volkswirthschaftspflege und daneben auch für die Polizei. In Preußen reorganisirte sie Friedrich Wilhelm I. (1723) als „Kriegs- und Domänenkammern“ und stellte sie als Provinzialverwaltungsbehörden unter das neugegründete „Generaldirectorium“. Die Stein'sche Verwaltungsreform (1808) ersetzte die Kammern durch die Regierungen, das Generaldirectorium durch das Staatsministerium.

Einwirkung und Regelung des Staates unterliegen dürfe oder umgekehrt sich selbst und der freien Selbstthätigkeit der Einzelnen und der Gesellschaft zu überlassen sei. Die verschiedene Beantwortung, welche diese Frage in der wirthschaftlichen Theorie und Praxis gefunden hat (s. unten den geschichtlichen Theil), hängt aufs engste mit der staatsphilosophischen Streitfrage über den Zweck des Staates zusammen.

Man unterscheidet drei Haupttheorien über den Staatszweck: 1) die Theorie der sittlichen Erziehung; 2) die Wohlfahrts-theorie; 3) die Rechtstheorie, welche die Rechtsicherheit der Einzelnen als ausschließlichen Staatszweck hinstellt. Die beiden ersten Theorien begünstigen eine vielseitige centralistische Thätigkeit des Staates für das Gemeinwohl, gefährden dagegen die locale und individuelle Selbständigkeit, indem sie geeignet sind, ein Uebermaß staatlichen Eingreifens, eine büreaukratische Staatsbevormundung und selbst eine die locale und individuelle Selbständigkeit absorbirende Staatsallmacht nach sich zu ziehen. Die Rechtstheorie begünstigt umgekehrt die Decentralisation und den Individualismus, d. h. die freie Selbstbestimmung des Einzelnen auf seine eigene Verantwortlichkeit, ist aber geeignet, das Gemeinwohl zu gefährden, indem sie dem Staate in Bezug auf die geistigen und wirthschaftlichen Volksinteressen keine andere als eine rein negative Thätigkeit einräumen will. Die Rechtstheorie heißt auch die Kantische Theorie, weil sie durch Kant zu besonderem Ansehen gelangte. Sie reagirte gegen die Wohlfahrts-theorie, welcher der „aufgeklärte Despotismus“ und die französische Revolution gehuldigt hatten. Mit Rücksicht auf ihre Schattenseiten wird die Rechtstheorie auch als Theorie des extremen Individualismus oder als Theorie des Gehen- und Geschehenslassens (sog. Manchestertheorie) bezeichnet.

Eine vermittelnde Ansicht, z. B. von Bluntschli, H. Schulze u. v. A., ist die Theorie der ergänzenden Gemeinschaft. Diese erblickt in der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung zwar die erste und wesentliche, keineswegs aber die einzige Aufgabe des Staates; auch die positive Pflege der geistigen und materiellen Interessen (Cultur- und Wirthschaftspflege) soll dem Staate zu Gunsten des Gemeinwohls obliegen, aber nur aushilfsweise, so daß insbesondere auch auf dem volkwirthschaftlichem Gebiete die Staatsthätigkeit (Staatsbetrieb, Staatshilfe) nur da eintreten soll,

wo die Privatthätigkeit (Privatbetrieb, Selbsthilfe, Individualismus, Voluntarismus) nicht ausreicht.

Das Recht und die Volkswirthschaft.

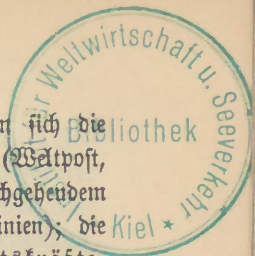
§ 6. Das Recht behandelt die Güter, welche die Nationalökonomie als Mittel der Bedürfnisbefriedigung auffaßt, als Objecte von Vermögensrechten und regelt die Entstehung, Uebertragung und Endigung der Rechte an denjenigen Gütern, von deren Production, Circulation und Consumtion die Nationalökonomie handelt.

Wie demnach das Recht ein wirthschaftliches Zusammenleben voraussetzt, so ist umgekehrt Rechtsicherheit eine unentbehrliche Vorbedingung der Volkswirthschaft und die bestehende Rechtsordnung mit ihrer Anerkennung der persönlichen Freiheit, der rechtlichen Gleichheit, der Vertragsfreiheit, des Privateigenthums und des Erbrechts die wesentliche Grundlage der bestehenden Volkswirthschaftsordnung.

Bei der wechselseitigen Bedingtheit von Recht und Wirthschaft müssen die Fortschritte der wirthschaftlichen Cultur auch eine entsprechende Weiterentwicklung des Rechts nach sich ziehen. Es gehört daher auch zu den Postulaten der Volkswirthschaftspolitik, daß die Rechts- und Proceßordnung mit den dermaligen Bedürfnissen und Grundsätzen der Volkswirthschaft im Einklange stehe.

Weltwirthschaft und Völkerrecht.

§ 7. Die verschiedenen Volks- oder Nationalwirthschaften erscheinen selber wieder als gegenseitig sich ergänzende Einzelwirthschaften in dem internationalen Wirthschaftsverkehr zwischen verschiedenen Ländern und Welttheilen. Mit Rücksicht auf diesen Verkehr spricht man von Völker- und Weltwirthschaft. Die Weltwirthschaft wird durch den Welthandel vermittelt. Mit diesem hängen wiederum folgende Erscheinungen zusammen: die Welthandelsartikel (insbesondere Colonialwaaren, Getreide, Edelmetalle, Eisen, Kohlen, Wolle, Baumwolle, die Fabrikate der Textilindustrie und einzelner Metallindustrien); die für den großen Export arbeitenden Weltindustrien und die Weltindustrielausstellungen; die Concurrenz oder der Wettbewerb aller civilisirten Nationen um den Weltmarkt, d. h. das größte Absatzgebiet; die Weltmarkt-



plätze (z. B. London für Edelmetalle u.), auf welchen sich die Weltmarktpreise bilden; die Weltverkehrsmittel (Waltpost, internationale Telegraphen- und Eisenbahnlinien mit durchgehendem Verkehr, unterseeische Kabel, transatlantische Dampferlinien); die internationale Bewegung der persönlichen Arbeitskräfte, welche sich durch Engagements im Auslande, Auswanderung und Colonisation vollzieht; die internationale Bewegung der Kapitalien, welche sich theils durch den Welthandel vollzieht, theils durch dauernde Kapitalanlagen im Auslande (Betheiligung an Staats- und andern öffentlichen Anleihen, an Actien- und andern Unternehmungen des Auslandes); die Welthandelspapiere (Wechsel) als Träger des Welthandelcredits.

Wie Wirthschaft und Recht im Allgemeinen, so stehen insbesondere Völkervirthschaft und Völkerrecht im Verhältniß wechselseitiger Bedingtheit. Das dem internationalen Wirthschaftsverkehr entsprechende internationale Verkehrsrecht stützt sich theils auf die allgemeinen Grundsätze des öffentlichen und Privativölkerrechts, theils auf internationale Verträge über den gegenseitigen Handel und Verkehr.¹

¹ Handels- und Schiffsahrtsverträge, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenvereine, Verträge zum Schutze von Handels- und Fabrikzeichen, von industriellen Erfindungen und Mustern, Maß-, Gewichts- und Münzconventionen, Consularverträge, Freizügigkeitsverträge u.

Geschichtlicher Theil.

I. Die Nationalökonomie vor Adam Smith.

Alterthum und Mittelalter.

§ 8. Die Wirthschaft des klassischen Alterthums und des Mittelalters war vorzugsweise Hauswirthschaft (*οἶκος-νομία*) und die wirthschaftliche Arbeit vorzugsweise unfreie Arbeit. Die freie Erwerbsthätigkeit, mit Ausnahme der Landwirthschaft, galt dem klassischen Alterthum als verächtlich, wurde auch im Mittelalter neben der grundherrlichen Aristokratie und der geistlichen Hierarchie geringgeschätzt und gelangte erst mit dem Aufblühen des Städtewesens und eines Handel und Gewerbe pflegenden freien Bürgerstandes zur Anerkennung. So war dem Alterthum sowohl als dem Mittelalter eine besondere nationalökonomische Theorie fremd. Aus dem Alterthum stammen nur gelegentliche Aussprüche und Erörterungen von Philosophen, Historikern, Ackerbauschriststellern und Juristen.¹ Desgleichen wurden im Mittelalter wirthschaftliche Erscheinungen nur als Theil theologischer und juristischer Schriften erörtert, besonders die beiden Erscheinungen des Zinses und des Geldes aus Anlaß des canonischen Zinsverbots und der verwirrten Münzverhältnisse.

Das Mercantilsystem.

§ 9. Ein eigenes volkswirthschaftliches System, das Mercantilsystem, bildete sich seit dem Ausgange des Mittelalters, war jedoch

¹ Z. B. von Paulus in l. 1 Dig. (18, 1), wo nach dem Vorgange von Plato und Aristoteles der Ursprung des Geldes aus Uebereinkunft und Gesetz abgeleitet wird, und in l. 22 § 3 Dig. (19, 2), wo im Gegensatz zu dem Versuche des Aristoteles, einen abstract gerechten Maßstab aufzufinden, wonach der Tauschwerth von Leistung und Gegenleistung auszugleichen sei, die freie Vereinbarung als der natürliche Preisregulator dargestellt wird.

noch keineswegs eine geschlossene Wirthschaftstheorie, sondern ein Inbegriff von praktischen Maximen der Volkswirtschafts-, insbesondere der Handelspolitik. Den Anstoß gaben hauptsächlich folgende Umstände: 1) die Entwicklung des überseeischen Handels und überseeischer Colonien; 2) die massenhafte Edelmetallzufuhr aus den neu entdeckten überseeischen Ländern und einige damit zusammenhängende Erscheinungen (die Geldentwerthung, eine entsprechende Steigerung aller Preise, die Beschleunigung des Uebergangs von der mittelalterlichen Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft); 3) der Uebergang vom Lehnstaate zur absoluten Monarchie mit stehenden Söldnerheeren und zahlreichen besoldeten Beamten und der dadurch vermehrte Geldbedarf; 4) der Uebergang von der kaiserlich-päpstlichen Universalmonarchie zu dem modernen, auf Suveränität der Einzelstaaten basirten internationalen Staatenverkehr und die in diesem Verkehr zur Herrschaft gelangende streng territorialistische Interessenpolitik, welche das Wohl des eigenen Landes in der größtmöglichen Schädigung der fremden Landesinteressen suchte; 5) das Eindringen des römisch-justinianischen Rechts und seiner wirtschaftlichen Anschauungen.

§ 10. Das Mercantilsystem charakterisirt sich durch folgende Grundgedanken.¹ Der Reichthum nicht nur des Einzelnen, sondern auch eines ganzen Volkes besteht in baarem Gelde. Geldreichthum eines Volkes ist die Grundlage seiner politischen Macht und seines Uebergewichts über andere minder reiche Völker. Als Mittel, dem Volke und der Staatskasse Geld zu verschaffen, dienen der inländische Gold- und Silberbergbau, die für den Absatz an das Ausland arbeitende Industrie und der Ausfuhrhandel. Nur diese Thätigkeiten sind daher productiv. Soll aber der durch dieselben gewonnene Geldreichthum dem Lande erhalten bleiben, so dürfen aus dem Auslande möglichst wenig Waaren und womöglich nur Rohproducte, welche im Inlande gar nicht oder nicht genug zu haben sind, eingeführt werden.

¹ Ausländische Mercantilisten: der Italiener Serra (1613), die Franzosen A. de Batteville (*Traité d'économie politique*, 1613) und Melon (1735), der Engländer Mun (1664), der Schotte John Law (1705). Deutsche Mercantilisten: Klock (Steuerbuch, 1632, und Schatzbuch, 1651), Schröder (Fürstliche Schatz- und Rentenlammer, 1686), zum Theil auch noch Justi (+ 1771), Sonnenfels und Büsch (1780). Einen Idealstaat im Sinne des strengsten Mercantilismus construirte J. G. Fichte in seinem „geschlossenen Handelsstaate“ (1800).

Nur wenn der Werth der ausgeführten Waaren den der eingeführten übersteigt, entsteht ein Ueberschuß der Forderungen für Ausfuhr über die Schulden aus Einfuhr und mithin, da das Ausland diesen Ueberschuß in baarem Gelde auszugleichen hat, eine Vermehrung der inländischen Geldmenge. Dafür zu sorgen, daß ein solcher für Mehrausfuhr vom Auslande zu zahlender Ueberschuß in baarem Gelde (eine günstige Handelsbilanz) für das Inland erzielt werde, ist eine Hauptaufgabe der staatlichen Wirthschaftspflege. Da endlich viel Industrie und viel Handel viele Einwohner erfordern, so ist auch die größtmögliche Vermehrung der Bevölkerungszahl zu erstreben.

§ 11. Diesem System entsprach folgende wirthschaftspolitische Praxis: 1) Förderung des inländischen Bergbaus auf Edelmetalle, Geldausfuhrverbote und nicht selten sog. Geldvermehrung durch Verschlechterung des Münzfußes; 2) Verleihung von Privilegien und Monopolen an Fabrikanten und Handelsunternehmungen, Errichtung von industriellen und commerciellen Staatsinstituten, Regulirung des technischen und commerciellen Geschäftsbetriebs, der Bezugsquellen und Absatzwege, der Preise, Zinsen und Arbeitslöhne, sowie auch der Conjunction (Luxusverbote); 3) Ausschluß der freien Concurrrenz im inneren Landesverkehr durch Zunftwesen, Zwangs- und Bannrechte und Binnenzölle zwischen den Provinzen und Landestheilen desselben Staates;¹ 4) Ausschließung und Erschwerung der freien Concurrrenz des Auslandes zum Schutze des Inlandes, seiner Industrie, seines Handels und seiner Schifffahrt. Maßregeln im Sinne dieses Prohibitiv- und Protectionssystem's waren Ein- und Ausfuhrverbote; hohe, mehr oder minder prohibitive Schutzzölle gegen die Einfuhr von ausländischen Fabrikaten; Begünstigung der Einfuhr und Erschwerung der Ausfuhr von Getreide und Rohstoffen; Begünstigung der Ausfuhr inländischer Fabrikate durch Prämien etc.; Zurückdrängung der fremden

¹ Abgesehen von den Binnenzöllen, waren auch gewisse Zwangsrechte vieler Städte in Bezug auf durch- oder vorübergehende Waaren ein Hemmiß des freien inneren Waarenverkehrs. So nöthigte das Umschlags- oder Umladungsrecht, den Weitertransport ankommender Waaren durch die städtischen Fuhrleute und Schiffer besorgen zu lassen, das Stapelrecht, die Waaren vor dem Weitertransport auf bestimmte Zeit zum Verkauf auszustellen, das Niederlagsrecht (*jus emporii*), die Waaren nur an Bürger der Stadt zu verkaufen, das Krahnenrecht, die zollpflichtigen Waaren auf der Stadtwage gegen eine Krahengebühr wiegen zu lassen, und vermöge des Straßenzwangs durfte die berechnete Stadt beim Transport nicht umgangen werden.

Handelschiffahrt zu Gunsten der nationalen Flagge; Erwerb von Colonien und Absperrung derselben vom Verkehr mit dem Auslande, um den Fabrikaten des Inlandes neue und exclusive Absatzwege zu eröffnen; Abschluß von Handelsverträgen, um Zollbevorzugungen vor andern Nationen (Differenzialzölle) zu erwirken; 5) Beförderung der Bevölkerungszunahme durch Begünstigung der Ehe und Kindererzeugung, Erschwerung der Auswanderung und Begünstigung der Einwanderung.

§ 12. In Spanien wurde bereits durch Karl V. die Ausfuhr von Edelmetallen und Rohstoffen verboten. In Deutschland befahl ein Reichsabschied von 1500 den Schneidern, nur inländisches Tuch zu verarbeiten, und ein Reichsabschied von 1524 verbot die Ausfuhr gemünzten Goldes und Silbers.

In England erging unter Cromwell die ursprünglich, besonders gegen den holländischen Zwischenhandel gerichtete Navigationsacte (1651), wonach nur englischen Schiffen gestattet sein sollte, Waaren nach England und seinen Colonien zu bringen, fremden Schiffen dagegen, welche nicht mit eigenen Landesproducten beladen wären, die englischen Häfen verschlossen sein sollten.

In Frankreich entfaltete Colbert als Finanzminister Ludwigs XIV. (1661—83) eine erfolgreiche reformatorische Thätigkeit für die Vervollkommnung von Industrie und Kunst, für Handel und Seewesen und zum Theil auch für die Landwirthschaft, die aber unter dem Drucke der Staats- und gutherrlichen Lasten immer mehr verfiel. Der Mercantilismus Colberts (Colbertismus) äußerte sich nach außen in der strengen Durchführung des Schutzollsystems und nach innen in einer weitgehenden Bevormundung der Industrie durch Staatsreglements, welche den Gewerbebetrieb bis in die technischen Einzelheiten leiteten. Nach Ludwigs XIV. Tode erlangte der Schotte John Law für seine Theorie von der Reichthumsvermehrung durch Banknoten und für seine Finanzunternehmungen (eine Notenbank und eine Handelscompagnie auf Actien, die sog. Mississippigesellschaft) die Gunst des Regenten Philipp von Orleans. Als aber der durch massenhaftes Bankpapiergeld und Actienagiotage hervorgebrachte Scheinreichthum mit dem Zusammensturze jener Unternehmungen und ungeheuren Privatverlusten endete (1720), gerieth das Mercantilsystem in allgemeinen Mißcredit.

In Preußen befolgte noch Friedrich II. bis zu Ende seiner Regierung streng mercantilistische Grundsätze.

Am längsten hat sich das Mercantilsystem als Protectionso- oder Schutzollsystem erhalten, welches die Einfuhr von Gütern, die auch im Inlande producirt werden, durch hohe Eingangszölle erschwert, also die Zölle als Mittel benutzt, um die inländischen Producenten gegen die Concurrenz der ausländischen zu schützen, im Gegensatz zu dem der Handelsfreiheit (dem Freihandel) günstigen Finanzzollsystem, welches, ohne jene Nebenabsicht zu verfolgen, die aus dem Auslande eingeführten Güter nur zu dem Zwecke mit einem Zolle belegt, um aus dem Ertrage desselben dem Staate eine gewisse Einnahme zu verschaffen, welches daher vorzugsweise auf solche Artikel, die gar nicht im Inlande erzeugt werden (z. B. Kaffee, Thee, Süßfrüchte, Tabak) Einfuhrzölle setzt und die Höhe des Einfuhrzolles auf solche Güter, die auch im Inlande erzeugt werden, nach Analogie der von den inländischen Producenten erhobenen Steuern bemisst, also z. B. die Zölle auf Bier, Spiritus und Zucker nach Analogie der von diesen Artikeln erhobenen inneren Verbrauchssteuern.

Das physiokratische System.

§ 13. Dem Mercantilsystem mit seiner absolutistisch-büreaufkratischen Staatsbevormundung traten in Frankreich die Physiokraten mit ihren das freie Walten der Natur und des Individuums postulirenden Naturrechtsprincipien entgegen.¹ Nach ihrem System ist die Natur die alleinige Quelle alles Nationalreichthums, da dieser in Wahrheit nicht in Geld, sondern in einem Ueberschusse von wirklichen Gebrauchsgütern des Lebens bestehe. Productive Arbeit ist daher auch nur die Landwirthschaft, indem sie mit Hilfe der Natur die zum Leben nöthigen Stoffe liefert und zwar nicht bloß so viele, als ihr eigener Unterhalt kostet, sondern noch einen die sämmtlichen Culturstoffen (jährliche Betriebskosten und Aufwand an Anlagekapital) übersteigenden jährlichen Reinertrag (produit net). Dieser Reinertrag, welcher in der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens seinen Grund hat, bildet ein Reineinkommen der Grundbesitzer, die sog. Bodens- oder Grundrente, welche dazu dient, diese Besitzer für ihren oder

¹ Vorläufer des Physiokratismus *Gournay*, Finanzminister Ludwigs XV., Begründer *Quesnay*, Leibarzt Ludwigs XV. (*Tableau économique*, 1758, *La physiocratie ou constitution naturelle etc.*, 1767), Vorkämpfer *Turgot*, Finanzminister Ludwigs XVI. (1774–76), Nachfolger der Neapolitaner *Filangieri* (1780), der Markgraf *Karl Friedrich von Baden u. A.*

ihrer Vorfahren Aufwand zur Urbarmachung und Melioration des Bodens zu entschädigen. Die Gesellschaft zerfällt nach dieser Lehre in drei wirthschaftliche Klassen: 1) die der producirenden Landwirthe (Pächter und Colonen), welche für ihre Arbeit nichts als ihren Unterhalt gewinnen (la classe productive); 2) die der Grundbesitzer (la classe des propriétaires), welchen jene den gesammten Reinertrag abzugeben haben; 3) die unproductive Klasse (la classe stérile) der von den beiden ersten Klassen beschäftigten und unterhaltenen Personen, deren Dienste, wenn sie auch der Gesellschaft nützlich oder nothwendig sind, doch zur Vermehrung des Volksvermögens nichts beitragen. Zu dieser dritten Klasse gehören insbesondere auch Industrie und Handel, da sie keine neuen Stoffe erzeugen, sondern die ihnen von der Landwirthschaft gelieferten nur umformen und umtauschen und dabei an landwirthschaftlichen Erzeugnissen soviel verzehren, als ihre Arbeit werth ist, so daß diese, abgesehen von monopolistischen Vergünstigungen und andern außerordentlichen Umständen, keine Ueberschüsse zu erzielen vermag.

§ 14. Wirthschaftspolitische Forderungen: 1) Die Landwirthschaft ist, als Quelle alles Nationalreichthums, durch Aufhebung der Grundlasten, Erleichterung des Abjages und Verbesserung der Verkehrswege zu fördern. 2) Die Förderung der Landwirthschaft macht es nothwendig, daß die künstliche Hemmung der freien Concurrenz sowohl im inneren Landesverkehr, als auch im Verkehr mit dem Auslande aufhöre und der Industrie und dem Handel ihr freier Lauf gelassen werde.¹ 3) Da nur die Landwirthschaft einen Reinertrag abwirft und nur die Grundbesitzer, welche ihn beziehen, ein ursprüngliches, alle andern Klassen dagegen nur ein daraus abgeleitetes Einkommen haben, so sollte auch statt der vielerlei Steuern nur eine Grundsteuer von den Grundbesitzern als alleinige Steuer (impôt unique) erhoben werden.

Die nächsten praktischen Anwendungen dieses Systems waren die von Turgot als Minister begonnenen, aber nach seiner Entlassung wieder sistirten Reformen, die Steuerreform Josephs II., die Versuche des Markgrafen Karl Friedrich von Baden mit der Allensteuer vom Grundbesitz.

¹ Die berühmte Formel laissez faire, laissez passer stammt aus einem Vortrage Gournay's an Ludwig XV. Turgot schränkte dies Princip in soweit ein, daß der Staat mit Rücksicht auf das Gemeinwohl hier und dort in die Privatsphäre eingreifen dürfe.

II. Das Industriesystem von Adam Smith.

§ 15. Eine neue Epoche in der Geschichte der wirthschaftlichen Literatur und Praxis wurde durch den Schotten Adam Smith (1723—90) begründet.¹ Nachdem derselbe als Professor der Moralphilosophie in Glasgow eine Theorie der moralischen Empfindungen geschrieben hatte, veröffentlichte er nach längerer Vorbereitung seine Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichthums (1776). Das Werk umfaßt das gesammte Wirthschaftsleben und stützt sich theils auf Geschichte, Praxis und Beobachtung, theils auf Deductionen aus der Natur des Menschen. Es zerfällt in 5 Bücher. Die beiden ersten beziehen sich auf die theoretische Volkswirtschaftslehre. Das dritte ist vorwiegend historisch. Die beiden letzten handeln von der praktischen Volkswirtschaftslehre, das fünfte insbesondere von den Finanzen (Staatssteuern und Staatsschulden). Der Inbegriff der Smith'schen Untersuchungen heißt Industriesystem, weil darin die wirthschaftliche Arbeit (industry) eines Volkes für die Quelle seines Reichthums erklärt wird. Zwei Jahre nach Vollendung des Werkes wurde Ad. Smith Zolldirector in Edinburg und bekleidete diese Stelle bis zu seinem Tode.

§ 16. Die Grundgedanken des Smith'schen Systems sind folgende.

Bei vorgeschrittenen Völkern giebt es drei Quellen des Nationalreichthums: Arbeit, Kapital (nicht bloß Geld), Grund und Boden, und diesen drei Productionsfactoren entsprechen drei Einkommenszweige: Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente. Insofern Arbeit, Kapital und Bodenkraft bei der Güterbildung zusammenwirken, lassen sich auch im Güterpreise Arbeitslohn, Kapitalgewinn und Grundrente als Bestandtheile unterscheiden. Sie bilden die Productionskosten, in deren Erfasse der natürliche Preis besteht. Bald höher bald niedriger ist der Marktpreis, welcher durch Angebot und Nachfrage entsteht. Mit der Zeit auf die Dauer hat er aber bei freiem Verkehr die Neigung, zu dem natürlichen Preise zurückzukehren.

¹ Vorkäufer Ad. Smith's in England, abgesehen von einer Reihe bedeutender Nationalökonomien des 17. Jahrhunderts (Child, Petty, Locke, North) der mit ihm befreundete schottische Philosoph David Hume, Stewart und Tucker, in Frankreich die Physiokraten, welche er in Paris (1765—66) persönlich kennen lernte, in Italien der Mailänder Beccaria (1770) u. A.

Anders als in der vorgeschrittenen Volkswirtschaft steht es mit den Güterquellen im Urzustande, d. h. ehe sich noch durch Sparen von Producten früherer Arbeit Kapital angehäuft und ehe sich noch das Privateigenthum an Grund und Boden gebildet hat. In diesem primitiven Gesellschaftszustande, wo Boden noch im Ueberfluß zu haben ist, ist Arbeit die einzige Güterquelle und zugleich das einzige Preismaß der Güter, indem dieselben lediglich nach Maßgabe der in ihnen enthaltenen Quantität Arbeit von durchschnittlicher Qualität gegen einander ausgetauscht werden.

So ist Arbeit die ursprünglichste und neben Kapital und Bodenkraft die hauptsächlichste Quelle des Nationalreichthums. Dieser besteht demnach nicht in einem möglichst großen Besitz von Geld, sondern in einem möglichst hohen Ertrage des alljährlichen Erzeugnisses der mit Bodenkraft und Kapital zusammenwirkenden Arbeit.

Productiv aber ist nicht nur die Landwirthschaft, welche körperliche Stoffe hervorbringt, sondern ebenso auch die Industrie, welche diese Stoffe durch Verbindung, Trennung und Formveränderung brauchbarer und werthvoller macht, und der Handel, welcher sie durch seine Vermittelung zwischen Producenten und Consumenten in gewinnbringender Weise verwerthet, also überhaupt jede Arbeit, „welche den Werth des Stoffes, auf welchen sie verwendet wird, erhöht“ und daher mit diesem von dessen Käufer bezahlt werden muß. Dagegen sind die Arbeiten der Militärs und Beamten, der Gelehrten und Künstler, der Diener und andere sog. persönliche Dienste vom allgemein wirthschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, unproductiv.

Die Ursachen, welche die wirthschaftliche Arbeit und deren productive Wirkung zu steigern geeignet sind, sind hauptsächlich folgende zwei: die Arbeitstheilung und die Wirthschaftsfreiheit. 1) Die Arbeitstheilung ermöglicht Vermehrung der Arbeitsgeschicklichkeit, Zeitersparniß und die Ersetzung menschlicher Thätigkeit durch die Maschine. Ihre Wirksamkeit wird durch den Erfolg der in der Stednabelfabrikation angewendeten Theilung der Herstellungsoperationen veranschaulicht. Die Arbeitstheilung ist aber selbst wieder bedingt einerseits durch die Größe des bei der Production mitwirkenden Kapitals, anderseits durch die Größe des Absatzes, welchen die Arbeitsproducte im Handel finden. 2) Das Postulat der Freiheit des wirthschaftlichen Handelns ergibt sich aus dem Grundprincip der individuellen Freiheit (des Individualismus). Alles rein wirthschaftliche Handeln, und mit ihm Arbeit=

samkeit und Sparsamkeit, entspringt aber aus dem Selbstinteresse, d. h. dem natürlichen Triebe eines jeden wirthschaftenden Individuums, für sich und die Seinen zu erwerben und seine wirthschaftliche Lage zu verbessern.¹ Wird nun die Freiheit des vom Selbstinteresse geleiteten wirthschaftlichen Handelns vom Staate nicht gehemmt, so regelt sich die Volkswirtschaft von selbst nach natürlichen Gesetzen. Denn schon die Erwägung des eigenen Gewinns und die Furcht vor Verlust wird einen Jeden die fruchtbarste Verwendung für seine Arbeitskraft und sein Kapital finden lassen. Die Concurrenz aber wird alle Kräfte anspornen und die Conflicte der streitenden Privatinteressen ausgleichen. Und durch alles dies wird zugleich der gemeinnützige Erfolg erzielt werden, daß die wirthschaftlichen Güter zu möglichst niedrigen Preisen erworben werden können. Andererseits liegt es im wohlverstandenen eigenen Interesse des Arbeitgebers, daß dies Ergebnis nicht auf Unkosten des Arbeitslohns erstrebt werde, da ein reichlicher Lohn das beste Mittel ist, die Leistungen der Arbeiter zu steigern.

§ 17. Wirthschaftspolitische Folgerungen:

1) Der Staat hat Landwirthschaft, Industrie und Handel gleichmäßig zu fördern und sich jeder einseitigen Begünstigung eines einzelnen Erwerbszweigs durch Privilegien, Monopole, Schutzzölle u. dgl. zu enthalten, damit nicht dem Sonderinteresse bestimmter einzelner Wirthschaftsklassen das Interesse der Gesamtheit (der Consumenten) zum Opfer gebracht werde. Nicht ausgeschlossen sind Privilegien zum Zweck der Neugründung eines Geschäftszweigs und Monopole, welche einen vorübergehenden Charakter haben, wie z. B. Patente und Nachdruckverbote.

2) Zum Zweck der Förderung der Wirthschaft hat der Staat die Aufgabe, die rechtlichen und polizeilichen Fesseln, durch welche die freie Bewegung der wirthschaftlichen Kräfte bisher gebunden war, aufzuheben und vielmehr Wirthschaftsfreiheit einzuführen, mithin freie Arbeit statt der hörigen, Freizügigkeit, die Freiheit und Theilbarkeit des Grundeigenthums, Vertragsfreiheit in Bezug auf Preise und Löhne nach dem natürlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage, überhaupt Handels- und Gewerbefreiheit. Die Handelsfreiheit ist sowohl im inneren Landesverkehr zu erstreben, als auch im internationalen Völkerverkehr (Frei-

¹ Von einem dem Selbstinteresse entgegengesetzten Princip war Ad. Smith in seiner Moralphilosophie (1759) ausgegangen, indem er als Quelle der moralischen Empfindungen die Sympathie aufstellte.

handel), vor allem im Interesse der internationalen Arbeitstheilung, damit jedes Volk ungetheilt denjenigen Productionszweigen sich widmen könne, in denen es nach seinen besondern Anlagen und Verhältnissen am meisten zu leisten im Stande ist, und sodann, um dort kaufen zu können, wo es am besten und billigsten, und dort verkaufen zu können wo es am theuersten geschehen kann. Als staatliche Zollschutzmaßregeln werden nur folgende zugelassen: 1) die nicht protectionistischen Ausgleichungszölle auf Einfuhrartikel, welche auch im Inlande producirt werden und hier einer inneren Verbrauchssteuer unterliegen (oben § 12 a. E.), nur „müßten sowohl die Nothwendigkeiten des Lebens, als auch die Rohstoffe für Manufacturwaaren zu den ganz zollfreien Waaren gehören“; 2) Schutzzölle für solche Industriezweige, deren inländischer Betrieb im Interesse der Landesvertheidigung nothwendig erscheint (z. B. Waffenfabrikation); 3) Retorsionszölle, um einen fremden Staat, der die Einfuhr unserer Erzeugnisse durch hohe Zölle oder Verbote verhindert, zur Wiederaufhebung dieser Beschränkungen zu bewegen. Wenn endlich 4) ein Industriezweig unter dem Schutze eines hohen Zolles oder eines Ausfuhrverbots sich soweit entwickeln konnte, daß er viele Arbeiter beschäftigte, so sind diese Zölle und Verbote nicht plötzlich und auf einmal, sondern nur allmählig aufzuheben.

3) Eines positiven Eingreifens in das wirtschaftliche Leben hat sich der Staat möglichst zu enthalten und sich im Wesentlichen auf die Sorge für Sicherheit (Landesvertheidigung und Rechtsschutz) zu beschränken. Ausnahmen werden außer den bereits oben unter Nr. 1 und 2 erwähnten für Fälle von dringendem öffentlichen Interesse zugelassen, so für gemeinnützige Einrichtungen, welche von der Privatthätigkeit nicht zu erwarten sind oder deren Kräfte übersteigen (z. B. öffentliche Wege) und für den öffentlichen Volksunterricht.

4) Die Mittel zur Deckung des Staatsbedarfs sollen durch Steuern aufgebracht werden; alles Einkommen des Staates aus eigenem Besitz und Gewerbebetrieb wird verworfen. Steuerpflichtig aber soll nicht nur, wie die Physiokraten wollten, die Grundrente sein, sondern jede Art des Einkommens, und zwar in Gemäßheit folgender vier Steuerregeln, durch welche Ad. Smith der Begründer einer rationellen Steuerlehre wurde: 1) allgemeine Steuerpflicht Aller nach Verhältniß des Einkommens, welches sie unter dem Schutze des Staates beziehen; 2) fest bestimmter Steuerbetrag zum Schutze der Steuerpflichtigen gegen Willkür der Steuerbehörden; 3) Steuerer-

hebung in der für die Steuerpflichtigen möglichst bequemen Zeit und Form; 4) Steuererhebung mit möglichst geringen Kosten.

§ 18. Auf die Praxis übte Ad. Smith in England selbst zunächst keinen Einfluß. Gewerbefreiheit war im Wesentlichen schon damals vorhanden; das prohibitive Protectionssystem aber wurde durch die Korngesetzgebung (1815) noch verschärft, und die aristokratische Grundeigenthumsverfassung, welche statt eines selbständigen Bauernstandes nur Pächterwirthschaft kennt, hat sich bis heute erhalten. In Frankreich war es die Revolution, welche das Grundeigenthum und den Bauernstand von der bisherigen Gebundenheit befreite und die Beschränkungen der Gewerbefreiheit beseitigte; das prohibitive Protectionssystem aber erfuhr während der Revolution nur einige Erleichterungen (1791), wurde durch das Steuersystem Napoleon's und die von ihm gegen den englischen Handel decretirte Continentsperre (1806—11) neu befestigt und von der Restauration auf die Landwirthschaft ausgedehnt (1816).

Am frühesten entwickelte sich eine die Ideen Ad. Smith's verwirklichende Reformgesetzgebung in Preußen, nämlich 1) die Stein-Hardenberg'sche Agrar- und Gewerbegesetzgebung (1807 bis 11), welche die ländliche Bevölkerung, das Grundeigenthum und den Gewerbebetrieb von ihrer bisherigen Gebundenheit befreite;¹ 2) das Zollgesetz von 1818, welches die Binnenzölle abschaffte,² für den Außenhandel aber das überall sonst herrschende Prohibitivsystem aufgab und nur mäßige (nicht prohibitiv hohe) Schutzzölle beibehielt.³

¹ Edict v. 9. Oct. 1807, betr. den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigenthums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner, Edict v. 2. Nov. 1810 wegen Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer, Landesculturedict v. 14. Sept. 1811, betr. die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse.

² Preußen, dessen Staatsgebiet bis dahin durch 60 verschiedene Zollsysteme in ebensoviele von einander abgegrenzte Zollterritorien getheilt war, wurde dadurch zu einem einzigen einheitlichen Handels- und Zollgebiet.

³ Das auf Grund der Gutachten von Kunth und M a a ß e n erlassene Zollgesetz von 1818 hob alle Einfuhrverbote auf und behielt Ausfuhrverbote nur für die wichtigern Rohstoffe bei. Die Einfuhrzölle, welche es auf fremde Fabrikate zum Schutze der inländischen Fabrication legte, hatten die für damalige Verhältnisse mäßige Höhe von nicht mehr als 10% des Werthes. Die wichtigern sonstigen Einfuhrzölle waren reine Finanzzölle auf Höhe von 5% des Werthes von gewissen im Inlande gar nicht erzeugten Artikeln, wie Kaffee, Zucker, Süßfrüchte und Tabak.

Dieses Gesetz wurde die Grundlage des Deutschen Zollvereins, welcher die Binnenzölle zwischen den verbündeten deutschen Staaten beseitigte und für die an der gemeinschaftlichen Außengrenze zu erhebenden Zölle zunächst das durch jenes Gesetz begründete gemäßigte Schutzoll- bez. Freihandelsystem annahm.

III. Die Nationalökonomie seit Ad. Smith.

§ 19. Die Nationalökonomie seit Ad. Smith entwickelte sich im Allgemeinen auf der von ihm gegebenen Grundlage, durch Specialforschungen erweitert und berichtigt. Der Streit der Schulen drehte sich hauptsächlich um die wissenschaftliche Methode, die Annahme von Naturgesetzen in der Volkswirtschaft und den Individualismus als Ausgangspunkt der Volkswirtschaftslehre.

Von den widersprechenden Richtungen bildet der Socialismus den schärfsten Gegensatz. Derselbe entstand in Frankreich im Anschluß an die Revolution und ihre Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und entwickelte sich demnächst mit der Ausbildung des großen Fabrik- und Maschinenbetriebs, welcher das ganze bisherige System der Arbeit umwandelte, Massen von Arbeitern an gewissen Centren anhäufte und bei Arbeitsstörungen Massenelend verursachte. Im Interesse der kapitallosen Arbeit bekämpft er den Individualismus und die freie Concurrrenz (die Privatkapitalwirtschaft), sowie die nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage geregelte Vertheilung des Productionsertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeiter (das Lohnsystem). An Stelle der bestehenden privatwirtschaftlichen Eigenthums- und Erwerbsordnung, welche er für ein Product von Unrecht und Gewalt ansieht, fordert er eine ganz neue, auf Gemein- oder Collectivwirtschaft beruhende Gesellschaftsordnung, worin die sachlichen Productionsmittel, d. h. Grund und Boden und Kapital nicht im Privateigenthum, sondern im Gemeineigenthum der Gesellschaft sich befinden und worin die obersten Gesellschaftsorgane von Amtswegen die Production planmäßig regeln, einem Jeden seine Arbeit vorschreiben und den Productionsertrag gemäß der Gerechtigkeit unter die Producenten, d. h. die Arbeiter vertheilen (Zwangsprouction und Zwangsvertheilung). Eine beschränktere Art des Socialismus ist der Agrarsocialismus, welcher das Collectiveigenthum und die Collectivwirtschaft nur für den Grund und Boden empfiehlt. In seiner letzten Con-

sequenz, als radicaler Communismus, negirt der Socialismus alles Privateigenthum sowohl an den Productions- als auch an den Consumtionsmitteln und verlangt statt dessen die allgemeine Gütergemeinschaft der ganzen Gesellschaft zum Zweck eines für Alle gleichen Genusses.

Vorläufer socialistischer Bewegungen waren die Unruhen in der Verfallzeit des griechischen Alterthums und der römischen Republik, die Hussiten, die Bauernaufstände und die Wiedertäufer in der Reformationszeit. Communistische Gemeindebildungen auf religiöser Grundlage sind seit der Zeit der ersten Christen bis auf die Gegenwart versucht worden. Noch andere Beispiele von communistischen Organisationen hängen mit niedern Culturstufen zusammen, so die lykurgische Verfassung in Sparta und die communistische Landgemeindeverfassung im primitiven Volksleben, wie sie sich in einzelnen slawischen Stämmen noch bis jetzt erhalten hat, z. B. der Agrarcommunismus der russischen Landgemeinden.

Die ältesten socialistisch-communistischen Schriften waren Darstellungen von communistischen Idealstaaten (sog. Utopien oder Staatsromane). Als Vorbild diente Plato's Idealrepublik, ein communistischer, aus den Kasten der Weisen, der Krieger und der Gewerbetreibenden (Arbeiter) bestehender Gerechtigkeitsstaat, in welchem die Weisen regieren, die Arbeitenden aber unbedingt zu gehorchen haben und nur so lange mit Gerechtigkeit behandelt werden, als sie die beiden höhern Stände willig ernähren. Der erste und bedeutendste Nachfolger war der englische Kanzler Thom. More.¹

1. In England. a) Malthus, Ricardo und die spätern Nationalökonomten.

§ 20. In England wurde das Smith'sche System durch Malthus (1766—1834) und Ricardo (1772—1823) ergänzt. Die thatjächlichen Verhältnisse, aus denen ihre Forschungen hervorgingen, waren folgende: die mit dem Aufschwunge der Fabrikindustrie eingetretene Vermehrung der Bevölkerung, ein entsprechend steigendes

¹ De novo reipublicae statu deque nova insula Utopia (1516). In neuester Zeit hat einen idealen-socialistischen Zukunftsstaat dargestellt des Nordamerikaners Bellamy Roman „Looking backward“ (1890), ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf unsere Zeit.

Bedürfniß nach Nahrungsmitteln, welchem die inländische Landwirthschaft nicht mehr zu genügen vermochte, die Vertheuerung des Getreides durch Einfuhrverbote (Korngesetz von 1815) im Interesse der herrschenden Grundaristokratie, allgemeiner Nothstand der arbeitenden Klassen bei fortwährend steigender Armentaxe.

1) Malthus, ein anglicanischer Geistlicher, sucht die Ursache des Nothstandes nicht in den Korngesetzen, sondern in der Uebervölkerung. In seinem Werke über Bevölkerung (1798), welches zuerst eine Bevölkerungstheorie schuf, weist er nach, daß zwischen der Vermehrung des Menschengeschlechts und seinem Nahrungsspielraum ein starkes Mißverhältniß walte. Zur Veranschaulichung desselben stellt er die Formel auf: die Bevölkerung strebe in etwa je 25 Jahren in geometrischer Progression (wie 1, 2, 4, 8 etc.) zu wachsen, die Unterhaltsmittel dagegen lassen sich innerhalb eines Landes, je mehr die Cultur schon zugenommen hat, höchstens in arithmetischer Progression (wie 1, 2, 3, 4 etc.) vermehren. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen beiden dienen theils repressive Hemmungen der Uebervölkerung (Vernichtung der Ueberzahl durch Krieg, Hunger, Seuchen, Abtreibung und Kindes tödtung), theils präventive (Selbstbeschränkung in der Eheschließung und Kinderzeugung, unnatürliche Laster und Prostitution). Eingreifen des Staates durch gesetzliche Armenunterstützung kann das Mißverhältniß zwischen Bevölkerung und Unterhaltsmitteln nur vergrößern.

2) Ricardo, ein angesehener Banquier und scharfsinniger Schriftsteller, ist der Schöpfer einer Grundrententheorie, welche die Grundlage seiner gegen die Grundaristokratie geführten Vertheidigung der freien Korneinfuhr bildete.¹ Nach dieser Theorie wird zuerst der fruchtbarste Boden, dann stufenweise mit dem Wachsen der Bevölkerung immer weniger fruchtbarer angebaut. Die Grundrente, d. h. derjenige Theil der Gutseinkünfte, welcher nicht auf Arbeitskosten und Zinsen des zum Anbau verwendeten Kapitals zurückzuführen ist, verdankt ihr Entstehen und Anwachsen dem Unterschiede zwischen den mehr und weniger ergiebigen Grundstücken. Angenommen, daß Boden Nr. 1, 2 und 3 bei gleichem Aufwand von Arbeit und Kapital einen Ertrag von 100, 90 und 80 Maß Getreide giebt, so ist bei Nr. 1 die Grundrente 20, bei Nr. 2 nur 10 Maß,

¹ Principien der polit. Oekon. und Besteuerung (1812).

während Nr. 3 als letzte Bodentklasse, welche zur Befriedigung des Gesamtbedarfs an Bodenproducten noch mit bebaut werden muß, zwar noch Arbeits- und Kapitalaufwand vergütet, aber gar keine Grundrente liefert. Der diesen Aufwand übersteigende Ueberschuß, welchen die Eigenthümer der bessern Bodentklassen beziehen, ist daher ein Einkommen, welches ihnen ohne alles eigene Zuthun zufällt, ein Preis für die Benutzung der „ursprünglichen, unerschöpflichen Kräfte des Bodens“, ein reines „Geschenk der Natur“ — eine Folgerung, welche später der Socialismus als Argument gegen die Existenzberechtigung des Privatgrundeigenthums verwertete.

Abgesehen von der Grundrententheorie sind noch folgende höchst bestrittene, aber vom Socialismus ausgebeutete Sätze Ricardo's hervorzuheben: 1) daß das Kapital der Arbeitgeber die Production begrenze und beherrsche, indem der beim Beginn der Productionsperiode gegebene Betrag desselben (der Lohnfond) allein darüber entscheide, wie viel producirt werden könne und müsse; 2) daß die Arbeit zwar nicht die einzige Quelle der wirthschaftlichen Güter, wohl aber ihres Tauschwerths sei, daß also der Tauschwerth sich lediglich nach dem Quantum der Hervorbringungsarbeit richte; 3) daß die natürliche Höhe des Arbeitslohns der gewohnheitsmäßige Unterhaltsbedarf einer Arbeiterfamilie sei und auf die Dauer von dieser natürlichen Höhe nicht abweichen könne, da die Arbeiterbevölkerung sich schneller als der Lohnfond vermehre. Das Ricardo'sche Gesetz des natürlichen Arbeitslohns hat der Socialismus (Passalle) das „eherne und grausame Lohngesetz“ genannt, insofern danach der durchschnittliche Arbeitslohn sich „auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnothdurft“ beschränke.

Die englischen Oekonomisten der Folgezeit bearbeiteten vorzugsweise den theoretischen Theil der politischen Oekonomie und zwar nach deductiver Methode und in engstem Anschluß an Smith, Malthus und Ricardo. Die angesehensten systematischen Darstellungen dieser „orthodoxen“ englischen Schule sind die von Mac Culloch (1789 bis 1864) und dem auch als Verfasser eines Systems der Logik bekannten Stuart Mill (1806—73). Eine Reaction gegen Ricardo's socialistische Sätze begann bereits mit Mill, welcher dessen Lehre vom Lohnfond verwarf. Unter Abwendung von Ricardo

schließen sich die neuesten englischen Nationalökonomten wieder enger an Smith an.²

b. Owen und Cobden.

§ 21. Als Vertreter besonderer wirthschaftlicher Bewegungen sind Robert Owen (1771 — 1858) und Richard Cobden (1804 — 65) hervorzuheben.

1) Owen, ein schottischer Fabrikant, wirkte als philanthropischer Socialreformer theils schriftstellerisch, theils praktisch. Ein Versuch, seine phantastisch communistischen Reformideen durch eine von ihm in Amerika gegründete communistische Colonie zur Ausfuhrung zu bringen (1824 — 27), endete mit dem Verluste des von ihm vorgeschossenen Vermögens. Nach England zurückgekehrt, gab er zu den lebhaften Arbeiterbewegungen der nächstfolgenden Jahre den Anstoß. So ging 1) aus seinen Ideen die Genossenschaftsbewegung zum Zwecke der cooperativen Selbsthilfe hervor. Doch scheiterten seine Projecte auch auf diesem Gebiete gänzlich (1840). Der erste von den jetzt bestehenden zahlreichen Cooperativvereinen ist der Verein der „Pioniere von Rochdale“, welcher von 28 armen Flanellwebern in der Fabrikstadt Rochdale gegründet wurde (1844) und seine Thätigkeit als Consumverein mit der Eröffnung eines Ladens für Lebensmittel und Haushaltsbedürfnisse begann, später aber mit Erfolg zu weiteren Unternehmungen (Errichtung von Fabriken, Erwerb von Grundstücken etc.) überging. Aus Anregungen Owen's entwickelten sich auch 2) die von den Arbeitern zur Förderung ihrer wirthschaftlichen Interessen gegründeten Gewerkvereine¹

² So Lowe, Bagehot, Jevons, Fawcett u. A.

¹ Die Gewerkvereine (trades' unions) sind keine politischen Vereine, sondern Verbände der Arbeiter eines bestimmten Gewerks mit einer aus Beiträgen der Mitglieder gebildeten gemeinsamen Kasse zu gegenseitiger Unterstützung. Ihr Hauptziel ist, durch einheitliches, planmäßiges Vorgehen die Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern zu sichern, insbesondere günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Ihre Hauptmittel zu diesem Zweck waren die durch die Freigebung der Arbeitercoalitionen (1824) ermöglichten Arbeitseinstellungen (strikes), während welcher die feiernden Arbeiter aus der Gewerksklasse unterstützt werden. In neuerer Zeit wurden zur Vermeidung von Arbeitseinstellungen gütliche Ausgleichungsversuche durch Einigungs- und Schiedsämter (boards of conciliation and arbitration) üblich. In neuester Zeit haben sich neben den bisherigen Gewerkvereinen der gelernten Arbeiter radical-socialistische Gewerkvereine der ungelernten Arbeiter gebildet.

und 3) der Chartismus, eine socialdemokratische Arbeiterbewegung, welche zur Beseitigung der Vorrechte des Grundbesitzes und des Kapitals eine „Volkscharte“ erstrebte und sich nach Aufhebung der Kornzölle (s. unten) wieder verlief.

2) Cobden zeichnete sich als Vertreter des Freihandels aus. Nachdem zuerst in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts unter dem Handelsminister Huskisson (1823—26) und demnächst wieder in den 30er Jahren einzelne Milderungen des bisherigen Prohibitiv- und Schutzollsystems eingeführt worden waren, veranlaßte er, der damals in Manchester Rattunfabrikant und Präsident der dortigen Handelskammer war, diese Kammer zu einer Petition an das Parlament, um gänzliche Abschaffung der Korngesetze (1838). Nach Ablehnung der Petition bildete sich die Antikornzollliga, eine wirtschaftspolitische Partei, an deren Spitze Cobden trat. Er und die übrigen Führer der Partei, J. Bright, († 1889) u. A. betrieben im Parlament, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse eine außerordentlich rührige und umfassende Freihandelsagitation und zwar zunächst und hauptsächlich zur Bekämpfung der Kornzölle, da die Industrie auf die sie schützenden Zölle zu verzichten geneigt war. Der Sieg ihrer Bestrebungen entschied sich, als ihr bisheriger Gegner, der Toryminister Robert Peel, unter dem Einflusse einer Missernte, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Kornzölle vorlegte und dessen Annahme durchsetzte (1846). Mit den Kornzöllen fielen alsbald auch die noch übrigen Industriezölle und die Navigationsacte (1849). Später (1860) schloß Cobden noch in Paris den epochemachenden englisch-französischen Handelsvertrag ab (unten § 23). Seitdem erhebt England nur noch eigentliche Finanzzölle und zwar nur von einer geringen Anzahl besonders einträglicher Artikel, wie Wein, Bier, Spirituosen, Kaffee, Thee u. dgl.

Die aus dem Kampfe gegen die Kornzölle und deren Gönner, die Grundaristokratie, hervorgegangene Freihandelspartei heißt auch, weil sie von Manchester ausging, Manchesterpartei.²

² In der heutigen Parteisprache sind die Ausdrücke Manchesterpartei und Manchestertheorie beliebte Schlagworte geworden, um Gegnern Freihandelsbestrebungen oder extremen Individualismus (oben § 5) zum Vorwurf zu machen oder auch, um sie des egoistischen Kapitalismus (Mammonismus) oder des Indifferentismus gegen das Wohl der arbeitenden Klassen u. dgl. zu verdächtigen.

2. In Nordamerika. Carey.

§ 22. Dem Pessimismus der Ricardo-Malthus'schen Schule trat der Nordamerikaner Carey (1793—1879) entgegen.¹ Nach ihm stehen alle gerechten Interessen in Harmonie. Insbesondere erhält sich 1) die Zunahme der Bevölkerung im Gleichgewicht mit den Nahrungsverhältnissen durch die Zunahme und Ausbildung der producirenden Kräfte. 2) Der Gang der Bodencultur ist, wie auf Grund amerikanischer Erfahrungen angenommen wird, der, daß der weniger fruchtbare leichte Boden (der trockenere, lockere Boden der Bergabhänge) zuerst angebaut wird. 3) Die Grundrente ist keine selbstständige Art des Einkommens, sondern löst sich in eine Kapitalrente auf. Denn auch das Grundeigenthum verdankt, wie jedes andere Kapital, der menschlichen Arbeit seinen Ursprung. Es ist nur eine besondere Kapitalart, d. h. aufgesammelte, im Boden festgelegte Arbeit, für deren Nutzung sich der Grundbesitzer wie jeder andere Kapitalist durch einen Antheil am landwirthschaftlichen Producte entschädigen läßt. 4) Das Maß der Macht der Natur über den Menschen sinkt immer mehr und so auch der Tauschwerth der Güter; denn dieser besteht nur in dem Maße des Widerstandes, welchen die Natur der Beschaffung der menschlichen Bedürfnismittel entgegensetzt, also in dem Maße der Arbeit, welche die Ueberwindung des Widerstandes kostet und dem Käufer erspart wird. 5) Der der Arbeit zufallende Antheil am Ertrage steigt immer mehr, sowohl absolut (dem Quantum nach) als auch relativ (der Quote nach), während der Ertrag des Kapitalisten zwar absolut wächst, relativ dagegen sinkt, indem der Kapitalzins (und so auch die Grundrente) immer mehr abnimmt. — Nur in einer einzigen Beziehung bedarf es nach Carey zur harmonischen Entwicklung der Volkswirtschaft einer Nachhilfe der Staatsgewalt. Denn obwohl ursprünglich Freihändler adoptirte Carey schließlich, in Uebereinstimmung mit List (unten § 26), das industrielle oder Manufactur-Schutzollsystem, welches er für nothwendig erklärt, damit die Production sich localisire, die Industrie sich unmittelbar an der Seite der Landwirthschaft entwickle und die durch den Zwischenhandel veranlaßten Kosten thunlichst erspart werden.

¹ Hauptchriften: Principien der pol. Oek. (1837—40) und Principien der Socialwissenschaft (1858/59).

3. In Frankreich. a) Die Nationalökonomie seit
J. B. Say und der Freihandel.

§ 23. In Frankreich wurde die Lehre Ad. Smith's durch J. B. Say (1767—1832) populär gemacht, indem er dieselbe in ein übersichtliches System (Production, Vertheilung und Consumtion der Güter) brachte.¹ Hervorzuheben ist noch sein Versuch, die immaterielle Production durch persönliche Dienste nachzuweisen, und seine Theorie der Absatzwege (*débouchés*), wonach der Ausfuhrhandel nur soweit auf Absatz rechnen kann, als die Käufer mit eigenen Erzeugnissen zu zahlen vermögen.

Der Smith'schen Richtung folgte auch der Historiker Sismonde de Sismondi aus Genf (1773—1842), vollständig jedoch nur in dem ersten seiner beiden nationalökonomischen Hauptwerke.² In dem spätern Werke polemisirte er, mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Krisen in England und ihre Rückschläge auf die Lage der arbeitenden Klassen, gegen die Gewerbefreiheit und die freie Concurrenz und forderte das Eingreifen des Staates, um Land- und Fabrikarbeiter gegen die Ausbeutung der Grundherren und Fabrikanten zu schützen und jede Unternehmerklasse zu nöthigen, daß sie für die in ihr beschäftigten Arbeiter auch im Falle zeitweiliger Arbeitslosigkeit, der Krankheit und Invalidität die Haftpflicht übernehme. (*L'ouvrier a droit à la garantie de celui qui l'emploie.*)

Die französischen Nationalökonomien nach Say (Ökonomen, im Gegensatz zu den Socialisten) bewegten sich in der von jenem eingeschlagenen Richtung. In eigenthümlicher Weise und mit besonderem Erfolge wirkte Bastiat (1801—50), welcher in zahlreichen populären Flugschriften zuerst nach Cobden's Vorbild als Vorkämpfer des Freihandels und weiterhin als Bekämpfer des Socialismus auftrat. In seinen *Harmonies économiques* (einer 1850 erschienenen Gegenschrift zu Proudhon's *Contradictions économiques* von 1846) führte er gleich Carey (oben § 22) den Grundsatz aus, daß alle gerechten wirthschaftlichen Interessen in Harmonie stehen. Die Harmonie aller Interessen werde um so wirksamer zur Geltung kommen, je mehr man es vermeide, durch staatliche Maßregeln künst-

¹ Hauptwerk: *Traité d'économie politique* (1803).

² *De la richesse commerciale* (1803), *Nouveaux principes d'écon. pol.* (1819).

lich in die Freiheit der wirthschaftlichen Entwicklung einzugreifen. Der Umstand, daß in Frankreich protectionistische und socialistische Theorien gleichzeitig herrschten, veranlaßte Bastiat den Zusammenhang beider aufzusehen. So machte er gegen Thiers, den Vertheidiger der Schutzzölle und des Privateigenthums (*De la propriété*, 1849) geltend, daß der Schutz Zoll ebenso unvereinbar mit dem Eigenthum sei als der Communismus, daß beide eine Einmischung des Staates zum Vortheil der Einen auf Kosten der Andern verlangen. Als Freihändler und Gegner des Socialismus wirkte auch Michel Chevalier (1806—79), früher ein Anhänger des St. Simonismus (unten § 24). Hervorragende zeitgenössische Oekonomisten sind Leroy-Beaulieu, Leon Say und Courcelle-Seneuil.

Auf die Praxis blieb jedoch die von Bastiat eingeleitete Freihandelsagitation zunächst ohne Einfluß, da die Schutz Zollinteressenten die Gesetzgebung beherrschten. Erst Napoleon III. gelang es, das bisherige prohibitive Schutzsystem zu beseitigen und durch mäßige Schutz zölle zu ersetzen. Als Mittel zur Durchführung seiner Freihandelspolitik diente ihm der Abschluß von Handelsverträgen. Der erste dieser Verträge war der zwischen Michel Chevalier und Cobden vereinbarte englisch-französische Handelsvertrag (1860). Ihm folgten die Verträge mit Belgien, Italien und der Schweiz, der deutsch-französische Handelsvertrag (1864) und zahlreiche Verträge unter andern Staaten des westlichen Europa. Der freihändlerische Charakter dieser westeuropäischen Handelsverträge zeigte sich in der Beseitigung aller Einfuhrverbote und in der Festsetzung ermäßigter Conventionaltariffätze. Vermöge der allen diesen Verträgen gemeinsamen Meistbegünstigungsklausel sollte ferner jede Zollverminderung, welche einer der Contrahenten in Zukunft einem dritten Staate einräumen würde, sofort und von selbst auch den übrigen Vertragsstaaten zu Gute kommen, womit auf einseitige Zollbevorzugungen einzelner Staaten vor andern Staaten (Differenzialzölle) Verzicht geleistet wurde. Während die europäischen Staaten außer Spanien und Rußland die Bahn des Freihandels betraten, ging umgekehrt Nordamerika (seit 1861) zu hohen, zum Theil prohibitiven Schutz zöllen über.³ Nach dem Sturze Napoleons trat auch in Frankreich unter Thiers wieder eine Schutz zöllnerische Reaction ein.

³ Neuerdings hat, wie in Rußland der Panlawismus, so in den Ver-

b. Communismus und Socialismus.

§ 24. Vertreter des Communismus: 1) Baboeuf (1797 als Haupt einer communistischen Verschwörung hingerichtet) predigte gewaltsame Aufhebung des Privateigenthums, Gleichheit des Besitzes und Genusses und völlig gleiche Erziehung, ohne jedoch Ehe und Familienleben anzugreifen. Unter der Regierung Louis Philipps führte diese Lehre (Babouvisme) von Neuem zu Gewaltthaten und geheimen Arbeiterverbindungen (*travailleurs égaux*), welche auch Ehe und Familie aufheben wollten. Die Einführung der Gütergemeinschaft erstrebte auch 2) Cabet (*Voyage en Icarie, roman philosophique et social*, 1842), jedoch auf friedlichem Wege (sog. ikarischer Communismus). Seine praktischen Versuche mit ikarischen Colonien in Nordamerika schlugen schon nach wenigen Monaten gänzlich fehl.

Vertreter des Socialismus: 1) der Graf Saint-Simon (1760—1825)¹ fordert eine neue Staatsordnung, in welcher die arbeitenden Klassen (die sog. Industriellen), als die zahlreichsten und nützlichsten Mitglieder der Gesellschaft, die erste wirtschafts-politische Macht bilden sollen, und eine neue Religionsordnung zur Verwirklichung des Gebots, daß sich die Menschen einander wie Brüder lieben sollen. An Saint-Simon schloß sich sogleich nach dessen Tode der Saint-Simonismus, eine socialistische Schule, welche Abschaffung des Erbrechts zu Gunsten des Staates und Vertheilung der Güter nach dem Grundsatz „Jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihrer Arbeit“ verlangte (Bazard), als Saint-Simonistische Religion aber die Harmonie zwischen Geist und Fleisch verkündete (Enfantin), und nach einigen Versuchen, zur gesellschaftlichen Praxis ihrer Ideen überzugehen, mit der gerichtlichen Verurtheilung Enfantin's, des „höchsten Vaters“, und seiner letzten Anhänger, z. B. seines „Cardinals“ Michel Chevalier, sich auflöste (1832).

2) Fourier (1772—1837)² gehörte bis zu seinem Tode in untergeordneter Stellung dem Handel an, welchen er jedoch als

einigten Staaten von Nordamerika der Panamerikanismus zu äußerster Verschärfung der Schutzollpolitik geführt. (Mac Kinley Tariffbill 1890.)

¹ Hauptschriften: *Catéchisme des industriels* (1821) und *Nouveau Christianisme* (1823).

² Hauptschrift: *Traité de l'association domestique et agricole* (1822).

unproductiv und als legalen Betrug ansah. Der Kern seines phantastischen Systems ist folgender. An die Stelle der Concurrenz, der zerstückelten Bodencultur und der Zerstreuung der Arbeitskräfte soll, ohne Aufhebung des Eigenthums oder selbst des Erbrechts, eine Association mit Gemeinsamkeit der Arbeit und des ganzen Lebens treten und zwar so, daß etwa je 2000 Personen eine Gemeinde (phalange) bilden, einen Landstrich von ungefähr einer Quadratmeile besitzen, inmitten desselben ein großes gemeinschaftliches Gebäude (phalanstère) bewohnen, vereinigt Ackerbau und Industrie treiben und, ihren Neigungen (passions) folgend, nach Lust arbeiten und genießen. Die Vertheilung der Beschäftigungen auf die einzelnen Genossen soll daher nach Maßgabe der besondern Neigungen eines Jeden geordnet und dabei für gehörige Abwechslung gesorgt werden. Der Gewinn wird so vertheilt, daß $\frac{1}{12}$ dem eingeschlossenen Kapital, $\frac{5}{12}$ der Arbeit, $\frac{3}{12}$ dem Talent zufallen, vorbehaltlich eines Existenzminimums für einen Jeden, er mag arbeitsfähig sein oder nicht. Jede Gemeinde soll eine Regentschaft ausgewählter Alten haben, und allmählig soll sich das ganze Volk, ja die ganze Erde unter einem Omniarchen zu Constantinopel zu einer zusammenhängenden Reihe solcher Gemeinden vereinigen. Fourieristische Associationen, welche in den 40er Jahren in Nordamerika gegründet wurden, schlugen gänzlich fehl. Von Fourier's Schülern war der bedeutendste B. Considerant.

3) Louis Blanc (1813—82) ist ein Vertreter des politischen Socialismus, welcher sich mit Hilfe des ihm dienstbar gemachten Staates und seiner Zwangsgewalt zu verwirklichen strebt. In seiner Schrift über die „Organisation der Arbeit“ forderte er, daß der Staat die industrielle Arbeit an sich ziehe und organisire, und als er nach Ausbruch der Februarrevolution von 1848 Mitglied der provisorischen Regierung wurde, proclamirte er das Recht auf Arbeit. Die Organisation der Arbeit wird dadurch eingeleitet, daß der Staat vermöge seiner Kapital- und Creditmacht die finanziellen Mittel hergiebt, um die Anlegung socialer Werkstätten zu ermöglichen, worin die Arbeiter für eigene Rechnung nach den vom Staate erlassenen Gesetzen produciren, und woneben die Privatindustrie zunächst noch bestehen bleibt, bis sie im Kampfe mit der mächtigen Staatsindustrie von selbst ein Ende nimmt. Die Werkstätten eines jeden Gewerks, sowie die Gewerke unter sich bilden

einen solidarischen Bund. Der Gewinn wird in drei Theile zerlegt. Der erste dient zur Zahlung des Lohnes, der für alle Arbeiter absolut gleich sein soll; der zweite zur Unterstützung der Arbeitsunfähigen und für Nothfälle; der dritte zur Betriebserweiterung. Dem „Recht auf Arbeit“ und der L. Blanc'schen Organisation der Arbeit entsprachen die 1848 von der provisorischen Regierung eingerichteten Nationalwerkstätten, die aber nach wenigen Monaten wieder aufgelöst werden mußten.

4) Proudhon (1809—65) ist ein Vertreter des kritischen Socialismus. In seiner Schrift „Was ist Eigenthum?“ (1840) stellte er als Antwort den Satz auf: Eigenthum ist Diebstahl (*la propriété c'est le vol*). Sowie aber das Privateigenthum die Ausbeutung des Schwachen durch den Starken ist, so umgekehrt der Communismus die Ausbeutung des Starken durch den Schwachen. Der Gegensatz von Privateigenthum und Communismus soll durch ein Drittes (Besitz auf Grund gesellschaftlich legitimirter Arbeit) synthetisch ausgeglichen werden. In einer nachgelassenen Schrift (*Théorie de la propriété*, 1865) gesteht er jedoch ein, daß er sich in der Annahme dieses Dritten geirrt habe, und erklärt sich mit Entschiedenheit für die Nothwendigkeit des Privateigenthums. Ein späterer Vorschlag Proudhon's zur Lösung der socialen Frage war die „Organisation des Credits“ durch Errichtung von Volksbanken, welche den Zins ihrer Darlehen auf das Minimum der Verwaltungskosten herabsetzen und damit die andern Capitalisten zur Nachfolge zwingen sollten. Abweichend von der herrschenden socialistischen Hineigung zur einheitlichen Regulirung der Wirtschaftsverhältnisse durch die Centralgewalt des Staates, vertheidigt Proudhon den Föderalismus (*Du principe fédératif*, 1863), wogegen L. Blanc wiederum für das Princip der staatlichen Centralisation eintrat (*L'état et la commune*, 1866).

4. In Deutschland. a) Reception und nächste Fortbildung der Ad. Smith'schen Lehre.

§ 25. Die erste Verbreitung der Smith'schen Lehre geschah durch Sartorius in Göttingen (1766—1828) und Kraus in Königsberg (1753—1807), sodann durch die bereits selbständigern Bearbeitungen von Hufeland (1760—1817) und Vogt (1771

bis 1838), endlich durch Soden (1754—1832) und v. Jacob (1794—1827), welche die Abtrennung einer besondern theoretischen Volkswirtschaftslehre von den praktischen Volkswirtschaftswissenschaften anbahnten.

Die weitere Ausbildung der Smith-Malthus-Ricardo'schen Lehre wurde in der nächsten Zeit namentlich durch folgende Nationalökonomien gefördert: 1) G. Hoffmann (1765—1847), welcher in seiner Lehre vom Gelde (1838) als Vorkämpfer der Goldwährung auftrat; 2) v. Thünen (1783—1850), welcher Ricardo's Grundrententheorie ergänzte, indem er neben der Fruchtbarkeitsdifferenz auch die Gunst der Lage und die Nähe des Absatzmarkts als Quelle der Grundrente nachwies; 3) Nebenius (1784—1857), besonders bekannt durch seine Zollvereinsbestrebungen und seine Monographie über den öffentlichen Credit (1820); 4) Rau (1792—1870), der Erste, welcher in seinem dreibändigen Lehrbuche die Dreitheilung der politischen Oekonomie in (theoretische) Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft durchführte; 5) Hermann (1795—1868), welcher in seinen staatswirtschaftlichen Untersuchungen (1832) die nationalökonomischen Grundbegriffe kritisch revidirte.

Thünen denkt sich in seinem berühmten Werke „Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirthschaft und Nationalökonomie“ (1826) zur Veranschaulichung der Wirkung, welche die Entfernung des Absatzmarkts auf den Standort und das Betriebssystem der landwirthschaftlichen Productionszweige habe, eine große Stadt inmitten einer großen Fläche von gleicher Bodenbeschaffenheit, mit gleichen Verkehrsstraßen nach allen Richtungen hin, übrigens ohne vollkommenere Verkehrsmittel als Fuhrwerk auf der Landstraße. Die Stadt liefert der Umgegend ihre Gewerbserzeugnisse, die Umgegend der Stadt die Erzeugnisse des Bodens und der Viehzucht. Nach der Entfernung bilden sich folgende concentrische Wirtschaftskreise um die Stadt: Garten- und Gemüsebau nebst Milchwirtschaft, nächstdem Forstwirtschaft, dann intensive Kornwirtschaft, weiterhin minder intensive, endlich Viehzucht nebst Branntweinbrennerei. Die ländliche Cultur für den städtischen Absatz hört zuletzt ganz auf mit derjenigen Kreislinie, hinter welcher die Productionskosten durch die Transportkosten absorbiert werden würden. In seinem Werke „Der naturgemäße Arbeitslohn“ (1842—50) sucht v. Thünen eine über

den „natürlichen“ Arbeitslohn Ricardo's hinausgehende „naturgemäße“ (gerechte) Höhe des Arbeitslohns zu finden, indem er von dem Gedanken ausgeht, daß der Lohn des Arbeiters dem Producte seiner Arbeit proportional sein müsse.¹ Ein seiner Lehre entsprechendes Lohnsystem brachte er auf seiner Mustergutswirtschaft Tellow in Mecklenburg-Schwerin auch wirklich zur Anwendung, indem er seinen Arbeitern einen Antheil am Reingewinne der Gutswirtschaft gewährte.

b) Erste Gegner Ad. Smith's.

§ 26. Adam Müller (1772—1829), ein Vertreter der romantischen Schule auf volkswirtschaftlichem Gebiete, befürwortete im Gegensatz zur kapitalistischen Volkswirtschaft, wie sie Ad. Smith vertrete, die wirtschaftlichen Zustände des Mittelalters, feudalistische Naturalwirtschaft, erbliche Familieneidecommisse, Zünfte u. dgl.

Der Württemberger Friedr. List (1789—1846) befürwortete in seinem „nationalen System der politischen Oekonomie“ (1841) gemeinsame deutsche Zölle zum Schutze der nationalen Industrie (nicht der Landwirtschaft) gegen die überlegene Concurrenz des Auslandes, insbesondere Englands, die bisherige „Schule“ eines „bodenlosen Kosmopolitismus“, eines „todten Materialismus“ und eines „desorganisirten Individualismus“ beschuldigend. Zur genauern Feststellung der Periode, für welche das Schutzollsystem Bedürfnis sei, unterscheidet er drei Wirtschaftsstufen: die reine Ackerbaustufe, wo bei dünner Bevölkerung und schwacher Kapitalbildung industrielle Schutzzölle noch nicht nöthig seien, die Stufe der Reife zur eigenen Manufacturbildung, wo sie wirklich nothwendig seien, und die Stufe des vollendeten Wirtschaftsstaats, des Agricultur-, Manufactur- und Handelsstaats, wo sie nicht mehr nöthig seien. Die zweite Stufe, auf welcher Deutschland stehe, erheische Schutzzölle im Interesse der nationalpolitischen Wichtigkeit, welche die selbständige Ausbildung der productiven Kräfte, unabhängig vom augenblicklichen Werthergebnis, habe. Die Heranbildung einer eigenen Industrie gewähre auch den Vortheil, daß sie der Landwirtschaft einen nahen Absatz-

¹ Den Ausdruck für den naturgemäßen Lohn sah er in der algebraischen Formel $\sqrt{a \cdot p}$, d. h. der naturgemäße Lohn wird gefunden, wenn man die nothwendigen Bedürfnisse des Arbeiters (a) mit dem Product seiner Arbeit (p) multiplicirt und hieraus die Quadratwurzel zieht. Thünen ließ diese Formel auf seinen Grabstein setzen.

und Bezugsmarkt sowie neue Productionsmittel darbiete und daß mit dem Uebergange vom reinen Ackerbau zum Industriestaate (sowie endlich von diesem zum Handelsstaate) die Möglichkeit der Bevölkerungsvermehrung (die Bevölkerungscapazität) sich steigere. Sollen aber die Schutzzölle ihren Zweck erreichen, so dürfen sie nicht größer sein, als zur Ausgleichung der günstigeren Produktionsbedingungen des Auslands erforderlich und nicht länger dauern, als bis das Inland concurrenzfähig geworden ist. Ein absolutes Prohibitivsystem hindere die Entwicklung der inländischen Industrie nicht minder wie das absolute Freihandelsystem. Entsprechend der Anregung Rist's nahm der Deutsche Zollverein (seit 1842) einen entschieden schutzzöllnerischen Tarif an, der erst nach dem Inkrafttreten des deutsch-französischen Handelsvertrags (1865) wieder in freihändlerischem Sinne reformirt wurde.

c) Die historische Schule.

§ 27. Die historische Wirthschaftsschule reagirt gegen die Tendenz, Wirtschaftsgesetze rein aprioristisch aus Abstractionen über die Natur des Menschen zu construiren in ähnlicher Weise, wie es die historische Rechtsschule (Savigny, Eichhorn, Puchta etc.) gegen die Naturrechtsschule that, indem sie die angeblichen Naturgesetze des gegenwärtigen Wirthschaftslebens im Wesentlichen als das Product bestimmter historischer Voraussetzungen auffaßt. Sie polemisirt gegen die rein deductive Methode, gegen die Annahme absolut gültiger Wirthschaftsgesetze, welche sich aus der gleichen wirthschaftlichen Natur der Menschen ergeben sollen, und gegen die absolute Zurückweisung der Staatsintervention. Der rein deductiven (idealistischen) Methode setzt sie die vorwiegend inductive (realistische) entgegen, erklärt es daher für wesentlich, in größerem Maße auf die Verschiedenheit der concreten Zustände nach Ort und Zeit Rücksicht zu nehmen, und hält mit dieser Methode absolute Lösungen wirthschaftlicher Fragen für unvereinbar (sog. Relativitätsprincip). Das Haupt dieser Schule ist Roscher, welcher sich für die „historisch-physiologische“ Methode erklärt.¹ Unter den zahlreichen Anhängern sind als Vertreter einer

¹ Hauptwerke Roscher's: System der Volkswirtschaft, (Band I zuerst 1854), und Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland (1874). In seinem System der Volkswirtschaft theilt er diese nicht in theoretische und praktische, sondern in allgemeine, betreffend die „Grundlagen der National-

specifisch historischen Methode Bruno Hildebrand (1812—78) und Kries hervorzuheben.

Verwandt mit der historischen Methode sind einige methodische Richtungen, welche gleich jener die Zurückführung der Volkswirtschaft auf den Individualismus bekämpfen, so diejenige, welche die Volkswirtschaft als einen socialen Organismus betrachtet wissen will (Schäffle, Bau und Leben des socialen Körpers, 1875—78), und die ethische Richtung, welche in der Zurückführung des wirtschaftlichen Handelns auf das Selbstinteresse als alleinige Triebfeder eine unzulässige Ausscheidung des Ethischen aus der Nationalökonomie erblicken will.

Als ein von der historischen Schule beeinflusster Nationalökonom ist endlich noch Lorenz v. Stein († 1890) hervorzuheben, welcher die Kenntniß des französischen Socialismus und Communismus in Deutschland zuerst (1842) vermittelte und außerdem als philosophischer Systematiker auf dem Gebiete der Staatswissenschaft (1852—57), der Volkswirtschaftslehre (1858), der Finanzwissenschaft (1860) und der Verwaltungslehre (1865—68) bekannt ist.

d) Die Freihandelschule und die Schutzollpartei.

§ 28. Die Freihandelschule, welche sich theoretisch an Ad. Smith und Bastiat anlehnt, wirkte seit dem Ende der 40er Jahre für eine dem Freihandelsprincip Rechnung tragende Zollpolitik und machte hierfür in ähnlicher Weise Propaganda, wie ihr englisches Vorbild (oben § 21). Namhafte Vertreter dieser von Prince-Smith (geb. 1809 in London — 1874) begründeten Schule sind unter andern Pette (1799—1868), Faucher (1820—78), D. Michaelis († 1891), R. Braun, Damberger, B. Böhmert, Max BIRTH (Grundzüge der Nationalök., 4 Bde.), sowie auch Schulze-Dehnsch (1808—83), der Gründer des deutschen Genossenschaftswesens.¹

Unter dem Einflusse der Freihandelschule (1858—77) vollzog

„Ökonomie“ (Bd. I), und besondere, betreffend die „Nationalökonomik des Ackerbaus“ (Bd. II), die „Nationalökonomik des Handels und Gewerbleißes“ (Bd. III) und das „System der Finanzwissenschaft“ (Bd. IV).

¹ Gesamtorgan der Freihandelschule: der volkswirtschaftliche Congreß (seit 1858) und die Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft (seit 1863).

sich die wirthschaftliche Reformgesetzgebung in den Einzelstaaten und im Deutschen Reiche, der Eintritt des Zollvereins in den Verband der westeuropäischen Handelsverträge (oben § 23) und die freihändlerische Umbildung des Zolltarifs (1865—73). Das hierdurch zum Abschluß gebrachte handelspolitische System war aber nicht ein absolut, sondern ein gemäßigt freihändlerisches System; denn es schloß Schutzzölle nicht aus, ließ sie aber nur in mäßiger Höhe zu und nur als eine interimistische Ausnahmemassregel, um einem erst in der Entwicklung begriffenen inländischen Industriezweige die zur Ausbildung seiner Concurrenzfähigkeit nöthige Zeit zu gewähren.² Als im Jahre 1878 die Regierung in Preußen und im Reiche ihr politisches Bündniß mit der liberalen Partei löste, brach sie gleichzeitig auch mit den bisher befolgten Wirthschaftsprincipien der Freihändler.

§ 29. Die Schutzzollpartei, welche sich theoretisch hauptsächlich auf List und Carey stützt, regte sich nach längerer Pause wieder aus Anlaß der auf die sog. Gründerperiode (1870—73) folgenden Geschäftsstockung. Im Gegensatz zu den ermäßigten Conventionaltarifen der westeuropäischen Handelsverträge verlangte sie autonome Zolltarife mit erhöhten Zollsätzen zum Schutze der „nationalen“ Arbeit. An der Spitze der Bewegung standen die großen Industrien, vorweg die Eisen- und Textilindustrie. Durch das Anerbieten landwirthschaftlicher Schutzzölle sollte auch die Landwirthschaft für die von der Industrie begehrten Schutzzölle gewonnen werden, und da gleichzeitig auch in der Landwirthschaft über die übermäßige Concurrenz der großen Ackerbaustaaten (Rußland, Ungarn, Nordamerika) geklagt wurde, so kam alsbald ein industriell-agrarisches Bündniß zu Stande, welches seit 1878 auch an der Reichsregierung und ihren Finanzplänen (Erhöhung der Reichseinkommen, Ermöglichung einer Verminderung der directen Steuerlast durch Vermehrung der „weniger drückenden“ indirecten Steuern) eine Stütze fand. So begann eine neue Aera des Protectionismus, welche durch den Zolltarif von 1879 inaugurirt wurde. Eine Folge

² Als angebliche Anhängerin eines absoluten Freihandelsystems und eines absoluten *laissez faire* heißt die Freihandelschule bei Gegnern auch Manchesterchule (oben § 21 Schlußnote). Roscher nennt die Freihändler, wenigstens im Ganzen genommen, zu abstract, zu wenig historisch, zu optimistisch, mißbilligt aber durchaus ihre Bezeichnung als Manchesterleute.

davon war die Nichterneuerung der freihändlerischen Handelsverträge und die Wiederaufnahme oder Verschärfung der Schutzzollpraxis in ganz Europa, ausgenommen England.¹

e) Die Kathedersocialisten.

§ 30. Angeregt durch die von der Socialdemokratie ausgegangene Kritik der bestehenden wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse, begann eine Mehrzahl von jüngern, aus der historischen Schule hervorgegangenen Professoren, z. B. Brentano, Held (1844—80), Rasse († 1890), Schönberg, Schmoller und Adolph Wagner, eine socialpolitische Richtung einzuschlagen und von diesem Standpunkte aus gegen die herrschende freihändlerische Richtung zu polemisiren. Die Polemik dieser sog. Kathedersocialisten richtete sich namentlich gegen den den Gegnern vorgeworfenen extremen Individualismus, gegen die angebliche Harmonie der Interessen bei freier Concurrenz, gegen die Mehrberücksichtigung der Production als der angemessenen Vertheilung der Güter, gegen das Verkennen der Aufgabe des Staates, die Volkswirtschaft, insbesondere die wirthschaftlich Schwachen und Hilfsbedürftigen durch positives Eingreifen zu fördern und überhaupt gegen das „manchesterliche“ absolute Thun- und Lassen. Hieraus und aus gelegentlich zu weit getriebener „Anerkennung des Richtigen und Haltbaren im wissenschaftlichen Socialismus“ entspann sich Anfangs der 70er Jahre ein Conflict mit der Freihandelspartei.¹ Da sich indessen ergab, daß die Einen das Eingreifen des Staates keineswegs durchaus zurückweisen, die Andern es ebenso wenig durchweg zulassen, sondern von Fall zu Fall prüfen wollten, ob ein vorgeschlagenes staatliches Eingreifen nützlich, nothwendig und durchführbar sei, so verlor sich alsbald die Schärfe des ursprünglichen Gegensatzes. Gegenüber der agitatorischen Veffürwortung und Ueberschätzung der Staatsaction auf wirthschaftlichem Gebiete, fanden sich auch die Kathedersocialisten veranlaßt, für die Berechtigung des Individualismus einzutreten und anzuerkennen, daß die individuelle Thätigkeit

¹ Ein großes außereuropäisches Freihandelsgebiet mit vollkommener Handelsfreiheit schuf die Berliner Conferenz von 1885 in der Congozone.

¹ B. Oppenheim, *Der Kathedersocialismus* (1872) und Ad. Wagner, *Offener Brief an Herrn B. Oppenheim, eine Abwehr manchesterlicher Angriffe* (1872).

die Regel, das staatliche Eingreifen die Ausnahme bleiben müsse. Eine Folge der Annäherung beider Parteien war das Abkommen (1875), daß die Congresse der einen Partei auch von der andern besichtigt werden sollten. Doch wurde diese Congressgemeinschaft später (1881) wieder aufgegeben.²

Näher dem Socialismus steht der Ratheder-socialismus von Schäffle und besonders von Ad. Wagner, welcher als Anhänger des Staats-socialismus der Staatsregierung den Beruf beilegt, das wirthschaftliche Leben einer Neueregulirung zu unterwerfen, um die collectivistische Gemeinwirthschaft des Staates, der Gemeinden und ähnlicher Corporationen auf Unkosten der bestehenden privatwirthschaftlichen Eigenthums- und Erwerbsordnung möglichst weit auszudehnen.

f) Der theoretische Socialismus der Gegenwart.

§ 31. Der „heutige wissenschaftliche Socialismus“ wurde durch Rodbertus (1805—75) und Marx (1818—83) begründet. Ein Vorläufer war Marlo (Professor Winkelblech, 1810—65).

1) Marlo,¹ „einer der gründlichsten, gemäßigsten und gewissenhaftesten Socialisten“ (Roscher) erklärt sich für einen nicht näher definirten „societären“ oder genossenschaftlichen Betrieb in der Landwirtschaft, Handelsbetrieb durch dazu eingesetzte Staatsbeamte, Zunftzwang und künstliche Regulirung der Bevölkerungsmege.

2) Rodbertus² geht von der Annahme aus, daß die Arbeit, d. h. die materielle Arbeit der handarbeitenden Klassen, die alleinige Quelle und, wie schon Ricardo (oben § 20) gelehrt hatte, das alleinige Werthmaß aller wirthschaftlichen Güter sei, daß jedes Einkommen, welches ohne solche Arbeitsleistung bezogen wird (Rente), aus einem Werthabzuge entspringe, welcher lediglich vermöge des privaten Grund- und Kapitaleigenthums den Arbeitern vom

² Organe der Ratheder-socialisten: der Verein für Socialpolitik (seit 1873), die Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft und das von Schmoller herausgegebene Jahrbuch für Volkswirthschaft.

¹ System der Weltökonomie oder Untersuchungen über die Organisation der Arbeit (1848—59).

² Abgesehen von seinem größern Werke über die „Creditnoth des Grundbesitzes“ (1868—69) hat Rodbertus seine socialökonomischen Ansichten nur in Briefen („Sociale Briefe“ 1850—51) und andern Gelegenheitschriften dargelegt.

Ertrage ihrer Arbeit gemacht werde, und daß daher das gegenwärtige, auf dem Privateigenthum am Grund- und Kapitalvermögen und auf der vertragmäßigen Ablohnung der Arbeiter beruhende System der Einkommenvertheilung ein wirthschaftliches Unrecht auf Unkosten der arbeitenden Klassen sei, deren Antheil am Gesamtertrage der Production immer kleiner werde. Die daraus gefolgerte Forderung ging auf Beseitigung des Privateigenthums an Kapitalgütern durch „allmähliche Ueberführung des jetzigen Zustandes in die auf dem Verdienst- oder reinen Einkommeneigenthum sich gründende höhere Staatenordnung.“ Diese Ueberführung erwartete Robbertus als conservativer Politiker von dem preussischen Königthum.

3) Marx³ deducirt in dialektischer Form nach Hegel'scher Manier folgende Sätze. Der Gebrauchswerth der Güter ist kein Factor ihres Tauschwerths. Aller Werth (Tauschwerth) hat vielmehr seine Quelle wie auch sein Maß ausschließlich in der Arbeit. Die „Substanz des Werths“ besteht daher in der „gesellschaftlich nothwendigen Arbeit“ und die Werthgröße eines jeden Guts in der zu seiner Herstellung „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit“, so daß Güter, welche „gleich große Arbeitsquanten enthalten oder in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können“, gleichen Werth haben. Da nur die Arbeit alle Werthe erzeugt, so ist auch alles Kapital aus dem von den Privatunternehmern angeeigneten „Mehrwert“ des Arbeitsproducts über den Arbeitslohn entstanden. Auf Grund dieser Theorie von der Entstehung des Kapitals wird als Mittel zur praktischen Lösung der Arbeiterfrage die Einführung des abgekürzten sog. Normalarbeitstages in Vorschlag gebracht. Soll aber das Postulat der natürlichen Gerechtigkeit, daß jede Arbeit ihren vollen Lohn erhalte, vollkommen verwirklicht werden, so muß das Privateigenthum an den zur Production gebrauchten Gütern (das Grund- und Kapitaleigenthum der Privatunternehmer) „expropriirt“ und zum „Gemeineigenthum“ der zu gemeinschaftlicher „Cooperation“ vereinigten Arbeiter gemacht werden. In der auf Kapital-Collectiveigenthum basirten allgemeinen Collectivwirthschaft wird es kein anderes Privateigenthum geben als Arbeitseinkommen; an die Stelle des Arbeitslohns wird der volle Arbeitsertrag, an

³ Kritik der pol. Oekonomie (1859), Das Kapital (1867).

die Stelle des „bürgerlichen Eigenthums“ an Kapitalgütern das „Arbeitseigenthum“ oder das auf eigene Arbeit gegründete Einkommen und Eigenthum an Genußgütern (Lebensmittel, Kleidung, Hausrath, Bildungs- und Unterhaltungsmittel u. dgl.) treten.

g) Die Internationale, Vassalle und die
Socialdemokratie.

§ 32. Abweichend von Rodbertus rechnete Marx nicht auf allmähliche gesetzliche, sondern auf gewaltsame revolutionäre Herbeiführung der neuen Gesellschaftsordnung und war zu diesem Zwecke auch agitatorisch thätig. Gemeinsam mit Friedr. Engels verfaßte er auf Grund eines im Jahre 1847 in London abgehaltenen internationalen Arbeitercongresses ein „Manifest der communistischen Partei“, worin „gewaltsamer Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ für nothwendig erklärt wird. Im Jahre 1864 gründete er in London zum gewaltsamen Kampfe der Arbeit gegen das Kapital eine communistische Arbeiterverbindung, die „internationale Arbeiterassociation“ oder die Internationale schlechtthin genannt. Der von ihm organisirte und geleitete Verein hielt eine Zeit lang (1866—69) alljährlich Congressse ab, zum letzten Mal im Haag (1872), wo er sich in zwei fernerhin nicht mehr gemeinsam tagende Fractionen spaltete: die Anarchisten (hauptsächlich Romanen und Russen), welche statt der centralistischen eine föderalistische Organisation einführen und sich daher die Marx'sche Centralleitung nicht länger gefallen lassen wollten, und die Marx folgenden Collectivisten (hauptsächlich deutsche Socialdemokraten).

§ 33. Den Ideen von Rodbertus und Marx folgend agitirte Vassalle (1825—64) gegen das Kapital, die Lohnarbeit und das „eherne Lohngesetz“ (oben § 20). Im Gegensatz zu den auf wirthschaftliche Selbsthilfe (freie Association, Fleiß und Sparsamkeit) basirten Genossenschaften von Schulze-Delitzsch empfahl er zur Lösung der Lohnfrage nach dem Vorgange von L. Blanc (§ 24) auf Staatshilfe basirte Productivassociationen. Zur Erreichung dieses Zieles sollten sich die Arbeiter zu einer eigenen politischen Partei vereinigen und mittels des allgemeinen directen Wahlrechts politischen Einfluß zu gewinnen suchen. In diesem Sinne gründete er den „Allgemeinen

deutschen Arbeiterverein" zu Leipzig (1869) und mit ihm die deutsche Socialdemokratie.¹

Nach Lassalle's Tode spaltete sich die deutsche Socialdemokratie in zwei Fractionen: die gleich ihrem Gründer nationalgesinnten Lassalleaner (1867—71 unter dem Präsidium von v. Schweizer) und die sog. Eisennacher (unter Bebel und Liebknecht), welche sich zur Internationale von Marx hielten und dessen Centralleitung anerkannten. Bei der Vereinigung beider Fractionen auf dem Gothaer Congreß (1875) nahm die Gesamtpartei im Wesentlichen das Programm der Eisennacher Partei an.²

¹ Die socialistischen Schriften Lassalle's sind Agitationschriften und „haben wissenschaftlich keine große Bedeutung“ (Moscher). Das noch vor Beginn seiner Agitation geschriebene „System der erworbenen Rechte“ (2 Bde., 1861) enthält über die Rückwirkung neuer Gesetze, insbesondere neuer Erbrechtsgesetze, rechts- und geschichtsphilosophische Untersuchungen, welche einen Commentar zu seinem bekannten spätern Ausspruche liefern, daß Kapital und Eigenthum nur „historische Kategorien“ seien.

² Das Gothaer Programm lautet in seinem allgemeinen Theile so:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern das gesammte Arbeitsproduct bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen. — In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeitsklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. — Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrags. — Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reactionäre Masse sind.“

Auf dem Genfer Congresse (1877) stellten die Socialdemokraten den Anarchisten folgendes Programm entgegen:

„Aller Grund und Boden, alle Productionsmittel werden Gesellschaftseigenthum. Der omnipotente Staat hat Production und Consumtion zu regeln hinab bis in die kleinsten Erwerbskreise, die Volksmehrheit regiert und verwaltet omnipotent, die Minderheit muß sich fügen oder auswandern.“

Namhafte anarchistische Agitatoren: der Russe Bakunin († 1876), Begründer des modernen Nihilismus, der russische Fürst Krapotkin, die beiden frühern socialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstags Most und Hasselmann. Auf dem Londoner Congresse (1881) erklärte die anarchistische Internationale, daß die Propaganda durch Wort und Presse unge-

Der öffentlichen antimonarchischen und antinationalen Agitation der Socialdemokratie trat ein interimistisches Ausnahmegesetz entgegen, das Reichsgesetz (v. 21. Oct. 1878) gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

h) Conservativer und kirchlicher Socialismus.

§ 34. Der politische Antagonismus zwischen Conservativen und Liberalen machte die erstern, welche seit dem politischen Umschwunge des Jahres 1878 (oben § 28 a. E.) zu maßgebendem Einflusse in Preußen und im Reiche gelangten, zu Gönnern der socialdemokratischen Polemik gegen das liberale Bürgerthum (die „Bourgeoisie“, die „liberale Volks- und Kapitalwirthschaft“).

Wie die Socialdemokraten an Marx, so lehnten sich die Socialconservativen an Hobbertus. Als Staatssocialisten postuliren sie gleich andern Socialisten eine neue Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung, welche aber nicht gleich der socialdemokratischen von unten nach oben, sondern von oben herunter aufgebaut werden soll. Als conservativ-monarchische Staatssocialisten stellen sie dem „liberalen“ Staate und dem socialdemokratischen „Volks“staate das „sociale Königthum“ entgegen als dasjenige Organ, durch dessen Staatsthätigkeit die Neuregulirung des wirthschaftlichen und socialen Lebens bewirkt werden soll. Als Agrarier (Gesinnungsgegnossen des 1876 constituirten „Vereins deutscher Steuer- und Wirthschaftsreformer“) vertreten sie die wirthschaftlichen Sonderinteressen der Großgrundbesitzer gegen die übrigen Wirthschaftsklassen (das „bewegliche Kapital“) und befürworteten demgemäß die agrarischen Bölle, die Börsensteuer, die projectirte preussische Kapitalrentensteuer u. dgl. m.

Conservativ-monarchischer Staatssocialismus ist auch der christliche Socialismus der „christlich-socialen Arbeiterpartei“ (1877 von Stöcker begründet und von ihm und Ad. Wagner geleitet). Der katholische Socialismus dagegen verwirft die Unterstützung der

nützlich sei, und empfiehlt als hauptsächliches Agitationsmittel „die Propaganda der That.“ Das in diesem Sinne redigirte Parteiorgan ist die in Newyork erscheinende Most'sche „Freiheit.“ Die derzeitigen Leiter der deutschen Socialdemokratie wollen von einer gewalthätigen Action, wenigstens einstweilen, nichts wissen.

Arbeiter durch zwangsweise Aufbringung von Staatsmitteln, um an ihre Stelle die freie kirchliche und sittliche Thätigkeit zu setzen.¹

Nach der Repression der Socialdemokratie durch das Socialistengesetz (1878) nahm auch die Regierung in Preußen und im Reiche den Grundsatz in ihr Programm auf, daß der Staat durch seine Gesetze und mit seinen Mitteln die Lage der besitzlosen Klassen zu reformiren habe, und verkündete als nächsten Gegenstand des neuen socialpolitischen Programms die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfälle, Alter und Invalidität. (Botschaft Kaiser Wilhelm I. v. 17. Nov. 1881.)² Das Socialistengesetz aber dessen Geltungsfrist zuletzt bis zum 1. Oct. 1890 vereinbart war, trat in Ermangelung einer abermaligen Erneuerung mit jenem Tage außer Kraft.

i) Der Voluntarismus auf socialem Gebiete.

§ 35. Der Voluntarismus auf dem socialen Gebiete beruht auf der Annahme, daß die in der sog. socialen Frage begriffene Vielheit von socialen Fragen auch durch verschiedenartige Mittel zu lösen sei und daß die Lösung dieser Fragen keineswegs ausschließlich oder überwiegend von der Staatsgewalt, ihren Gesetzen und Zwangseinrichtungen auszugehen habe, sondern wesentlich auch durch die eigene Selbstthätigkeit der Arbeiter, der Arbeitgeber und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft (der Privaten, Vereine, Berufsgenossenschaften, Gemeinden, Kirchen und Schulen) bedingt sei.

Aus dem Voluntarismus oder der freiwilligen Selbstthätigkeit dieser Factoren sind unter andern folgende praktische Versuche hervorgegangen: 1) die Genossenschaften, Gewerksvereine und Hilfskassen der Arbeiter; 2) die verbesserten Lohnsysteme, die Einigungs- und Schiedsämter und andere freiwillige Maßnahmen der Arbeitgeber zum Besten der Arbeiter; 3) zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen, Anstalten und Stiftungen zur Förderung des ökonomischen, körperlichen, geistigen und sittlichen Wohles der ärmeren Volksklassen, z. B. Armen-, Kranken- und Waisenpflege, Krippen- und sonstige Kinderfürsorge, Volksküchen, Gesundheitspflege in Städten und

¹ E. v. Ketteler, Bischof von Mainz († 1877), *Die Arbeiterfrage und das Christenthum* (1864).

² Ueber die in Folge dessen ergangenen Reichsgesetze betr. die Arbeiterversicherung v. 1883—89 s. unten § 64 a. E. nebst Zusatz.

Fabriken, Volksbildungspflege außerhalb der öffentlichen Schulen (Volksbibliotheken, Sonntagschulen, gewerbliche Fortbildungsanstalten), Ausbildung der Handfertigkeit bei der Jugend, Entwicklung der Hausindustrie, Spar- und Versicherungseinrichtungen, Einrichtungen zur Bekämpfung der Trunksucht, sowie der Bettellei und Landstreicherei (Asyle und Herbergen in den Städten, Arbeitscolonien auf dem Lande).

Am meisten hat dieser Voluntarismus oder die sociale Selbsthilfe in England geleistet.

Systematischer Theil.

I. Production.

Begriff, Zweck und Arten der Production.

§ 36. Production ist Hervorbringung wirtschaftlicher Güter durch darauf gerichtete menschliche Thätigkeit. Als Hervorbringung wirtschaftlicher Güter schafft sie Werthe (§ 1) und zwar entweder so, daß neue Güter von Werth hergestellt werden oder so, daß der Werth der schon vorhandenen Güter erhöht wird.

Letzter wirtschaftlicher Zweck aller Production ist die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Production und Consumption zur Bedürfnisbefriedigung sind daher Correlate, welche sich gegenseitig voraussetzen und bedingen und in unausgesetzter Wechselwirkung zu einander stehen.

Die Production heißt, insofern sie Sachgüter neu schafft oder im Werthe erhöht, eine materielle, im Gegensatz zur immateriellen, welche in den Diensten der liberalen Berufsarten und andern persönlichen Diensten besteht. Eine materielle Production ist vor allem die Rohstoff- oder Urproduction und die Rohstoffbearbeitung. Jene ist zuerst occupatorisch, wie Jagd und Fischerei, sodann nomadische Viehzucht und Ackerbau.

Die Urproduction und Rohstoffbearbeitung geschehen zunächst für den Selbstbedarf. Neben der ursprünglich überwiegenden Production für den eigenen Bedarf wird später, je allgemeiner der Geldgebrauch wird, immer mehr für den Austausch producirt. Man unterscheidet daher Eigenproduction und Tauschproduction. Mit dieser bildet sich der Handel als ein eigener Produktionszweig aus. Auch der Handel ist eine materielle Production, insofern

durch seine Thätigkeit eine Wertherhöhung der vorhandenen Sachgüter bewirkt wird.

Mit der Tauschproduction entsteht zugleich die gewerbliche Production. Indem die verschiedenen Productionszweige sich als Gewerbe organisiren, werden sie zu berufsmäßig betriebenen Erwerbsgeschäften, welche die stetige und möglichst angemessene Befriedigung der Bedürfnisse verbürgen. Mit der Entwicklung der Technik und des Verkehrs verzweigen sich die Gewerbe wiederum in zahlreiche Unter- und Nebenarten. Den oben erwähnten drei Arten der materiellen Production entsprechen folgende Gewerbe: 1) occupatorische Gewerbe (Bergbau, Jagd, Fischerei u. dgl.) und Landwirthschaft mit Einschluß der Forstwirthschaft, Viehzucht und Gärtnerei; 2) Industrie und Gewerbe im engeren Sinne, d. h. die Gewerbe für die Rohstoffverarbeitung, Fabrik und Handwerk (Groß- und Kleinindustrie) umfassend; 3) Handels- und Verkehrsgewerbe (unten § 43). Die liberalen Berufsarten heißen nicht Gewerbe, da sie ihrem Wesen nach wirthschaftlichen Erwerb nicht zum Motiv und Zweck haben; doch giebt es auch Gewerbe der persönlichen Dienste, z. B. Dienstmänner und Gefinde.

Die bei fortschreitender Cultur zunehmende Ausdehnung und Veredelung der Bedürfnisse vermehrt und verfeinert auch die Production. Daraus entspringt die Kunstgewerbliche und Luxusproduction.

Mit Rücksicht auf das Postulat der Wirthschaftlichkeit (§ 3), daß mit möglichst geringem Kostenaufwande ein möglichst großer Nulleffect erzielt werde, unterscheidet man wirthschaftliche und unwirthschaftliche Production. Zu einer wirthschaftlichen Production in diesem Sinne ist zum mindesten erforderlich, daß der Ertrag nicht hinter den Kosten zurückbleibe.

Die Productionsfactoren.

§ 37. Productionsfactoren sind die Natur, die Arbeit und das Kapital. Von diesen Factoren ist keiner für sich allein denkbar. Auch zum Naturfactor muß Arbeit hinzukommen, wenn auch zuerst nur die Arbeit der Occupation (Occupation von freiwilligen Naturgaben, wie wilde Pflanzen, Thiere und Mineralien). Andererseits zeigt sich schon auf den niedrigsten Wirthschaftsstufen

die Nothwendigkeit der Mitwirkung von Kapitalgütern zur Arbeit (Gebrauch von Werkzeugen zur Baumsämling, Jagd, Fischerei u. s. w.). Neben dem ursprünglich überwiegenden Naturfactor wird später, mit zunehmender Dichtigkeit der Bevölkerung und demgemäßer Steigerung des Güterbedarfs, immer mehr Arbeit und Kapital angewendet. Man nennt dies den Uebergang von extensiver zu intensiver Wirthschaft (namentlich Landwirthschaft) und die mittelalterliche Wirthschaft mit vorherrschendem Naturfactor ohne erheblichen Geldgebrauch Naturalwirthschaft, im Gegensatz zur spätern Kapitalwirthschaft (Geld- und Creditwirthschaft, Handels- und Industrie-wirthschaft).

Natur.

§ 38. Die Natur ist Productionsfactor mit ihren Stoffen und Kräften. Die Naturstoffe sind theils organische theils anorganische und wirthschaftlich von Bedeutung theils als Genuß- oder Consumtionsmittel theils als Produktionsmittel (so Roh- und Brennstoffe als Mittel zur Hervorbringung neuer Güter). Die Naturkräfte sind theils mechanische theils physikalische und chemische und wirthschaftlich von Bedeutung theils als Quelle der landwirthschaftlichen Naturerzeugnisse theils als Hilfskräfte zur Erleichterung der menschlichen Production.

Die natürlichen Verhältnisse eines Landes, wie sein Klima, seine orographische Gestaltung, seine Lage und Bodenbeschaffenheit und seine Gewässer, sowie der Einfluß, welchen diese Verhältnisse auf die Bevölkerung ausüben, bilden zugleich die natürlichen Bedingungen, von denen die Entwicklung seiner gesammten Production abhängt.

Arbeit.

§ 39. Arbeit im wirthschaftlichen Sinne ist persönliche Thätigkeit für wirthschaftliche Zwecke. Eintheilungen: 1) Wirthschaftlich productive, d. h. werthschaffende Arbeit, und unproductive. Die neuern Nationalökonomten halten nicht nur mit Ad. Smith (§ 16) die in der Production von Sachgütern bestehende materielle Arbeit für productiv, sondern nach dem Vorgange von Say (§ 23) auch die persönlichen Dienste, insofern sie die unmittelbar productive

materielle Arbeit fördern. Daher die Unterscheidung von unmittelbar und mittelbar productiver Arbeit. Uebrigens ist der Begriff der Productivität nur ein relativer, indem eine Arbeit, welche in der einen Beziehung als productiv erscheint, in einer andern als nicht productiv erscheinen kann, jenachdem man sie z. B. vom privat- oder volkswirtschaftlichen Standpunkte, nach ihrer allgemeinen Natur oder nach ihrem wirklichen Erfolge betrachtet. Die neuere socialistische Theorie hält nur die zur Güterproduction mitwirkende Handarbeit für productiv. 2) Arbeit im eigenen Erwerbsgeschäft und Arbeit im engern Sinne, d. h. die Lohnarbeit der Hilfspersonen im Erwerbsgeschäft eines Andern (des Arbeitgebers oder Unternehmers). Die Lohnarbeit ist aber theils gemeine Handarbeit, theils sog. erlernte Arbeit, wie die der Handwerksgehilfen, die commercielle Arbeit, die Dienste der als Techniker, Aufseher und Leiter eines fremden Erwerbsgeschäfts angestellten Personen. Bei der sog. socialen Frage (§ 35) versteht man unter Arbeitern die gemeinen Lohnarbeiter, im Gegensatz zu den Unternehmern und Kapitalisten.

Die Arbeitsleistung wird durch gewisse persönliche Eigenschaften und durch die Arbeitstheilung bedingt.

1) Persönliche Eigenschaften, wodurch die Arbeitsleistung bedingt wird, sind die Arbeitskraft (physische Kraft und Gesundheit, Fähigkeit und Geschicklichkeit) und die Arbeitsamkeit (Arbeitslust und Arbeitsfleiß). Alle Maßregeln, welche diese Eigenschaften zu entwickeln und zu erhöhen geeignet sind, sind daher Förderungsmittel der Production. Gesetzgeberische Maßregeln zu diesem Zwecke sind namentlich folgende: a) die Befreiung der Arbeit von allen ihre Kraftentfaltung hindernden Beschränkungen. Die demgemäße Ordnung des Gewerbewesens heißt Gewerbefreiheit. Sie begreift die Freizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit, die freie Wahl des gewerblichen Berufs, die Beseitigung des Zunftzwangs, des Systems der obrigkeitlichen Concessionirung, der Bann- und Zwangsrechte und der Realgewerbegerechtigkeiten. In Preußen begann die auf Herstellung der wirthschaftlichen Freiheit gerichtete Agrar- und Gewerbegesetzgebung mit den Stein-Hardenberg'schen Reformen.¹

¹ S. § 18. Die preussische Agrargesetzgebung von 1807—11 wurde durch die spätern Gesetze über Gemeinheitstheilung und Servitutenablösung, über Aufhebung des Obereigenthums, der Realasten und der gesetzlichen Re-

Für das Deutsche Reich beruht die Freizügigkeit auf dem Ges. v. 1. Nov. 1867 und die Gewerbefreiheit auf der Gewerbeordnung v. 21. Juni 1869.² b) Der Arbeiterschutz für weibliche, jugendliche und erwachsene männliche Arbeiter. Die darauf bezügliche Arbeiterschutzgesetzgebung betrifft die Frauen- und Kinderarbeit, die Sonntags- und Nachtarbeit, den Maximal- oder Normalarbeitstag, die Betriebs- und Betriebsstätteneinrichtung zur Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit, die Einföhrung staatlicher Fabrikinspectoren zur Controlle über die Ausführung der Schutzmaßregeln.³ c) Die Unfall- und Krankenentschädigung.⁴

tractrechte an Immobilien zum Abschluß gebracht (Gemeinheitstheilungsordnung v. 7. Juni 1821 und Ges. v. 2. März 1850). Die Agrargesetzgebung diente als Vorbereitung für die staatliche Landescultur, d. h. die positive Landwirtschaftspflege (Förderung der Bewässerungen, Entwässerungen und Schutzwaldungen).

Die Gewerbefreiheit der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung wurde durch eine vollständige Gewerbeordnung (v. 17. Jan 1845) für die gesammte preußische Monarchie eingeföhrt, erlitt aber seit 1849 mehrere Beschränkungen.

² Der Gewerbebetrieb ist danach in der Regel einem Jeden ohne Weiteres gestattet und ist insbesondere auch nicht mehr durch die Theilnahme an einer Innung bedingt (Ersetzung der Zwangsinnungen durch freie Innungen). Vorbehalten ist aus polizeilichen Gründen die obrigkeitliche Genehmigung gefährlicher oder belästigender Gewerbsanlagen und für gewisse Gewerbe eine Approbation (z. B. für Aerzte, Apotheker, Seeschiffer), eine Concession oder Erlaubniß (z. B. für Schauspielunternehmer, Gast- und Schankwirthe), das Recht der Untersagung des Betriebes (z. B. wegen Verbrechen) und das Recht der ortspolizeilichen Regelung (z. B. für öffentliches Fuhrwerk). Im übrigen genügt, um den Betrieb eines stehenden Gewerbes zu beginnen, die bloße Anzeige bei der Ortsbehörde, während für den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Hausirgerwerbe) ein Legitimationschein erforderlich ist, der aus gesetzlichen Gründen versagt werden darf. Mit dem im J. 1879 erfolgten Umschwunge der Handelspolitik (§ 29) trat auch eine gewerbepolitische Reaction ein. Es entstand seitdem eine Reihe neuer Beschränkungen für verschiedene Gewerbebetriebe durch eine Reihe von Gewerbeordnungs-Novellen, das Innungsgesetz (v. 18. Juli 1881), welches die Errichtung freier Innungen erleichtern soll, und das Gesetz, wonach die Behörde den Innungsgemeistern das ausschließliche Recht beilegen kann, Lehrlinge des betreffenden Gewerbes auszubilden (Novelle v. 1884).

³ Die Arbeiterschutzgesetzgebung (Fabrik- und Werkstättengesetzgebung) ist am frühesten in England auf Grund fortgesetzter parlamentarischer Enquêtes (seit 1816) ausgebildet worden. Für das Deutsche Reich sind zahlreiche Bestimmungen über den Arbeiterschutz durch die Gewerbeordnung und ihre No-

d) Der Schutz des literarischen und artistischen Urheberrechts, der Schutz von Fabrik- und Waarenzeichen und der Schutz von Erfindungen.⁵

2) Arbeitstheilung ist Gliederung der Arbeit durch Vertheilung und Vereinigung der Arbeit. Man unterscheidet hauptsächlich persönliche und räumliche Arbeitstheilung. Erscheinungsformen der persönlichen Arbeitstheilung innerhalb desselben Volkes sind die verschiedenen Berufsklassen, die Verzweigung der Gewerbe in zahlreiche Haupt-, Unter- und Nebenarten, die Vertheilung der zu ein und derselben Production gehörigen Arbeiten, welch' letztere Form der Arbeitstheilung jedoch nicht auf jede Art der Production gleichmäßig anwendbar ist, so bei der Landwirthschaft wegen des Ueberwiegens des Naturfactors weniger als bei der Industrie, insbesondere bei der sogenannten Massenproduction. Die räumliche Arbeitstheilung begreift die Gruppierung der verschiedenen Productionszweige nach den wirtschaftlich besten Standorten (locale, territoriale und internationale Arbeitstheilung). Um die Lehre von der Arbeitstheilung, die Erkenntniß ihrer Wirkungen und ihrer Bedingungen hat sich besonders Ad. Smith (oben § 16) verdient gemacht.

Kapital.

§ 40. Kapital im wirtschaftlichen Sinne ist der zu neuer Production bestimmte Vorrath früher producirter Güter. Hierin liegt zweierlei. 1) Das Kapital entsteht aus Ueberschüssen der Production über die Consumtion (Mehrproduction und Minderconsumtion) und besteht mithin in disponiblen Ersparnissen. 2) Ein Vorrath von Gütern ist wirtschaftliches Kapital nur insofern er als Productionsmittel zur Erzeugung neuer Güter dienen soll.

wellen gegeben worden. Aus der Novelle v. 17. Juli 1878 stammen die obligatorischen Fabrikinspectoren (in England seit 1833). — Eine internationale Konferenz zum gegenseitigen Meinungsanstand über Fragen des Arbeiterschutzes fand im März 1890 auf Anregung Kaiser Wilhelm II. in Berlin statt.

⁴ Ueber die hierher gehörigen Reichsgesetze s. unten § 64 a. E.

⁵ Aus der deutschen Reichsgesetzgebung gehören hierher: 1) die Gesetze zum Schutze von Schriftwerken (v. 11. Juni 1870), von Werken der bildenden Kunst, von Photographien und von Mustern und Modellen (v. 9. 10. und 11. Jan. 1876); 2) das Markenschutzgesetz (v. 30. Nov. 1874); 3) das Patentgesetz (v. 25. Mai 1877).

Der Kapitalbegriff ist jedoch in vielen Beziehungen sehr streitig. So ist 1) fraglich, ob Grundstücke (Grund und Boden) dem Kapital zuzurechnen seien. Einige, wie Hermann, Bastiat und Carey rechnen sie schlechthin dazu, Andere, z. B. Schäffle und Ad. Wagner, nur insoweit, als sie durch Arbeit und Vermögensaufwand (Bodenmeliorationen) zu wirthschaftlichen Gütern geworden seien, während Roscher und Andere zwar die Bodenmeliorationen und Bauwerke, nicht aber die Grundstücke selbst als Kapital betrachten. 2) Neben dem materiellen Kapital nehmen manche Schriftsteller auch unförperliche Kapitalien (sog. Quasikapitalien) an, z. B. den Staat, guten Ruf, Rundschaften, insofern sie die Quelle wirthschaftlicher Vortheile sind, im Anschluß an Ad. Smith, welcher erworbene nützliche Geschicklichkeiten als Kapital auffaßt (sog. persönliches Kapital, im Gegensatz zum dinglichen). 3) Marx denkt sich unter Kapital den aus der Aneignung des „Mehrwerts“ der Lohnarbeit hervorgegangenen Besitz der gewerblichen Unternehmer an sachlichen Produktionsmitteln. 4) Der gemeine Sprachgebrauch identificirt, gleich dem Mercantilismus, Kapital und Geldkapital.

Das als Produktionsmittel dienende Kapital, also das Kapital im oben definirten Sinne, heißt auch Productiv- oder Erwerbskapital, im Gegensatz zu dem zur persönlichen Bedürfnißbefriedigung verwendeten Gebrauchs- oder Genußkapital. Das Productivkapital eines gewerblichen Unternehmens ist theils fixes oder stehendes (Anlagekapital) zu wiederholtem Dienst, wie das in Grund und Boden angelegte Kapital, Baulichkeiten, Wirthschaftsinventar, Maschinen und Werkzeuge, theils umlaufendes (Betriebskapital) zu einmaligem Dienst (consumtible und fungible Kapitalien), wie Roh- und Brennstoffe, überhaupt Haupt- und Hilfsstoffe, der Kassenvorrath zur Löhnung der Arbeiter und Anschaffung weitem Materials, die Bestände an fertigen Waaren, der Waarenvorrath im Betriebe eines Handelsgeschäfts, Schlachtvieh, Saatkorn und Düngmittel im Betriebe der Landwirthschaft. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Kapitalarten sind jedoch keineswegs absolute. Es kann sogar das nämliche Kapital für die nämliche Person in der einen oder andern Verwendung zugleich vorkommen, z. B. Wagen und Pferde zugleich für das Geschäft und für den persönlichen Privatgebrauch. Dergleichen kann man

die bisherige Verwendung seiner Kapitalien ändern und mithin Productivkapitalien in Gebrauchskapitalien, fixe Kapitalien in umlaufende (flüssige) verwandeln und umgekehrt. Auch können dieselben Kapitalien von verschiedenen Standpunkten aus verschieden classificirt werden, z. B. Wohngebäude vom Standpunkte des Vermiethers als Productivkapitalien, vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkte als Gebrauchskapitalien und das Geld von diesem letztern Standpunkte als stehendes, nicht als umlaufendes Kapital.

Verbindung der Productivkräfte zum Unternehmen.

§ 41. Unternehmen oder Unternehmung ist im weitern Sinne die Verbindung productiver Kräfte (Arbeits- und Kapital-, bez. auch Bodenkraft) zum Zwecke der Production auf eigene Rechnung und Gefahr des Verbindenden. Rein oder kein vollkommenes Unternehmen ist daher die Production derer, welche lediglich auf Bestellung und auf Gefahr des Bestellers arbeiten, z. B. der Betrieb des Schneidergewerbes mit Beschränkung auf die Fertigung bestellter Arbeiten und die sog. Hausindustrie derer, welche in ihrer eigenen Behausung auf Bestellung eines größern Unternehmers für einen verabredeten Stücklohn arbeiten.

Zu einem Unternehmen im engern Sinne gehört überdies, das nicht lediglich mit eigenen Productivkräften und daß nicht lediglich für den eigenen Bedarf, sondern für den entgeltlichen Absatz an Andere producirt wird. Unternehmen im engern Sinne ist daher die Verbindung der Productivkräfte verschiedener Personen zum Zweck der Tauschproduction auf eigene Rechnung und Gefahr des Verbindenden. Rein Unternehmen ist daher die Eigenproduction (§ 36) und das Eigenunternehmen des kleinen mit eigenem Kapital selbst wirtschaftenden Grundbesitzers oder des kleinen Handwerksmeisters, welcher mit eigenem Kapital ohne Gehilfen arbeitet.

Man unterscheidet folgende Arten von Unternehmungen:

1) Nach Verschiedenheit der betriebenen Production: landwirtschaftliche, industrielle und Handelsunternehmungen, Transportunternehmungen, Versicherungsunternehmungen zc.

2) Unternehmungen mit kleinem, mittleren und großem oder Massenbetrieb. Der Großbetrieb ermöglicht eine vollkommenere Durchführung der Arbeitstheilung, die Verwendung des

großen Maschinenbetriebs, der vollkommensten Betriebsmethoden und zugleich eine bedeutende Ersparung an Productionsaufwand, liefert daher die Producte billiger, besser, mannigfaltiger und schneller als der entsprechende kleine Betrieb. Gewisse Productionen, wie der Bau von Lokomotiven und zahlreichen Maschinen ist sogar nur im Großbetriebe möglich. Andererseits läßt, gleich der Arbeitstheilung und dem fabrikmäßigen Betriebe, auch der Großbetrieb nur eine begrenzte Anwendung zu, wie denn auch die im Deutschen Reiche gleichzeitig mit der Volkszählung v. 1. Dec. 1875 vorgenommene Gewerbezählung ergeben hat, daß die in Deutschland herrschende Betriebsart keineswegs der Groß-, sondern der Klein- und Mittelbetrieb ist. Die Ausdrücke Zwerg- und Monstretrieb sollen Extreme des Klein- und bez. des Großbetriebs bezeichnen.

3) Einzelunternehmungen einer physischen oder juristischen Person und gesellschaftliche Unternehmungen einer Societät oder einer Genossenschaft oder einer handelsrechtlichen Gesellschaft. Bei der vergleichsweisen Abwägung der Vortheile und Nachtheile des Einzelbetriebs durch eine einzelne physische Person und des Gesellschaftsbetriebs hängt die Entscheidung vor allem davon ab, ob für ein Unternehmen mehr auf die Person des Leiters (Unternehmungsfähigkeit, ungehemmte Dispositionsfreiheit, persönliches Interesse am Erfolge des Unternehmens) gesehen wird oder mehr auf die Größe der Kapitalkraft. Die Kapitalvereinigung in Form der Actiengesellschaft ermöglicht die rasche Aufbringung des größten Kapitals theils weil sie auch dem massenhaft vorhandenen kleinen Kapital Gelegenheit gewährt, sich zu unternehmungsweiser Verwerthung zu associiren, theils weil sie, vermöge der auf die Kapitaleinlage beschränkten Haftung und vermöge der leichten Uebertragbarkeit der Actie, das Risiko der Unternehmer, d. h. der Actionäre dem Umfange und der Dauer nach beschränkt und auf diese Weise Kapitalien heranzieht, deren Besitzer, bei unbeschränkter persönlicher Haftung sich an dem Unternehmen nicht betheiligt haben würden. Der Betrieb durch Actiengesellschaften eignet sich daher zu Unternehmen, zu denen ein sehr großes Kapital erforderlich ist, zumal wenn deren Rentabilität im Voraus nicht zu übersehen ist. So ist der größte Theil der deutschen Eisenbahnen mit Hilfe der Actiengesellschaften zu Stande gekommen. Von besonderer Bedeutung ist ferner

der Actienbetrieb für solche Unternehmungen wie große Creditbanken, Versicherungsunternehmungen u. dgl., wo es darauf ankommt, durch ein großes Grundkapital und durch einen von der Person der jeweiligen Theilnehmer unabhängigen Bestand des Unternehmens dem Publicum Vertrauen und Sicherheit einzuflößen. Da übrigens beim Actienunternehmen die zum Betriebe desselben nothwendige Geschäftsführung nicht Sache der Actionäre ist und mithin das Risiko des Unternehmens und die Geschäftsführung nicht in demselben Subjecte vereinigt sind, so erscheint im Interesse der Actionäre der Actienbetrieb nur für solche Unternehmungen angebracht, wo die Geschäftsführung, wie in den oben erwähnten Beispielen von Actienunternehmungen, leicht controllirt oder durch feste Vorschriften im Voraus geregelt werden kann.¹

4) Öffentliche Unternehmungen der öffentlichen Corporationen, insbesondere das Staatsunternehmen, und Privatunternehmungen. Der staatliche Betrieb eines gewissen Unternehmens kann entweder so stattfinden, daß der Privatbetrieb desselben damit frei concurriren darf, oder so, daß neben dem staatlichen der Privatbetrieb nicht gestattet ist. Ersteres gilt in Bezug auf die Land-

¹ Die ältesten Actienunternehmungen waren Banken (Bank von Genua 1407) und überseeische Handelscompagnien in Holland, England und Frankreich. In diesem letztern Lande wurden die Actiengesellschaften zu staatlich autorisirten und geleiteten Kapitalvereinigungen und zuerst Inhaberactien ausgegeben (Compagnie d'Occident v. 1717). In Deutschland wurden im 18. Jahrh. Actienunternehmungen errichtet, meist Seehandelsgesellschaften unter staatlicher Verwaltung (preussische Seehandlung 1772). Die Zahl der Privatactiengesellschaften begann erst seit der Einführung und Verbreitung der Eisenbahnen zu steigen und erreichte ihren Höhepunkt in den sog. Gründerjahren (1870—73), nachdem inzwischen (1870) das noch im Handelsgesetzbuche (1861) festgehaltene Erforderniß einer staatlichen Genehmigung der Actiengesellschaft beseitigt worden war. Die Erfahrungen der Gründerjahre führten zu einer Revision der bisherigen Actiengesetzgebung. Das daraus hervorgegangene Actiengesetz (v. 18. Juli 1884) erschwert zur Verhütung von Mißbräuchen die Bildung von Actiengesellschaften durch folgende Bestimmungen: 1) volle Öffentlichkeit der Gründungsoperationen und Verantwortlichkeit bestimmter Personen für dieselben; 2) Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter sowohl der Gesamtheit als namentlich auch einer Minderheit von Actionären gegenüber; 3) Erhöhung des ordentlichen Mindestbetrags der Actien auf 1000 Mark; 4) Hafung der ursprünglichen Zeichner der Actien für deren volle Einzahlung (bisher nur bis zu 40%); 5) Verbot der Ausgabe neuer Actien vor der Vollenzahlung der alten.

und Forstwirthschaft (Domänen und Staatsforsten), Bergwerke, Eisenbahnen,² industrielle und commercielle Staatsinstitute.³ Ausschließlich dem Staate vorbehalten sind die auf Regal oder Monopol beruhenden Betriebe, wie Post, Telegraphie, Münze, Papiergeldemission, Lotterie und in außerdeutschen Ländern das Tabaksmonopol.⁴

Während die nichtsocialistische Wirthschaftstheorie die Ausschließung der freien Privaterwerbsthätigkeit durch den staatlichen Betrieb eines Unternehmens nur als Ausnahme gelten läßt und für jede Ausnahme den Nachweis ihrer durch das Gemeinwohl gerechtfertigten Nothwendigkeit verlangt, möchte der Socialismus alle Privatunternehmungen durch eine einheitliche Collectivgroßproduction ersetzen. Mit dem Socialismus theilt auch der Staatssocialismus (oben § 34) die Tendenz zur Verstaatlichung privater Erwerbszweige.⁴

Selbstunternehmungen der Arbeiter.

§ 42. Um den Arbeitslohn durch den Arbeitsertrag zu ersetzen und dadurch das sog. eiserne Lohngesetz (oben S. 23) zu beseitigen

² Man unterscheidet Staats- und Privatbahnen, welsch' letztere entweder unter eigener oder unter Staatsverwaltung stehen. Die Streitfrage: ob Staats- oder Privatbahnen? ist in der Neuzeit immer mehr zu Gunsten des Staatsbahnsystems entschieden worden, so namentlich auch in Preußen (seit 1879) durch Anlage von Staatsbahnen und Ankauf (Verstaatlichung) aller wichtigern Privatbahnen.

³ Z. B. in Preußen die Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin und die Seehandlung. Diese wurde von Friedrich II. (1772) auf Actien unter theilweiser Mitbetheiligung von Privatpersonen gegründet, aber später (1810) in ein reines Staatsinstitut verwandelt. Ihr ursprünglicher Zweck war die Förderung des Seehandels. Bei ihrer spätern Reorganisation (1820) wurde bestimmt, daß sie ein Geld- und Handlungsinstitut des Staates bilden sollte. Seitdem gründete sie eigene gewerbliche Etablissements, z. B. Mühlen und Fabriken, theilte sich an andern gewerblichen Unternehmungen, erwarb Grundstücke und Schiffe und vermittelte (bis 1867) die preussischen Staatsanleihen. Seit der constitutionellen Ära betreibt sie hauptsächlich nur noch die gewöhnlichen Bankgeschäfte. Aus ihrem Reingewinn fließen alljährlich erhebliche Beträge (2—3 Millionen Mark) in die Staatskasse.

⁴ Eine öffentliche Eigenproduction, also kein eigentliches Unternehmen, ist es, wenn eine öffentliche Corporation für den eigenen Bedarf, z. B. der Staat für den Heeresbedarf, eine gewisse Production in eigenen Werkstätten oder Fabriken betreiben läßt.

gen, empfahl Rassalle Productivassociationen der Arbeiter, wodurch der Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer gemacht werden sollte. Zur Anschaffung des nöthigen Unternehmungskapitals verlangte er Subvention durch den Staatscredit und zwar vorläufig 100 Millionen Thaler.

Schon früher (1850) hatte Schulze-Delitzsch, um Arbeiter und kleine Gewerbetreibende (Handwerker und kleine Landwirthe) zu Unternehmern zu machen, welche mit den Großunternehmern zu concurriren vermöchten, die Organisation von Genossenschaften begonnen. Das dazu erforderliche Unternehmungskapital soll aber nicht vom Staate, sondern von den Genossen selbst aufgebracht werden, und zwar theils dadurch, daß sie aus eigenen Mitteln (sofortigen oder allmäligen Einlagen und gutgeschriebenen Gewinnanteilen) einen Gesellschaftsfond bilden, theils dadurch, daß sie gegen solidarische bürgerliche Haftung jedes einzelnen Genossen fremdes Kapital (Credit) benutzen. Dem Zwecke der Rassalle'schen Productivassociationen entsprechen die industriellen und landwirthschaftlichen Productivgenossenschaften, deren Mitglieder ihre Geldmittel und Arbeitskräfte vereinigen, um Güter für eigene Rechnung und Gefahr zu produciren und zu verkaufen. Noch andere Genossenschaften verfolgen den Zweck, ihren Mitgliedern wenigstens in einzelnen Beziehungen die Vortheile des Großbetriebs zuzuwenden, so die Vorschuß- und Creditvereine (sog. Volksbanken), die Consumvereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im Großen und Absatz in kleineren Portionen an ihre Mitglieder, die Rohstoffgenossenschaften zum gemeinschaftlichen Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten für gemeinsame Rechnung, die Werkgenossenschaften zur gemeinschaftlichen Anschaffung und Benutzung von Maschinen, die Magazingenossenschaften zum Verkauf auf gemeinsame Rechnung, endlich die durch die städtische Wohnungsnoth veranlaßten Baugenossenschaften zur Herstellung von Wohnungen für gemeinschaftliche Rechnung, um sie gegen entsprechende Amortisation käuflich an die Mitglieder zu überlassen. Am meisten entwickelt sind die Vorschuß- und Consumvereine, am wenigsten die Productivgenossenschaften, das letzte Ziel der Genossenschaftsbewegung.

Zusatz 1. Das Muster der deutschen Genossenschaften waren die englischen Cooperativvereine (oben § 21). Die von Schulze-Delitzsch begründeten deutschen Genossenschaften bildeten den „allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe

beruhenden Genossenschaften“, als dessen Organe die „Anwaltschaft“ (bis 1883 durch Schulze-Delitzsch vertreten) und der jährliche „allgemeine Vereinstag“ dienten. Wirtschaftliche Genossenschaften nach deutschem Muster sind auch in Oesterreich, Italien, Frankreich, Rußland u. s. w. organisiert worden.

Zusatz 2. Ihre reichsgesetzliche Regelung erhielten die deutschen Genossenschaften zunächst durch das aus der Initiative ihres Gründers hervorgegangene Gesetz v. 4. Juli 1868 über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. An dessen Stelle ist das Gesetz v. 1. Mai 1889 betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften getreten. Die Genossenschaften, welche das Gesetz regelt, sind Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Credits, des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezwecken. Die in das Genossenschaftsregister eingetragenen Genossenschaften haben die Rechte einer juristischen Person und gelten als Kaufleute. Verfassungsorgane sind der Vorstand, der Aufsichtsrath und die Generalversammlung. Mit Rücksicht auf die Haftung der einzelnen Mitglieder für Genossenschaftsschulden, zu deren Befriedigung das Genossenschaftsvermögen nicht genügt, werden 3 Arten von Genossenschaften unterschieden: 1) Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht, deren Mitglieder mit ihrem ganzen Vermögen für alle über das vorhandene Genossenschaftsvermögen hinausgehenden Ausfälle den Gläubigern solidarisch bürgen; 2) Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, deren Mitglieder nur auf Höhe ihrer Geschäftsanteile haften; 3) Genossenschaften mit unbeschränkter Nachschußpflicht, deren Mitglieder zwar mit ihrem ganzen Vermögen, aber nur der Genossenschaft, nicht den Gläubigern gegenüber zur Nachzahlung verpflichtet sind. Die erste Art stammt aus dem Reichsgesetze v. 1868, welches daneben keine andere kannte, die zweite aus dem englischen Recht (Gesetz v. 7. Aug. 1862), die dritte ist eine Neuschöpfung. Eine andere Neuenerung des Gesetzes v. 1889 ist die Revision, welcher die Geschäftsführung jeder Genossenschaft mindestens in jedem zweiten Jahre durch einen vom Amtsgericht ernannten Sachverständigen unterworfen werden soll. Die Mitgliedschaft wird durch Austritt nach erfolgter Kündigung gelöst, mit der Wirkung, daß Auszahlung des Geschäftsanteils gefordert werden kann. Veräußerung des Geschäftsanteils kann durch schriftliche Uebertragung desselben an einen Genossen stattfinden.

II. Güterumlauf.

Handel und Verkehr.

§ 43. An die Production für den Austausch schließt sich der Umlauf oder die Circulation der Güter, d. h. der Uebergang derselben vom Producenten zum Consumenten. Derselbe vollzieht sich durch den Handel, d. h. den Umsatz der Güter durch Tausch und Kauf.

Der gewerbsmäßige Handel verbürgt durch seine berufsmäßige Vermittelung zwischen Production (Angebot) und Consumption (Nachfrage) einen regelmäßigen und schnellen Güterumlauf und die Aufsuchung der günstigsten Bezugs- und Absatzquellen und übt, indem er die Güter am rechten Orte und zur rechten Zeit anschafft, um sie am rechten Orte und zur rechten Zeit anzubieten eine Werth schaffende und erhaltende Thätigkeit. Der Socialismus will den Handel, dessen Productivität er bestreitet, durch amtliche Uebertragung der Producte nach Maßgabe des amtlich festgestellten Bedarfs ersetzen.

Die Hauptzweige des Handels sind folgende: 1) Waarenhandel mit beweglichen Sachgütern, Immobilienhandel und Bankhandel mit Münzsorten, Edelmetallen, Wechseln und andern Werthpapieren; 2) Groß- und Detailhandel, von welch' letzterem der Eram- und Höckerhandel mit kleinsten Quantitäten, der Hausirhandel im Umherziehen und der Trödelhandel mit gebrauchten Sachen als besondere Unterarten vorkommen; 3) Eigen- oder Proprehandel für eigene Rechnung und Commissionshandel für fremde Rechnung; 4) Land- und Seehandel (überseeischer und Küstenhandel); 5) Binnen- und Außenhandel; 6) der Außenhandel zerfällt in Einfuhr-, Ausfuhr- und Zwischenhandel, welch' letzterer darin besteht, daß ein Land aus einem fremden Lande Güter ausführt, um sie (mit oder ohne Durchfuhr durch das eigene Gebiet) in ein drittes Land einzuführen. Die Gesamtheit des internationalen Außenhandels heißt Welthandel (oben § 7). 7) Weil der Ausfuhrhandel Forderungen, der Einfuhrhandel Schulden gegen das Ausland begründet, heißt der erstere auch Activ-, der letztere auch Passivhandel. In einer andern Bedeutung heißt der gesamte Außenhandel eines Landes (ohne Unterschied zwischen Aus- und Einfuhrhandel) Activ- oder Passivhandel, jenachdem es diesen Handel vorzugsweise selbst (auf eigene Gefahr, mit eigenem Kapital, mit eigenen Schiffen etc.) betreibt oder ihn mehr durch die Exporteurs oder Importeurs anderer Nationen besorgen läßt, welchen dafür Ersatz (Frachtkohn etc.) geschuldet wird.

An das eigentliche Handelsgewerbe schließen sich als un- eigentliche Handelsgewerbe diejenigen Neben- und Hilfgewerbe an, wodurch der Güterumsatz mittelbar gefördert wird. Dahin gehören die zur Vermittelung von Handelsgeschäften dienenden Gewerbe der Makler, Commissionäre und Agenten, die Kbederei, das

Fracht- und Expeditionsgeschäft, die Gewerbe für Aufbewahrung, Versicherung etc.

Die Gesamtheit der Umsatz- und sonstigen Geschäfte, wodurch der Güterumlauf bewirkt und befördert wird, heißt Verkehr.

Die Handelspolitik.

§ 44. Entsprechend der Eintheilung des Handels in Binnen- und Außenhandel giebt es eine innere und äußere Handelspolitik.

Den inneren Handel und Güterumlauf fördert der Staat theils durch allgemeine wirtschaftliche Einrichtungen, indem er für die Verkehrsmittel (Schiffahrt, Wege, Posten, Eisenbahnen und Telegraphen), Maße und Gewichte, Münz- und Geldwesen sorgt, theils durch besondere Handelseinrichtungen, wie Banken, Märkte, Messen und Börsen (Fonds- oder Effectenbörsen, Productenbörsen wie die Getreidebörsen, Industriebörsen, Buchhändlerbörsen etc.). Abgesehen von solchen positiven Veranstaltungen hat die neuere Handelspolitik den Handelsverkehr wesentlich auch dadurch gefördert, daß sie die zahlreichen Hemmnisse beseitigt hat, wodurch früher die Freiheit des Handels und des Güterumlaufs im inneren Landesverkehr beschränkt wurde (oben § 11 Nr. 3). Wie aber aus polizeilichen Gründen die Gewerbefreiheit im Allgemeinen nothwendige Beschränkungen erleidet (oben § 39²), so auch der freie Handelsbetrieb.¹

Den nationalen Außenhandel kann der Staat theils durch seine allgemeine auswärtige Staats- und Colonialpolitik, theils durch seine besondere Handelspolitik fördern. Die äußere Handelspolitik wird theils in der Form von Verträgen thätig, welche mit andern Staaten über den gegenseitigen Handel und Verkehr geschlossen werden, theils autonomisch auf legislativem und administrativem Wege. Ihrem Inhalte nach dreht sie sich hauptsächlich

¹ Z. B. der Handel mit Giften und Sprengstoffen, der Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus, der Trödelhandel, der Hausirhandel und der in der Form von Wandleragern und Wandlerauktionen geübte Hausirbetrieb. Vgl. insbesondere die Reichsgewerbeordnung v. 21. Juni 1869 und ihre Ergänzungen. Auf gesundheitspolizeilichen Rücksichten beruhen die Bestimmungen des sog. Nahrungsmittelgesetzes (v. 14. Mai 1879), betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln, Spielwaaren, Tapeten, Farben, Geschirren und Petroleum.

um die Frage: ob Freihandel oder Schutzoll.² Als besondere Schutzmaßregeln im Interesse der nationalen Schifffahrt sind noch hervorzuheben die Reservirung der Küstenfrachtschifffahrt (cabotage) für die einheimischen Schiffe und die staatliche Subventionirung überseeischer Schifffahrtsunternehmungen.³

Ein wichtiges Hilfsmittel der äußern Handelspolitik ist die Statistik des Außenhandels, d. h. des über die Grenzen ein- und ausgehenden Waarenverkehrs⁴ und die daraus berechenbare Waarenverkehrsbilanz oder die Handelsbilanz im jetzt üblichen Sinne, d. h. der Unterschied zwischen dem Werthe der ein- und der ausgeführten Waaren.⁵

² Ueber Theorie und Praxis des Schutz- und Freihandelsystems s. den geschichtlichen Theil. Ueber die gegenwärtigen Zollverhältnisse im Deutschen Reich s. unten § 78.

³ Auch das Deutsche Reich stellt die Küstenfrachtschifffahrt durch einheimische Schiffe als gesetzliche Regel auf (Reichsges. v. 22. Mai 1881) und gewährt nach erlangtem Colonialbesitz Subventionen an überseeische Dampferlinien (1885). Ueber ältere Schutz- und Prohibitivmaßregeln in Bezug auf Schifffahrt und Colonien s. oben § 11 fg. In England wurde nach Aufhebung der Navigationsacte (1849) auch die Küstenschifffahrt freigegeben (1853). Subvention von Dampferlinien findet auch in England statt.

⁴ Im Interesse einer Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande müssen alle über die Grenzen des deutschen Zollgebiets ein-, aus- und durchgeführten Waaren nach Gattung, Menge, Herkunft- und Bestimmungsort schriftlich angemeldet werden, wobei eine in die Reichskasse fließende statistische Gebühr erhoben wird (Ges. v. 20. Juli 1879).

⁵ Nicht daraus zu ersehen ist die Handelsbilanz im mercantilistischen Sinne (oben § 10 a. E.). Ob diese, also die statistisch nicht nachweisbare Zahlungsbilanz aus dem Waarenverkehr mit dem Auslande, für das Inland günstig oder ungünstig sei, sollte sich nach der Meinung der Mercantilisten aus dem Stande der Wechselcursse ergeben.

Dabei dachten sich die Mercantilisten das Verhältniß der Handelsbilanz zum Wechselcursse Beispiels halber etwa folgendermaßen: Ist die Handelsbilanz zwischen Deutschland und Frankreich für ersteres, weil mehr Waaren aus- als eingeführt worden sind, günstig, so ist das Angebot von Wechseln auf Frankreich größer als die Nachfrage und in Folge dessen fällt der Curs (Preis) der auf Frankreich gezogenen Wechsel; im umgekehrten Falle ist die Nachfrage größer als das Angebot, und der Wechselcurs steigt also. War unsere Einfuhr und Ausfuhr dem Werthe nach gleich, so halten sich Wechselangebot und Nachfrage das Gleichgewicht und der Wechselcurs ist *al pari* (81 Mark = 100 Francs).

Bei dieser mercantilistischen Auffassung ist Folgendes übersehen: 1) Die Zahlungsbilanz aus dem Waarenverkehr mit dem Auslande bildet nur

Die Güter als Waaren.

§ 45. Die Güter als Gegenstand des Umlaufs und Umsatzes heißen Waaren. Der Ort, wo zum Zweck des Umsatzes Nachfrage und Angebot (Kauf- und Verkaufslustige) zusammentreffen, oder auch überhaupt die Summe der Nachfrage im Verhältniß zur Summe des Angebots heißt Markt. Der Markt einer Waare ist das Absatzgebiet, innerhalb dessen sie wirksame Nachfrage für ihr Angebot suchen und finden kann. Die Fähigkeit einer Waare, einen Markt zu suchen und zu finden, oder ihre Umlaufsfähigkeit, ist theils durch ihre eigenen Eigenschaften (insbesondere ihre Aufbewahrungsfähigkeit, leichte Uebertragbarkeit und Versendbarkeit, ihre Brauchbarkeit und Unentbehrlichkeit), theils durch die Wirthschaftlichkeit des Umlaufs (seine Regelmäßigkeit, Schnelligkeit und Freiheit) bedingt.

Der Preis.

§ 46. Der durch eine bestimmte Menge anderer Güter ausgedrückte Tauschwerth eines Gutes heißt im Umsatzverkehr Preis. Insbesondere heißt so der in Geld ausgedrückte Tauschwerth, der Geldpreis.

Bei freiem Verkehr bildet sich der Preis der Regel nach durch Angebot und Nachfrage. Er fällt und steigt, jenachdem das Angebot größer und dringender ist als die kaufsfähige (effective) Nachfrage oder umgekehrt. Derjenige Preis, bei welchem zu einer gegebenen Zeit die Differenz von Angebot und Nachfrage auf einem bestimmten Markte sich ausgleicht, ist der jeweilige Marktpreis dieses Ortes. Seine Minimalhöhe kann auf die Dauer nicht unter den Betrag der nothwendigen Productionskosten (den Kostenpreis)

einen Theil der den Wechselkurs bedingenden gesamten internationalen Zahlungsbilanz. Denn Zahlungsverbindlichkeiten des Inlandes an das Ausland, sowie des letztern an das erstere entspringen nicht nur aus dem Waarenverkehr, sondern in größtem Umfange auch aus andern Veranlassungen, z. B. aus Kauf und Verkauf von Börsenpapieren, aus Kapitalanlagen im Auslande etc. 2) Vermöge der Wechselarbitrage zwischen verschiedenen Orten kann, wenn z. B. der Wechselkurs von Berlin auf Paris steigt, der Bedarf durch die etwa zur Zeit wohlfeileren Wechsel von London etc. auf Paris befriedigt werden. 3) Als Geldersatzmittel bei Zahlungen an das Ausland können nicht allein Wechsel, sondern auch ausländische Banknoten, Papiergeldscheine und fällige Coupons (Zins- und Dividendenscheine) benutzt werden.

herabgehen und zwar, wenn verschiedene Unternehmer unter ungleich günstigen Bedingungen produciren, nicht unter die Kosten der theuerst producirenden, zur Befriedigung der Nachfrage jedoch noch nothwendigen Unternehmungen. Seine Maximalhöhe kann auf die Dauer den Gebrauchswerth der Waare nicht übersteigen. Bei freiem Verkehr ist aber die Regel die, daß er sich auf die Dauer den Productionskosten zuneigt. Ein Theil dieser Kosten und mithin des Marktpreises sind die Transportkosten, welche der Producent aufwenden muß, um sein Product zum Markt zu bringen.

Indem der Handel mit Hilfe seiner Kenntniß der Marktpreise verschiedener Orte und Länder und unter sorgfältiger Vorausberechnung der muthmaßlichen künftigen Gestaltung von Angebot und Nachfrage (Calculation der Conjectur) die Vertheilung der Waaren durch Ort und Zeit vermittelt (§ 43 Abs. 2), fördert er, in Gemeinschaft mit der Bervollkommnung der Verkehrsmittel, die Bildung gleichmäßiger Preise durch Ort und Zeit.

§ 47. Da der Marktpreis in der Regel ein den Productionskosten sich annähernder Preis ist, so sind Ausnahmepreise einerseits die hinter den Productionskosten zurückbleibenden Schleuderpreise (Nothpreise der Verkäufer), welche aus zu starkem Angebot entspringen können (z. B. bei Waaren, die nicht lange genug aufbewahrt werden können, um das Angebot zurückzuhalten, wenn die Nachfrage abnimmt), und andererseits die über die Productionskosten erheblich hinausgehenden Seltenheits- und Monopolpreise (Theuerungs- oder Nothpreise der Käufer), welche aus beschränktem Angebot entspringen können z. B. für Antiquitäten, Kunstwerke verstorbener Meister, vorzügliche Weinsorten, Bauplätze in gesuchten Stadttheilen, Lebensmittel in belagerten Städten oder bei Mißernten, sowie solche Artikel, welche durch Patent, Schutz Zoll, Cartelle der Unternehmer¹ oder sonstige künstliche Mittel gegen die freie

¹ Particuläre und internationale Cartelle von Großindustriellen in verschiedenen Hauptzweigen der Industrie bildeten sich aus Anlaß der Preisrückgänge, welche sich in der auf die Gründerjahre folgenden Wirtschaftskrise einstellten, z. B. Cartelle der Eisen- und Stahlindustriellen, der Eisenbahnschienen-Lieferanten, der Waggonfabrikanten, der Kohlenzechen etc. Durch Conventionen über die Menge der Production oder über die Preise oder über die Vertheilung des Absatzes und andere dergleichen Vereinbarungen suchen diese Unternehmer-Coalitionen den Einfluß der freien Concurrenz auf die Preisbildung einzuschränken oder ganz auszuschließen und sich künstlich hohe oder selbst Monopolpreise zu sichern.

Concurrenz geschützt sind; wo auf Seiten des Verkäufers ein monopolartiger Betrieb vorliegt kommen zum Schutze des Publicums zum Theil noch jetzt obrigkeitliche Preistagen vor.² Das beschränkte Angebot erzeugt jedoch nicht bei allen Gegenständen Ausnahmepreise. Es unterscheiden sich in dieser Beziehung entbehrliche Gegenstände, für welche, wenn in Folge beschränkten Angebots der Preis steigt, auch die Nachfrage abnimmt, und unentbehrliche, insbesondere die notwendigen Lebensmittel, für welche auch dann, wenn in Folge verminderten Angebots der Preis die durchschnittliche Höhe überschritten hat, die Nachfrage in gleichem oder nur unbedeutend vermindertem Umfange fortdauert. Unentbehrliche Gegenstände sind daher weit größern Preisschwankungen ausgesetzt als Luxusgegenstände.

Das Geld.

§ 48. Der Ursprung des Geldes liegt in der dem naturalwirtschaftlichen Tauschhandel eigenthümlichen Schwierigkeit, die gesuchte Waare gerade für diejenige erhalten zu können, welche man seinerseits zum Austausch anzubieten vermochte. Die Lösung bestand in der gewöhnlich sich verbreitenden Einschiebung einer „dritten“ Waare von allgemeiner Beliebtheit, gegen welche man die eigene, zum Austausch bestimmte Waare verkaufte, um damit die gesuchte Waare zu kaufen. Diese dritte, den Umsatz vermittelnde „generelle“ Waare ist das Geld. Es ist das allgemeine Tauschmittel, gegen welches wegen seines allgemein anerkannten eigenen Werths alle andern Güter (Sach- und Dienstleistungen) umgesetzt, das allgemeine Werthmaß, in welchem die Preise aller andern Güter ausgedrückt werden können, sowie auch Zahlungs- und Werthaufbewahrungsmittel.

Geld sind Gold und Silber als Waaren von allgemeinsten Beliebtheit und Umlaufsfähigkeit. Die Eigenschaften, welche die Edelmetalle vor andern auf frühern Entwicklungsstufen als Geld benutzten Gütern zum Gelddienst befähigen, sind insbesondere ihre Seltenheit und Kostbarkeit (hoher Werth bei verhältnißmäßig geringem Umfange), ihre relative Werthstetigkeit (Werthconstanz), ihre

² Z. B. bei Apothekerwaaren. Auf ähnliche Weise erklären sich die Gehilfentagen von Rechtsanwälten, Notaren und dergl. sowie die Fahrtagen für Eisenbahnen, Droschken und dergl.

haltbarkeit im Gebrauche, ihre Homogenität, Theilbarkeit und Formbarkeit, Eigenschaften, welche das Gold wiederum in höherem Grade besitzt als das Silber. Die Benutzung von Gold und Silber als Geld geschieht zum Theil in Form von Barren, deren Gewicht und Feingehalt amtlich durch Stempel beglaubigt ist, hauptsächlich aber in Form von Münzen, d. h. in kleineren Stücken, deren Gewicht und Feingehalt der Staat durch das ihnen aufgedrückte Gepräge öffentlich beglaubigt.

Für den Socialistenstaat soll das Metallgeld sowohl als Tauschmittel wie als Werthmaß überflüssig sein, da es in demselben Handel nicht giebt, und als Werthmaß die Arbeitszeit dient.

§ 49. Gold und Silber sind als Waaren, die theils für den Geldgebrauch, theils für Kunst- und Gewerbebezwecke gesucht werden, Gegenstände des Handels und haben als solche einen Preis, der sich durch Angebot und Nachfrage auf dem Edelmetallmarkte (besonders London) bildet und wie bei andern Waaren sich auf die Dauer nach den Kosten ihrer Production richtet. Die Preisänderung, zu der sich die Edelmetalle auf die Länge der Zeit hinneigen, ist das Sinken, mit dem Unterschiede zwischen Gold und Silber, daß die Silberpreise in Folge wiederholter unverhältnißmäßig großer Silberproduction weniger allmählig und stärker gefallen sind als die Goldpreise. So vermehrte sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts bis 1848 hauptsächlich das Silber. Seitdem trat zwar mit der Entdeckung der Goldfelder in Californien (1848) und Australien (1851) eine relativ gesteigerte Goldproduction ein; seit 1871 vermehrte sich aber durch Auffindung neuer Silbergruben in Amerika wiederum die Silberproduction in außerordentlichem Umfange, was bei gleichzeitiger Abnahme des Silberbedarfs für den Münzgebrauch ein ungewöhnlich starkes Fallen der Silberpreise im Vergleich mit Gold zur Folge hatte. Während Gold seit dem Anfange dieses Jahrhunderts bis 1871 durchschnittlich $15\frac{1}{2}$ mal so viel werth war als Silber, ist es seitdem zeitweise mehr als 20 mal soviel werth gewesen.¹

¹ Ende 1885 war die Werthrelation auf 20,12:1 gesunken, d. h. 1 Pfund Gold = 20,12 Pfund Silber. Dem weiteren Fallen des Silberpreises wirkten die großen Silberankäufe entgegen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Folge der Blandbill (§ 65 Anm. 1) machte. Als Gegengewicht gegen das weitere Fallen des Silberwerths gilt der steigende Silberbedarf der in zunehmendem Verkehr mit Europa und Amerika begriffenen asiatischen Länder, insbesondere Ostindiens.

In Folge der Preisschwankungen der Edelmetalle bleibt sich nothwendig auch der Tauschwerth des Geldes, d. h. seine Kaufkraft gegenüber den übrigen Waaren nicht gleich und neigt sich auf die Länge der Zeit zum Sinken. So hat man für die Zeit von 1510 bis 1600 ein Steigen der Geldpreise um 150% berechnet. Für die spätere Zeit bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts blieb, wie man annimmt, die Kaufkraft des Geldes stationär. In den Jahren 1850—75 nahm sie dagegen mit der außerordentlichen Vermehrung der Gold- und Silberproduction wieder ab. Gesteigerte Geldpreise für Waaren bedeuten daher nicht nothwendig einen gesteigerten Tauschwerth dieser letztern; insbesondere ist das, was man allgemeine Theuerung genannt hat, nur ein uncorrecter Ausdruck für die Thatfache einer inzwischen eingetretenen Geldwerthverminderung. In Ermangelung eines absolut constanten Tauschwerths ist aber das Geld auch kein absolut vollkommener Werthmesser. Immerhin bildet es, da der Tauschwerth aller andern Güter innerhalb kürzerer Zeiträume viel heftiger und plötzlicher schwankt, den besten Maßstab für die Vergleichung der verhältnißmäßigen Preise aller andern Güter in kürzern Zeiträumen. Als ein wenigstens im Durchschnitt langer Zeiträume constanteres und daher zur Vergleichung der Preisverhältnisse weit auseinander liegender Zeiten geeigneteres Werthmaß hat man den Werth der gemeinen Handarbeit oder auch das Getreide empfohlen (Ab. Smith, Ricardo).

§ 50. Verschieden von dem durch die Bewegung der Edelmetallpreise bedingten Wechsel des Geldwerths ist das sog. Theurer- und Billigerwerden des Geldes innerhalb eines bestimmten einzelnen Landes, jenachdem in demselben zeitweilig Geldmangel oder Geldüberfluß vorhanden ist, d. h. jenachdem der dort zur Zeit verfügbare Geldvorrath unter den Betrag des durchschnittlichen Geldbedarfs des Landes herabgegangen ist (z. B. in Folge von Geldabfluß nach dem Auslande für Mehreinfuhr) oder umgekehrt jener Vorrath diesen Betrag übersteigt (z. B. in Folge von Geldzufluß für Mehrausfuhr). Das Theurer- und Billigerwerden des Geldes besteht hier 1) darin, daß in dem betreffenden Lande die Waarenpreise niedriger oder höher sind als in andern Ländern, indem Geldmangel das Waarenangebot steigert und folglich die Waarenpreise drückt, Geldüberfluß dagegen die Waaren-

nachfrage steigert und folglich die Waarenpreise erhöht, und 2) darin, daß in dem betreffenden Lande der Geldzins höher oder niedriger ist als anderwärts. Dieses nur relative (örtliche) Theurer- und Billigerwerden gleicht sich in Ländern mit normalem Geldwesen im Wege des internationalen Waaren- und Geldverkehrs von selbst wieder aus. Denn ist z. B. in Folge von Geldüberfluß eine Erhöhung der Waarenpreise eingetreten, so hat diese eine gesteigerte Waareneinfuhr und diese wiederum zur Deckung des Ueberschusses der Einfuhr über die Ausfuhr eine entsprechende Geldausfuhr zur Folge. In dieser Weise regelt sich auch von selbst die Geldmenge, welche der durchschnittliche Geldbedarf eines Landes erfordert. Ziffermäßig läßt sich dieselbe jedoch nicht feststellen, da sich die Factoren, von welchen sie hauptsächlich abhängt, statistisch nicht feststellen lassen, so die Schnelligkeit des Geldumlaufs, also die Zahl der durch ein Geldstück in einer bestimmten Zeit, z. B. im Laufe eines Jahres, vermittelten Waarenumsätze, der Umfang des Waarenumsatzes, welcher Geldgebrauch nothwendig macht, und der Umfang des Creditverkehrs, welcher Geldgebrauch entbehrlich macht.

Der Credit.

§ 51. Credit bedeutet, daß Kapital auf Zeit anvertraut wird. Aus solchem Anvertrauen (*credere*) entspringt für den Creditgeber (*creditor*) ein Forderungsrecht auf künftige Erstattung des Anvertrauten (*creditum*), für den Creditnehmer (*debitor*) eine Verbindlichkeit zu dieser Erstattung. Zu den Vorbedingungen des Credits gehört einerseits Vertrauen auf die künftige Erstattung, anderseits die Möglichkeit und Fähigkeit, solches Vertrauen bei Andern zu finden. Auch für jenes Vertrauen und für diese Möglichkeit und Fähigkeit wird der Ausdruck Credit gebraucht.

Im weitern Sinne ist ein Creditgeschäft auch das Leihen einer Sachspecies zu zeitweiligem Gebrauch (*Commodat*, *Miethe*, *Pacht*) und in noch weiterem Sinne selbst die Hingabe zu bloßer Aufbewahrung.

Im eigentlichen Sinne ist aber Creditgeschäft ein solches Geschäft, wodurch wir fungibles Kapital aus unserem Vermögen in das eines Andern vorbehaltenlich der Rückerstattung übertragen, oder uns geschuldetes in dem Vermögen des Schuldners einstweilen belassen, insbesondere die creditweise Ueberlassung oder Belassung

von Geld, so einerseits das Gelddarlehn und das Gelddeposit zur Benutzung, anderseits der Zahlungsausschub in Bezug auf den Kaufpreis, den Mieths- oder Pachtzins und den Lohn für Dienstleistungen. Geschäfte, in deren Natur es liegt, daß die Leistung und Gegenleistung nicht Zug um Zug, sondern nacheinander erfolgen, z. B. Pacht, Sach- und Dienstmiethe und Darlehn, heißen natürliche Creditgeschäfte im Gegensatz zu willkürlichen, z. B. Kauf auf Credit.

Rnies, der neueste Specialschriftsteller über Credit (1876), stellt das Creditgeschäft dem Baargeschäft gegenüber und characterisirt ersteres als einen Austausch von zwei Leistungen, von denen die eine in die Gegenwart, die andere in die Zukunft fällt. Nach Roscher ist Credit die freiwillig eingeräumte Befugniß, über fremde Güter gegen das bloße Versprechen des Gegenwerths zu verfügen.

Eintheilungen des Credits: 1) Mit Rücksicht auf die Person des Creditnehmers unterscheidet man öffentlichen, insbesondere Staatscredit, und Privatacredit (öffentliche, insbesondere Staatsschulden, und Privatschulden). In einem besondern Sinne heißt öffentlicher Credit derjenige, dessen Aufnahme durch öffentliche Creditpapiere bekundet wird, gleichviel ob der Creditnehmer, welcher sie ausgestellt hat, eine öffentliche Person ist oder eine Privatperson, z. B. eine Actiengesellschaft. 2) Consumtivcredit für den Genußverbrauch und Productivcredit zu productiven Zwecken. 3) Geld- oder Finanzcredit und Waaren- oder Handelscredit im Waarengeschäft. Der letztere wird durch Stundung des Waarenpreises gewährt, so durch den Producenten dem Großhändler, durch diesen dem Detailhändler, durch diesen auch wohl den Consumenten. Die übliche Creditgewährung an Letztere (das sog. Borgsystem) ist in neuester Zeit Gegenstand von Reformbestrebungen gewesen; insbesondere haben sich unter den direct mit den Consumenten verkehrenden Gewerbetreibenden Vereine gebildet, welche für sofortige Baarzahlung Rabatt bewilligen (Rabattsparevereine). 4) Entgeltlicher Credit gegen einen Zins und unentgeltlicher. 5) Realcredit gegen Faustpfand oder Hypothek und Personalcredit, wozu auch der Wechselcredit gehört. 6) Kurzer Credit (z. B. der Handelscredit) und langer (z. B. der hypothekarische Credit), kündbarer und unkündbarer.

§ 52. Die Bedeutung des Credits besteht 1) im Allgemeinen darin, daß er die Mittel zur Befriedigung eines Bedürfnisses und

zur Ermöglichung künftiger Leistungen zu einer Zeit gewährt, wo die eigenen Mittel für jene Zwecke noch fehlen. Er befördert insbesondere 2) den Umlauf und die productive Ausnutzung vorhandener Kapitalien, indem er Kapitalien, die der Eigenthümer nicht selbst productiv verwenden kann oder will, denen zuführt, bei welchen sie productive Verwendung finden können, und befördert durch die Aussicht auf nutzbare Anlage zugleich die Neuansammlung von Kapitalien. 3) Er bewirkt Ersparung von Geldgebrauch theils dadurch, daß aus ihm Creditgeldscheine (Staatspapiergeld und Banknoten) hervorgehen, welche im Verkehr wie Baargeld umlaufen, theils dadurch, daß er in größtem Umfange Gelegenheit giebt, Schulden durch Ueberweisung von Forderungen und wechselseitige Forderungen durch Compensation zu tilgen.¹ Auf der Geldgebrauch ersparenden Function des Credits beruht die moderne Creditwirthschaft, im Gegensatz zur reinen Geldwirthschaft. 4) Indem der Credit Geldgebrauch oder Geldtransport definitiv oder vorläufig erspart, bringt er zugleich die Waaren leichter und schneller vom Producenten zum Consumenten und befördert dadurch den Güterumlauf.

Verwandt mit der Law'schen Theorie von der Reichthumsvermehrung durch Banknoten (oben § 12) ist die Meinung, daß der Credit eine Neuschaffung von Kapitalien bewirke. Der Hauptvertheidiger dieser Meinung ist Macleod, ein neuerer schottischer Nationalökonom und Banktheoretiker. Das auf die künftige Zahlung einer bestimmten Geldsumme gerichtete veräußerliche Forderungsrecht des Creditgebers soll ein neues Kapital sein, welches ein dem baaren Gelde ähnliches Wesen habe, so daß „in einem gegebenen Momente beide Theile, der Entleiher und der Ver-

¹ Die Ueberweisung von Forderungen wird wiederum erleichtert durch geeignete Circulationsmittel für Forderungen (Ordre- und Inhaberpapiere) die Compensation von Forderungen durch das Contocorrentverhältniß, den Girobankverkehr (unten § 71 Nr. 5) und besondere Abrechnungsanstalten (clearinghouses). Das berühmteste Clearinghouse ist das von London. Neuerdings hat die deutsche Reichsbank „Abrechnungsstellen“ in den großen Städten eingerichtet, welche die Zahlungsausgleichungen zwischen den großen Bankhäusern unter einander und mit der Reichsbank erleichtern sollen. Der „Berliner Kassenverein“ ist eine Abrechnungsanstalt unter Banquiers, der „Berliner Liquidationsverein“ eine Einrichtung für Börsenbesucher zur monatlichen Aufrechnung der gegenseitigen Ansprüche auf Lieferung und Abnahme aus Ultimogeschäften in gleichartigen Börsenpapieren.

leihen, die bestimmte Summe Geldes in ihrem activen Vermögen besitzen.“

Die Nachtheile des Credits entspringen aus seiner unrichtigen Anwendung und seinem übermäßigen Gebrauch.² Insbesondere kann aus übermäßiger Anwendung des Productivcredits Ueberspeculation und Ueberproduction und hieraus wiederum ein allgemeiner volkswirtschaftlicher Nothstand, eine Credit- und Handelskrisis (sog. Krach), entspringen.

Zur Vermittelung zwischen Credit gebenden und suchenden Personen dienen Makler und Agenten, die Börsen und die Banken mit Einschluß der Sparkassen, der Pfandleihanstalten und der genossenschaftlichen Vorschuß- und Creditvereine (Volksbanken).

III. Gütervertheilung.

Vertheilung und Einkommen.

§ 53. Der mittels des Güterumlaufs realisirte Ertrag der Production ist der Gegenstand der Gütervertheilung. Diese wird im freien Verkehr hauptsächlich durch die Unternehmer vermittelt, welche das Entgelt für die zur Production benutzten Produktionsmittel (Arbeit, Kapital, Grund und Boden) in der durch Angebot und Nachfrage geregelten vertragsmäßigen Höhe auszahlen und den Ersatz für dieses Entgelt und das in der Production verbrauchte Kapital nebst eigenem Gewinn aus dem Ertrage ihres Unternehmens beziehen.

Der Ertrag einer gewissen Wirtschaftsperiode, z. B. eines Jahres, heißt im Verhältniß zu den Subjecten, in deren Vermögen er durch die Gütervertheilung neu eintritt, Einkommen. Man unterscheidet: 1) Einkommen aus Arbeitslohn (Dienstlohn, Löhne, Gehalt und dgl.), Kapitalzins, Grundrente und Unternehmerngewinn; 2) Roheinkommen und das nach Abzug der Pro-

² Als gesetzliche Maßregeln zur Verhütung ungesunden oder mißbräuchlichen Credits sind aus der deutschen Reichsgesetzgebung hervorzuheben: die Aufhebung der Schuldhast (Ges. v. 29. Mai 1868), des Lohnarrestes (Ges. v. 21. Juni 1869) und der Moratorien (Einführungsges. zur Civilproceßordnung), die strafgesetzliche Bedrohung des Creditgebens an Minderjährige, die Strafbestimmungen der Concursordnung und das Buchergesetz (v. 24. Mai 1880).

ductionskosten übrigbleibende Reineinkommen und nennt denjenigen Theil des letztern, welcher dem Wirthschaftenden nach Abzug der Ausgaben für seinen und seiner Familie nothwendigen Unterhalt übrig bleibt, freies Einkommen; 3) Privateinkommen und das öffentliche Einkommen des Staates und der Gemeinden; 4) Einzeleinkommen der privaten und öffentlichen Einzelwirthschaften und das aus der Summe der Einzeleinkommen construirte Volkseinkommen. 5) Mit Rücksicht auf die Größe des Privateinkommens unterscheidet man große, mittlere und kleine Einkommen. Socialpolitisch besonders wichtig ist die Erhaltung der mittleren Einkommensstufen durch Beförderung der Gelegenheit für die untern Stufen, zu jenen aufzurücken, und durch fortwährende Neubildung von Mittelfufen den schroffen Gegensatz zwischen Arm und Reich (Pauperismus und Plutokratie) zu verhüten.

Im Socialistenstaate entspricht der öffentlichen Zwangsproduction die öffentliche Zwangsvertheilung der producirten Genußgüter. Kapitalzins, Grundrente und Unternehmergewinn werden vom Socialismus gleichmäßig als Renteneinkommen (Kapitalgewinn) aufgefaßt und zu Gunsten des alleinigen Arbeitseinkommens verworfen. Letzteres aber soll im socialistischen Volksstaate für alle Arbeiter ohne Unterschied ein gleiches sein.

Arbeitslohn.

§ 54. Arbeitslohn ist der Preis der Arbeit. Man unterscheidet folgende Lohnarten:

1) Natural- und Geldlohn oder auch eine Verbindung des einen mit dem andern, wie wenn außer dem Geldlohn Wohnung und Kost oder einzelne Naturalleistungen, z. B. ärztliche Hilfe und Arzneien oder auch Wohnung gewährt werden. Eine durch die neuere Gesetzgebung verbotene Art der Naturallohnung ist das sog. Trucksystem, d. h. die Bezahlung der Fabrikarbeiter mittels Waaren.¹

2) Zeitlohn, Stücklohn und Gruppenaccord. Der Zeitlohn (Jahres-, Monats-, Wochen-, Tage- und Stundenlohn) richtet sich nach der Dauer der Arbeitszeit, der Stücklohn und Gruppen-

¹ Reichsgewerbeordnung §§ 134—39. Novelle v. 17. Juli 1878.

accord dagegen nach der Größe des von einem Arbeiter oder einer ganzen Gruppe vereinigter Arbeiter geleisteten Arbeitsproducts.

3) Betheiligung der Arbeiter am Reingewinne des Unternehmens: a) das reine Tantièmesystem, wobei der Arbeiter nur eine Gewinnquote und gar keinen festen Lohn erhält, z. B. der lediglich in Procenten des Tagesverdienstes bezahlte Droschkenfutcher; b) das sog. Commissionssystem, d. h. die Verbindung von Zeitlohn und Tantième. Eine Betheiligung des Arbeiters nicht bloß am Reingewinn, sondern an dem Unternehmen selbst besteht in der Genossenschaft, ist aber auch in der Form der Arbeitsgesellschaft (industrial partnership) versucht worden, d. h. so, daß Arbeiterersparnisse zum Ankauf von Geschäftsanteilen an einem Einzel- oder Actienunternehmen verwendet werden.

Der Arbeitslohn bildet sich bei freiem Miethshandel mit Arbeit im Allgemeinen durch Angebot und effective Nachfrage. Er fällt und steigt daher, jenachdem das Arbeitsangebot größer und dringender ist als die Arbeitsnachfrage oder umgekehrt. Dabei steht sich am günstigsten die Partei, welche durch gemeinsames einheitliches Auftreten und die Möglichkeit, warten zu können, in der Lage ist, den Gegner zu günstigen Bedingungen zu nöthigen. Um in dieser Beziehung die Arbeiter den Arbeitgebern mehr als bisher gleichzustellen, hat die neuere Gesetzgebung Coalitionsfreiheit eingeführt² und mit ihr die Möglichkeit, durch Verabredung von Arbeitseinstellungen (strikes) günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Die Durchführung der Arbeitseinstellungen wird durch die Gewerkvereine und deren Unterstützungskassen erleichtert.³

² Freigebung der Coalition in England 1824. Freigebung der Coalition an Gewerbetreibende und gewerbliche Arbeiter in Deutschland durch das Gesetz v. 4. Oct. 1867 und die Gewerbeordnung, mit Ausnahme des Gesundheits- und der Seeschiffahrt.

³ In Deutschland wurden im J. 1869 von Max Hirsch, Franz Dunder und Schulze-Delitzsch Gewerkvereine ins Leben gerufen, welche den englischen (oben § 21¹) nachgebildet sind, diesen aber, weil die überwiegende Mehrzahl der deutschen Arbeiter sich der politisch-socialistischen Bewegung angeschlossen hat, an Mitgliederzahl, Vermögen und Einfluß bei Weitem nachstehen. Den Zweck gegenseitiger Unterstützung suchen sie insbesondere durch Gründung freier Hilfskassen (Kranken-, Begräbniß-, Invaliden- und Altersversorgungskassen) zu fördern. Der älteste Gewerkverein ist der der Schriftsetzer und Buchdrucker.

Zur Vermeidung und Beseitigung von Arbeitseinstellungen dienen Einigungsämter.⁴

Diejenige Lohnhöhe, bei welcher zu einer gegebenen Zeit die Differenz von Angebot und Nachfrage auf einem bestimmten Arbeitsmarkte sich ausgleicht, ist der Marktpreis der Arbeit. Die Minimalhöhe kann auf die Dauer nicht unter die Selbstkosten der Arbeit herabgehen, der Preis der gemeinen Handarbeit auf die Dauer nicht unter die Kosten, welche zur gewohnten Lebenshaltung (standard of life) der Arbeiter und ihrer Familien erforderlich sind. Die Maximalhöhe kann auf die Dauer den Werth, welchen die Arbeit für den Arbeitgeber hat, nicht überschreiten. Die durchschnittliche Höhe des durch Angebot und Nachfrage regulirten Lohns ist der landesübliche Lohn. Wie die Waarenpreise, so haben auch die Lohnsätze in den verschiedenen Gewerben die Tendenz, sich allmählig auszugleichen, da sich das Arbeitsangebot, unterstützt durch erleichterten Transportverkehr, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, dorthin zu bewegen neigt, wo sich die Arbeit am besten lohnt.⁵

Factoren, welche eine mehr oder minder erhebliche Lohnverschiedenheit bedingen, sind folgende: 1) die Verschiedenheit der persönlichen Eigenschaften der Arbeiter, indem seltene Eigenschaften einen den üblichen Durchschnitt übersteigenden Lohn (Extragewinn) zu erzielen vermögen; 2) die Verschiedenheit der örtlichen

Weil die Socialdemokratie das ganze Lohnsystem verwirft, so sind ihr auch, die auf der Anerkennung eben dieses Systems fußenden Lohnkämpfe der Arbeiter an und für sich unsympatisch, wenngleich ihnen gewisse Nebenwirkungen dieser Kämpfe, z. B. die Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, nicht unwillkommen sind. Es sind daher auch socialdemokratische Gewerkschaften zum Zweck der Strike-Unterstützungen gegründet worden.

⁴ Das Reichsgesetz betr. die Gewerbegerichte (v. 29. Juli 1890) hat diese Gerichte, deren Beisitzer aus Arbeitgebern und Arbeitern gewählt werden, zugleich zu Einigungsämtern bestimmt, welche in Fällen von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses angerufen werden können.

⁵ Ueber die socialistische Annahme, daß bei dem durch Angebot und Nachfrage geregelten System der Einkommensvertheilung der Antheil der Arbeiter immer kleiner werde, s. oben Robertson (§ 31). Dagegen z. B. Carey (§ 22). Während in dem Wirtschaftsleben nach der Gründerzeit der Antheil des Kapitals sich fortwährend verminderte, indem die Waarenpreise erheblich zurückgingen und der Geldkapitalzins stetig fiel (§ 55 ¹), sind die Lohnsätze nicht nur nicht gefallen, sondern sogar gestiegen.

Verhältnisse, Sitten und Gewohnheiten; 3) die Verschiedenheit der Arbeitsarten, indem Arbeiten von höherer Qualifikation nach Maßgabe der Dauer und der Kosten der Vorbereitung, Arbeiten mit mehr oder minder Risiko (der Gefahr des Mißlingens, der Unterbrechung, der Gesundheitsbeschädigung und Kraftaufreibung ausgesetzt) und Arbeiten, welche als mehr oder minder unannehmlich und anstößig gelten, höher gelohnt zu werden pflegen; 4) die Verschiedenheit der Arbeitsverträge, je nachdem der Dienst mehr oder weniger gesichert und beständig ist, oder je nachdem mit dem Geldlohn noch andere Vortheile (Kost, Wohnung, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit, Tantieme etc.) verbunden sind oder nicht.

Schon wegen der großen Verschiedenheit der Arbeitsleistungen und der Arbeitsarten sind alle Versuche, einen naturgemäßen Arbeitslohn zu construiren, verfehlt.

Zins.

§ 55. Zins ist der Preis für die Nutzung eines fremden Kapitals. Man unterscheidet den Reihzins für umlaufende Kapitalien, insbesondere den Geldzins von Geldkapitalverleihungen, und den Mieths- und Pachtzins für stehende Kapitalien.

Die Höhe des reinen, d. h. des nicht durch Risiko- und Abnutzungsprämien gesteigerten Zinses wird bei freiem Verkehr im Allgemeinen durch Angebot und effective Nachfrage bestimmt. Die Minimalhöhe des daraus hervorgehenden Marktpreises für die Verleihung des Kapitals ist ein Zins, unter welchem es sich nicht mehr lohnen würde, das Kapital auszuleihen, statt es selbst zu benutzen. Die Maximalhöhe kann den durch die Kapitalverleihung gewährten Vortheil auf die Dauer nicht übersteigen. Die durchschnittliche Höhe des durch Angebot und Nachfrage regulirten Zinses ist der Landesübliche Zins. In Folge der größern Beweglichkeit der umlaufenden Kapitalien gleicht sich der Zins für diese viel leichter aus, als der für stehende Kapitalien und ist für diese um so höher, je weniger sich das Angebot derselben gegenüber der steigenden Nachfrage vermehren läßt (Extragewinn wegen Seltenheit). Am meisten neigt zur Ausgleichung der Handelszins oder Discout von den im Handel auf kurze Zeit ausgeliehenen Geldkapitalien. Als Regel gilt, daß der Kapitalzins

mit dem Fortschritt der Cultur die Tendenz habe, stetig zu sinken und zeitweilig sogar auf ein Minimum herabzugehen.¹

Die Zins- und Wuchergesetze beziehen sich ausschließlich auf den Leihzins. Die aus einseitiger Berücksichtigung des Consumtivcredits hervorgegangenen gesetzlichen Zinstaxen hat die neuere Gesetzgebung im Interesse des wirthschaftlichen Credits und seiner freien Bewegung aufgehoben und die Höhe der Zinsen der freien Vereinbarung überlassen.²

Grundrente.

§ 56. Die Boden- oder Grundrente ist der vom Ertrage eines Grundstücks nach Abzug der Productionskosten übrig bleibende Gewinnüberschuss, welchen der Grundeigenthümer als Theil vom Preise der Bodenproducte oder im Fall der Verpachtung als Pachtrente bezieht. Die jeweilige Höhe bestimmt sich nach dem Verhältniß von Angebot und Nachfrage nach Bodenproducten und Bodennutzung. Ueber Ursprung und Wesen der Grundrente giebt es verschiedene Meinungen.

1) Ricardo-Thünen'sche Theorie. Der Ursprung der Grundrente wird von Ricardo (oben § 20) auf die Fruchtbarkeitsunterschiede zwischen den verschiedenen Bodenklassen zurückgeführt, von v. Thünen (§ 25) überdies noch auf die Gunst der Lage, woraus sich auch für Häuser und bloße Bauplätze eine Art Grundrente ergeben kann. Ricardo und Thünen fassen daher die Grundrente als ein eigenes specifisches Einkommen auf.

2) Carey und Bastiat (oben §§ 22, 23) wollen die Grundrente auf Kapital- und Arbeitsaufwand für Erwerb und Anbau des Bodens zurückführen und die Ungleichheit der Erträge verschiedener Grundstücke aus dem entsprechend ungleichen Kapital- und Arbeitsaufwand erklären. Sie wollen daher auch in der

¹ Im Anschluß an die seit etwa 1875 immer allgemeiner und fühlbarer gewordene Abnahme der Production, des Verkehrs und des Unternehmungsgeistes, welche den Spielraum und die Gelegenheit für lohnende Verwendung des überschüssigen Geldkapitals in industriellen und commerciellen Privatunternehmungen immer mehr einengte, hat sich in Deutschland wie auch in andern Culturstaaten ein stetiges Sinken des Geldzinses eingestellt. Eine Folge hiervon war, daß Staats-, Communal- und andere Schuldobligationen einer immer stärkeren Zinsherabsetzung unterworfen werden konnten.

² Reichsges. v. 14. Nov. 1867.

Grundrente kein besonderes Einkommen, sondern nichts als Kapitalzins erblicken.¹

3) v. Mangoldt (1824—69) und Schäffle zählen die Grundrente zu demjenigen Einkommen, welches sie als Seltenheitsprämie bezeichnen; sie sei eine Prämie oder Rente (Ertragewinn) für die Auffuchung der productivsten Grundstücke, der besten Lage etc., entsprechend der Prämie (Arbeitslohirente), welche eine ausgezeichnete Arbeitskraft abwerfe.

Der Socialismus betrachtet die Grundrente gleich der unter Nr. 2 erwähnten Ansicht als Kapitalgewinn und führt ihren Ursprung auf das Privateigenthum an Grund und Boden, das „Bodenmonopol“, zurück, im Anschluß an die Ricardo'sche Behauptung, daß die Grundrente ein reines „Geschenk der Natur“ sei.

Unternehmergewinn.

§ 57. Der Gewinn, welcher dem Unternehmer vom Rohertrage seines Unternehmens nach Abzug der Kosten übrig bleibt, enthält die Vergütung für die eigene Arbeit des Unternehmers und für die Nutzung seines eigenen Kapitals (einschließlich seines eigenen Grund und Bodens), sowie den Ueberschuß des Ertrags der verwendeten fremden Arbeitskräfte und Kapitalien über deren Nutzungspreis.

Der Unternehmergewinn pflegt in jährlichen Procenten des aufgewendeten Kapitals ausgedrückt zu werden, unterscheidet sich aber vom Kapitalzins wie vom Arbeitslohn dadurch, daß er nicht im Voraus ausbedungen werden kann, sondern erst nach erfolgter Verwerthung des Kapital- und Arbeitsaufwandes nach Maßgabe des erzielten Erfolgs durch den Unternehmer realisirt wird. Er ist wegen seiner Abhängigkeit vom Erfolg ein unsicherer und nicht bloß in verschiedenen, sondern selbst in denselben Unternehmungs- zweigen, je nach der Persönlichkeit des Unternehmers, der Größe und der Verfassung des Unternehmens und nach dem Grade der

¹ Roscher, ein Anhänger der Ricardo-Thünen'schen Grundrententheorie, nennt zur Veranschaulichung einer reinen (vom Arbeits- und Kapitaleinkommen gänzlich verschiedenen) Grundrente den Pacht- oder Kauffschilling eines neu entstandenen fruchtbaren Insellandes.

zu tragenden Gefahr, ein ungleicher. Ueber das Wesen des Unternehmergewinns sind drei Hauptmeinungen zu unterscheiden:

1) Der Unternehmerge Gewinn ist Kapitalgewinn. So unterschied die englische Schule keinen besondern Unternehmerge Gewinn, sondern begriff ihn gleich dem Kapitalzins mit unter dem Ausdrucke Kapitalprofit, indem sie sich unter dem Kapitalisten stets auch den Unternehmer dachte. Doch neigte Ad. Smith auch schon zu dem Gedanken an eine Entschädigung des Unternehmers für seine Mühewaltung und seine Tragung des Risicos.

2) Der Unternehmerge Gewinn ist eine Art Arbeitslohn für die geistige Arbeit des Unternehmers. Hauptvertreter dieser Meinung ist Say, welcher Grundrente, Kapitalzins und Industrielohn (Einkommen der Gelehrten, Arbeiter und Unternehmer) unterscheidet. Im Sinne dieser Auffassung bezeichnet Roscher den Unternehmerge Gewinn als Unternehmerlohn, worunter er jedoch nicht bloß das begreift, was der Unternehmer durch Gründung, Organisation, Speculation, Leitung und Beaufsichtigung der ganzen Unternehmung gewinnt, sondern auch das, was er als Rechnungsführer, Kassirer oder bei kleinen Unternehmungen als gemeiner Mitarbeiter nach Art eines Gehilfen oder Arbeiters verdient.

3) Der Unternehmerge Gewinn ist ein vom Kapitalgewinn und Arbeitslohn verschiedenes specifisches Einkommen. Ein Hauptvertreter dieser Meinung ist v. Wangoldt. Indem derselbe auch das, was der Unternehmer für aufgewendete eigene Produktionsmittel an gewöhnlichem Lohn und Zins im Dienste eines fremden Unternehmers hätte erlangen können, aus dem Begriffe des Unternehmerge Gewinns ausscheldet, zerlegt er den übrig bleibenden eigentlichen Unternehmerge Gewinn in folgende Bestandtheile: 1) Gefahrprämie für das übernommene Risiko; 2) Unternehmerlohn und Unternehmerzins für persönliche Dienstleistungen und eigene Kapitalien, welche nur in eigener Unternehmung nutzbar gemacht, nicht vermietet werden können; 3) Unternehmerrente als Seltenheitsprämie für seltene Fähigkeiten oder Seltenheit der Unternehmer.

Der Socialismus nimmt gleich der unter Nr. 1 erwähnten Meinung an, daß der Unternehmerge Gewinn lediglich Kapitalgewinn sei. Immerhin würden auch im Socialistenstaate die Wirthschaftsbeamten, welche an Stelle der Privatunternehmer die Production

und die Vertheilung der Güter regeln, ein Gehalt für ihre Mühewaltung zu empfangen haben und somit einen Unternehmerlohn beziehen.

IV. Consumtion.

Begriff und Arten.

§ 58. Consumtion der Güter heißt Aufhebung oder Minderung ihres Werthes.

Sie wird ordentlicher Weise durch Ge- oder Verbrauch für wirthschaftliche Zwecke herbeigeführt, kann aber auch aus andern Ursachen, z. B. durch Muthwillen, Krieg, schädliche Naturereignisse und Unfälle, Mode- und Bedürfnißwechsel, eintreten (Werthzerstörung oder Verlustconsumtion).

Die Consumtion für wirthschaftliche Zwecke ist nach ihrer nächsten Bestimmung entweder Genußconsumtion (Consumtion im engeren Sinne) oder Erwerbsconsumtion, je nachdem sie unmittelbar zur persönlichen Bedürfnißbefriedigung oder zunächst als Mittel zu einer neuen Production stattfindet. Die Erwerbsconsumtion ist eine reproductive, insofern der dabei verbrauchte Werth nicht einfach untergeht, sondern an das neue Product übergeht.

Wirthschaftliche und unwirthschaftliche Consumtion.

§ 59. Die Consumtion ist eine wirthschaftliche, wenn sie bei möglichst geringen Werthverbrauch einen möglichst großen und dauernden Nulleffect hervorbringt. Wie die Wirthschaftlichkeit der Production durch Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung, so kann die der Consumtion befördert werden durch Gebrauchstheilung (Spaltung einer Gütergattung in verschiedene Arten oder Verwendung derselben Sache zu verschiedenartigem Gebrauch) und Gebrauchsvereinigung (gleichzeitiger oder successiver Gebrauch eines und desselben Gutes durch Mehrere), insofern die Ausnutzung der Güter durch erstere intensiver, durch letztere extensiver wird. Wirthschaftliche Consumtion ist Sparsamkeit, unwirthschaftliche, also unnöthige Consumtion Verschwendung.

Sparsamkeit und Verschwendung beziehen sich aber auch noch speciell auf das Maß der Genußconsumtion im Verhältniß zur Größe des Einkommens, wobei die Sparsamkeit die Mitte bildet

zwischen Verschwendung, als unproductiver Mehrconsumtion auf Unkosten des Kapitalvermögens, und Geiz, als unproductiver Minderconsumtion auf Unkosten nöthiger oder förderlicher Bedürfnisbefriedigung.¹

Fordert endlich auch die Wirthschaftlichkeit, daß nothwendige und dringende Bedürfnisse zuerst zu befriedigen sind, so sind doch auch die als Luxus und Comfort bezeichneten Consumtionen, welche Andern als den Consumenten mehr oder minder „entbehrlich scheinen“ (Moscher), nicht schon an sich unwirthschaftlich. Die ältere Luxuspolitik suchte dem Luxus, insbesondere dem Kleider-, Gastmahl- und Begräbnisaufwand, durch directe Verbote entgegenzutreten.² Die Neuzeit kennt statt der Luxusverbote nur Luxussteuern auf Equipagen, Dienerschaft, Pferde, Hunde u. dgl.

Gleichgewicht zwischen Production und Consumption.

§ 60. Da Production und Consumption sich gegenseitig bedingen (oben § 36), so ist ihr Gleichgewicht der normale wirthschaftliche Zustand. Mehrt oder mindert sich mit der Production auch die Consumption, mehrt oder mindert sich mit der Consumption auch die Production, so stellt sich, wenn dies in entsprechendem Maße geschieht, das Gleichgewicht nach geringen Schwankungen immer wieder von Neuem her. Erhebliche Störungen des Gleichgewichts rufen dagegen wirthschaftliche Krisen hervor. Die Störung kann dadurch entstehen, daß die Production hinter dem nothwendigen Bedarfe oder umgekehrt der Bedarf hinter der Production erheblich zurückbleibt, wonach man Bedarfs- und Produktionskrisen unterscheidet. Die Bedarfskrisis erzeugt Vertheuerung der Preise für die unentbehrlichen Bedarfgüter und, wenn es sich um Lebensmittel handelt, eventuell Hungersnoth. Die Ausbildung des Handels- und Verkehrswezens hat jedoch die Bedarfskrisen bedeu-

¹ Präventive und repressive gesetzliche Vorkehrungen gegen unwirthschaftliche Genußconsumtion sind unter andern das Verbot der Gewinnspiele, die Prodigalitätserklärung, die Bestrafung des leichtsinnigen Bankerotts und des gewerbsmäßigen Spiels, indirect auch die gesetzlichen Maßregeln zur Verhütung unwirthschaftlichen Credits (oben § 52).

² So die lex Oppia (215 vor Chr.) gegen die Putsucht der Frauen und andere leges sumtuariae der Römer und die zahlreichen Luxusgesetze des 16., 17. u. 18. Jahrhunderts.

tend eingeschränkt. Die Produktionskrisis kann sowohl durch zu große Production (Ueberproduction), als auch durch zu geringe Consumption (Unterconsumtion) entstehen. Sie heißt auch Absatz- oder Handelskrisis, weil Absatzstockung eintritt und mit ihr Rückgang der Preise. Seitdem die Fortschritte der modernen Volkswirtschaft und Technik eine industrielle Massenproduction ermöglicht haben, sind Ueberproduction und Absatzkrisen eine fast periodisch wiederkehrende Krankheitserscheinung im Wirtschaftsleben aller Culturländer geworden, ohne daß sich bisher praktische Einrichtungen zu ihrer Verhütung haben finden lassen. Die eingetretene Krisis dauert auf so lange, bis durch Einschränkung der Production und allmähliche Consumption des zu viel Producirten, durch Erstarkung der Consumption und Kaufkraft oder durch eine neue Ausdehnung des Absatzgebietes das normale Verhältniß zwischen Production und Consumption wiederhergestellt ist.

Wie die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Consumption und Production davon abhängt, daß mit der Zunahme der Consumption auch die Production verhältnißmäßig vermehrt wird, so hängt auch das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Unterhaltungsmitteln davon ab, daß mit der Bevölkerungszunahme auch die Unterhaltungsmittel verhältnißmäßig vermehrt werden. Das Wachstum der Bevölkerung hat daher in dem Maße der durch die Production verfügbar gemachten Unterhaltungsmittel eine Grenze, welche es nicht überschreiten kann. S. oben Malthus (§ 20). Im Gegensatz zu den frühern Versuchen, die Bevölkerungsmenge durch künstliche Beförderung oder Hemmung der Volksvermehrung zu reguliren, huldigt die neuere Bevölkerungspolitik dem Princip der freien Bewegung, indem sie Eheschließungsfreiheit, Freizügigkeit, Aus- und Einwanderungsfreiheit gewährt.¹

¹ Von deutschen Reichsgesetzen gehören hierher das Ges. v. 1. Nov. 1867 über die Freizügigkeit, das Ges. v. 4. Mai 1868 über Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung, endlich das Ges. v. 1. Juni 1870 über den Erwerb und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit. Die durch die neue Reichscolonialpolitik ermöglichte Colonisation gewährt, abgesehen von der Eröffnung neuer Absatz- und Bezugsquellen, vor der bisherigen Auswanderung nach fremden überseeischen Gebieten den Vortheil, daß die Ausgewanderten mit dem Mutterlande in Zusammenhang bleiben.

Gemeinnützige Anstalten zur Beförderung wirthschaftlicher Vorsorglichkeit.

1. Sparkassen.

§ 61. Die Sparkassen nehmen kleine Geldsummen behufs gemeinsamer verzinslicher Anlage an, schlagen die Zinsen alljährlich zum Kapital, um sie mit diesem zu verzinsen und leisten die Rückzahlung sofort auf Verlangen oder nach bestimmter Kündigungsfrist. Sie sind meist öffentliche, in Deutschland namentlich communale Kassen, zum Theil auch Privatkassen, z. B. Fabrik- und Schulkassen. Communal- und Privatkassen sind Lokalsparkassen, im Gegensatz zu den außerhalb Deutschlands verbreiteten Postsparkassen.¹

2. Versicherungsanstalten. a) Begriff und Organisation.

§ 62. Die Assurance- oder Versicherungsanstalten werden durch verhältnißmäßig kleine, aber von vielen Personen zugleich geleistete Beiträge in den Stand gesetzt, den einzelnen gegen Zahlung dieser Beiträge Versicherten den Vermögensnachtheil zu ersetzen, der ihnen erwächst, wenn sie von einer bestimmten für alle Mitversicherten möglichen, aber nicht für alle wirklich eintretenden Gefahr thatsächlich betroffen werden. Eine solche gesellschaftliche Einrichtung zur Sicherung des Einzelnen durch Vertheilung von Risiko und Schaden auf Viele ist Versicherung im volkswirtschaftlichen Sinne.¹ Ihre Durchführbarkeit setzt eine auf statistischer Grundlage beruhende Wahrscheinlichkeitsberechnung der durchschnittlich zu erwartenden Schäden voraus.

Mit Rücksicht auf die Organisation sind zu unterscheiden: 1) Gegenseitigkeitsanstalten und Versicherungsgesellschaften ohne Gegenseitigkeit, d. h. Gesellschaften zum gewerbsmäßigen

¹ Sparkassen wurden zuerst in Deutschland gegründet (Braunschweig 1765), Postsparkassen zuerst in England (1861).

¹ Keine Versicherung in diesem Sinne ist der isolirte Versicherungsvertrag und die Selbstversicherung eines Unternehmers durch Reservirung von Gewinnanteilen aus günstig verlaufenen Geschäften, um damit die Verluste aus ungünstig verlaufenden auszugleichen, z. B. die Selbstversicherung einer Schiffsahrtsgesellschaft, welche mit einer Mehrzahl von Schiffen ihre Geschäfte betreibt.

Erwerbe durch Versicherung Dritter. Die heut zu Tage übliche Form dieser Gesellschaften ist die Actiengesellschaft. 2) Oeffentliche Versicherungsanstalten und Privatversicherungsgesellschaften. Die erstren sind Gegenseitigkeitsanstalten, die letztern theils Gegenseitigkeits-, theils Actien-, theils gemischte Gesellschaften. a) Oeffentliche Anstalten sind die staatlichen und communalen Versicherungsanstalten. Die Versicherungsbeiträge werden entweder nach Wahrscheinlichkeitsgrundsätzen approximativ im Voraus berechnet und erhoben (Kapitaldeckungsverfahren), oder sie werden erst am Schlusse einer bestimmten Periode z. B. eines Jahres, nach Maßgabe des innerhalb dieser Periode eingetretenen Bedarfs ermittelt und auf die Pflichtigen vertheilt (Umlageverfahren), woneben noch Zuschußbeiträge zur Ansammlung eines Reservefonds vorgeschrieben sein können. Oeffentliche Versicherungsanstalten wurden in Deutschland im 18. Jahrh. als Feuersocietäten oder Brandkassen und zur Beamtenversicherung organisirt. b) Privatversicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit sind solche, deren Mitglieder zugleich Versicherte und Versicherer sind. Die Beiträge der Mitglieder werden entweder im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens im Voraus erhoben oder erst am Schlusse einer bestimmten Periode im Wege des Umlageverfahrens vertheilt. Reichen die im Voraus erhobenen ordentlichen Beiträge (Prämien) zur Bestreitung des Bedarfs nicht aus, so müssen die Mitglieder Nachschußzahlungen leisten. Umgekehrt kommt ihnen aber auch der den Bedarf übersteigende Prämienüberschuß zu Gute, indem er ihnen entweder als Dividende zurückbezahlt oder für zukünftige Beiträge gutgeschrieben wird. Die Privatgegenseitigkeitsanstalten sind theils allgemeine Versicherungsanstalten, theils berufs-genossenschaftliche Verbände unter Angehörigen derselben Berufsclassen, z. B. Beamtenvereine, Knappschaftskassen unter Bergarbeitern und andere gewerbliche Hilfskassen. Die ältesten allgemeinen Gegenseitigkeitsgesellschaften in Deutschland sind die beiden Gothaer für Feuer (seit 1821) und Leben (seit 1827). Berufs-genossenschaftliche Versicherungsverbände gab es schon in frühern Jahrhunderten, Knappschaftskassen bereits im Mittelalter. c) Die Versicherungs-Actiengesellschaften machen aus der Versicherung Anderer ein Erwerbsgeschäft, so daß diese Andern rechtlich allein als Versicherte und nicht zugleich als Versicherer in Be-

tracht kommen. Die Actiengesellschaften erheben von den Versicherten vorausbestimmte feste Prämien (Prämien im engeren Sinne) und heißen daher auch Prämien Gesellschaften. Reichen die Prämieinnahmen zur Bestreitung des Bedarfs nicht aus, so brauchen die Versicherten keine Nachschußzahlungen zu leisten sondern es ist das Deficit aus dem Reservefond und eventuell aus dem Grundkapital der Gesellschaft zu decken. Umgekehrt kommt den Actionären aber auch der Prämienüberschuß zu Gute, indem derselbe unter sie nach Abzug des für den Reservefond nöthigen Betrags als Gewinn dividende vertheilt wird. a) Gemischte Versicherungsgesellschaften sind einerseits diejenigen Gegenseitigkeitsgesellschaften, welche auch mit Nichtmitgliedern gegen feste Prämien Versicherungen abschließen, anderseits diejenigen Actiengesellschaften, welche den Versicherten Antheil an der Dividende aus dem Jahresgewinn gewähren.

Mit Rücksicht auf die Organisation ist endlich noch 3) freiwillige und Zwangsversicherung zu unterscheiden. Letztere liegt vor, wenn eine gesetzliche Beitrittspflicht besteht, es sei zu einer bestimmten öffentlichen Kasse (Zwangskasse) oder zu einer vom Versicherungspflichtigen wählbaren (freien) Kasse. Zwangskassen sind meistens die öffentlichen Brand- und Pensionskassen.

b) Versicherungszweige, insbesondere Lebensversicherung.

§ 63. Man unterscheidet: 1) Realversicherung, z. B. Feuer-, Hagel-, Vieh- und Transportversicherung, und Personal- oder Lebensversicherung gegen Vermögensnachtheile, welche der Eintritt von gewissen das menschliche Leben betreffenden Ereignissen hervorbringen kann; 2) See- (Seetransport-) und Binnen- oder Landversicherung; 3) Hauptversicherung und Rückversicherung, welche eine Versicherungsanstalt, z. B. eine Feuerversicherungsanstalt, bei einer andern nimmt, um auf dieselbe das Risiko einer übernommenen Versicherung gegen Ueberlassung eines angemessenen Theiles der Prämie theilweise zu vertheilen.

Die Lebensversicherung ist 1) nach Art der eintretenden Falls zu leistenden Vergütung entweder Kapital- oder Rentenversicherung; 2) nach Art des Ereignisses, von dessen Eintritt die Vergütung abhängt, Lebensversicherung im engeren Sinne, d. h.

Versicherung auf den Todes- oder Lebensfall, oder Versicherung gegen die Gefährdung durch einzelne besondere Ereignisse, wie Krankheit, Unfall (z. B. auf der Reise, im Kriege, im Gewerbebetriebe), Invalidität und Alter; 3) nach der Person, welcher eintretenden Falls die Vergütung geleistet werden soll, Versicherung zu Gunsten des Versicherungsnehmers oder zu Gunsten eines Dritten, z. B. eines Angehörigen, eines Gläubigers oder der Arbeiter des Versicherungsnehmers.

Kapitalversicherung auf den Todesfall ist Lebensversicherung im gewöhnlichen und engsten Sinne. Der Versicherungsnehmer versichert entweder sein eigenes Leben oder das eines Dritten, an dessen Fortdauer er ein Interesse hat, z. B. als Verwandter oder als Gläubiger. Im ersten Falle soll beim Tode des Versicherungsnehmers die Versicherungssumme an einen Dritten (im Zweifel an den Erben des Versicherungsnehmers) ausgezahlt werden. Im zweiten Falle soll beim Tode des versicherten Dritten die Auszahlung an den Versicherungsnehmer erfolgen.

Kapitalversicherung auf den Lebensfall ist Versicherung einer Summe, welche fällig werden soll, wenn die versicherte Person einen bestimmten Termin erlebt, z. B. die Versicherung bei Aussteuer- und andern Kinderversorgungskassen und die Kapitalversicherung für den Fall des Ueberlebens, wie wenn z. B. die Ehefrau des Versicherungsnehmers ein Kapital ausgezahlt erhalten soll, wenn sie zur Todeszeit des Ehemanns noch lebt.

Rentenversicherung durch Prämienzahlung kommt hauptsächlich vor als Beamtenversicherung (Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen) und als Arbeiterversicherung (Kranken-, Alters-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen). Das Recht auf eine bestimmte Rente kann man aber auch für sich oder einen Dritten durch einmalige Kapitaleinzahlung erwerben. Dies ist der Fall beim eigentlichen Leibrentenvertrage.¹

¹ Eine besondere Anwendung des Leibrentenvertrags ist die *Tontine*, wobei einer Anzahl Personen gegen ein von ihnen zusammengeschlossenes Kapital eine in der Art gemeinsame Leibrentenberechtigung gewährt wird, daß die Renten der Verstorbenden den Ueberlebenden zuwachsen, bis zuletzt mit dem Tode des Längstlebenden, welcher die Renten Aller in sich vereinigt, die Rentenberechtigung gänzlich erlischt. Der Name kommt von dem italienischen Arzt *Lorenzo Conti*, welcher in Frankreich unter Ludwig XIV. Tontinenanstalten organisierte.

§ 64. Die älteste von allen gesellschaftlich betriebenen Versicherungen ist die Seeversicherung.¹ Von den übrigen Arten der Realversicherung ist die älteste die Feuerversicherung, welche zuerst nur Gebäude und erst später auch Mobilien zum Gegenstande hatte.² Die Vieh- und die Hagelversicherung entstanden im vorigen Jahrhundert.³ Erst im jetzigen Jahrhundert entstanden die Fluß- und Landtransportversicherung, die Rückversicherung, die Glasversicherung für werthvolle Glasscheiben und die Creditversicherung in den beiden Formen der Hypothekenversicherung zur Sicherung von Hypothekenforderungen gegen mögliche Verluste und verspätete Rückzahlung und der Cautionsversicherung zur Erleichterung der Beschaffung von Amtscautionen.

Die erste auf der Grundlage einer mathematisch-statistischen Sterbetafel errichtete eigentliche Lebensversicherungsgesellschaft entstand in London (1705). Die ihr zu Grunde liegende Mortalitäts- oder Sterblichkeitstafel war durch den englischen Mathematiker Halley entworfen worden (1693). An ihre Stelle trat später die auch in Deutschland als Vorbild benutzte Tafel der 17 englischen Lebensversicherungsgesellschaften, ausgearbeitet auf Grund der Erfahrungen dieser Gesellschaften. Die erste deutsche Lebensversicherungsgesellschaft war die Gothaer Lebensversicherungsbank (1827), aus deren Erfahrungen eine Sterblichkeitstafel für deutsche Versicherungsgesellschaften hervorgegangen ist.

Außer zahlreichen Modalitäten der verschiedenen Zweige der Lebensversicherung haben sich in neuester Zeit die Kranken- und die Unfallversicherung mehr und mehr entwickelt, insbesondere für Arbeiter.

¹ Die Seeversicherung datirt aus dem 13. Jahrh. Erste deutsche Gesellschaft die Seecassuranzcompagnie in Berlin (1745).

² Die Feuerversicherung datirt aus dem 16. Jahrhundert. In England wurde die erste Gesellschaft als Gegenseitigkeitsgesellschaft gegründet (1667). In Deutschland gab es kleine locale Brandklassen auf Gegenseitigkeit seit dem 17. Jahrhundert. Staatliche Feuersocietäten oder Brandklassen mit Versicherungszwang entstanden seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts. Erste Actiengesellschaft in Berlin (1812). Erste allgemeine Gegenseitigkeitsanstalt die Gothaer Feuerversicherungsbank (1821). Mobiliar-Feuerversicherung seit dem 18., hauptsächlich aber erst im jetzigen Jahrhundert.

³ In Deutschland entstand die erste Viehversicherungsanstalt in Schlesien (1762), die erste Hagelversicherungsgesellschaft in Neubrandenburg (1797).

Staatlich wurde die Arbeiterversicherung in Deutschland gefördert durch die reichsgesetzliche Regelung der freien gewerblichen Hilfskassen für den Krankheitsfall⁴ und durch die reichsgesetzliche Ermächtigung der Gemeinden, durch Ortsstatut gewerbliche Krankenkassen mit Beitrittszwang einzuführen.⁵ Die neueste Reichsgesetzgebung hat in Bezug auf die Krankenversicherung die bisherigen freien Unterstützungskassen unter gewissen Vorbehalten stehen lassen, hat aber statt des wenig verbreiteten ortstatutarischen einen allgemeinen gesetzlichen Krankenkassenzwang für die Arbeiter angeordnet. In Bezug auf die Unfallversicherung hat sie dagegen die bisherige Privatversicherung durch Actiengesellschaften und freiwillige Genossenschaften der Unternehmer beseitigt und statt ihrer, und neben der privatrechtlichen Haftpflicht gewisser Unternehmer für Betriebsunfälle⁶ eine obligatorische öffentlichrechtliche Unfallversicherung der industriellen Arbeiter durch die zu diesem Zweck zu Berufsgenossenschaften vereinigten Betriebsunternehmer eingeführt. Ihren Abschluß hat endlich die staatliche Arbeiterversicherung durch die Zwangsversicherung der Arbeiter gegen Invalidität und Alter erhalten.

Zusatz betr. die deutschen Reichsgesetze über die Arbeiterversicherung:

1) Krankenversicherungsgesetz v. 15. Juni 1883. (Ausdehnungsgesetze: Gesetz v. 28. Mai 1885, betr. die Krankenversicherung der im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter; Gesetz v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben be-

⁴ Gesetz v. 7. April 1876 über die eingeschriebenen Hilfskassen. Das Gesetz bezieht sich nur auf freiwillig errichtete Hilfskassen, welche die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder für den Fall der Krankheit bezwecken, und gewährt ihnen, wenn sie den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und in das Register der eingeschriebenen Hilfskassen eingetragen werden, juristische Persönlichkeit.

⁵ Gesetz v. 8. April 1876.

⁶ Haftpflichtgesetz v. 7. Juni 1871, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die beim Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken, Fabriken, Steinbrüchen und Gräbereien herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen. Bedingung der Ersatzpflicht ist, daß der Unfall durch Schuld der Betriebsleitung herbeigeführt ist. Die Verschuldung muß der Ersatzfordernde kläger beweisen, ausgenommen im Eisenbahnbetriebe, wo der Unternehmer ohne Weiteres haftet, wenn er nicht höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten beweist.

schäftigten Personen). Die Krankenversicherung findet entweder bei den bisherigen, nach den Vorschriften des Gesetzes reformirten freien Kassen (Zinnungs-, Knappschafts-, Hilfskassen) oder bei den neuen Zwangskassen (Fabrik-, Bau-, Ortskrankenkassen) oder bei der Gemeinde statt. Diese Gemeindekrankenversicherung deren Verwaltung lediglich einen Theil der Communalverwaltung bildet, findet nur subsidiär für solche Personen statt, welche keine der andern Kassen angehören. Die regelmäßigen Kassen sind die Ortskrankenkassen, welche nach Berufsklassen geordnet sind. Mit Ausnahme der Gemeinde- und der Zinnungskassen haben die Versicherungskassen die Rechte einer juristischen Person. Die Beitragspflicht ist für die einzelnen Kassen verschieden geregelt, und dem entsprechend sind auch die Leistungen der Krankenkassen verschieden. Die Unterstützung wird für längstens 13 Wochen nach Beginn der Krankheit gewährt. Abgesehen von den freien Kassen, welche von den Mitgliedern allein erhalten und verwaltet werden, sind die Arbeiter zu $\frac{2}{3}$, die Arbeitgeber zu $\frac{1}{3}$ beitragspflichtig, und die letzteren überdies verpflichtet ihre Arbeiter bei der Kasse an- und abzumelden. Streitigkeiten aus Unterstützungsansprüchen und den Rechtsverhältnissen zwischen den Kassen und den Arbeitgebern und den Arbeitern unterliegen selbst bei Zwangskassen, trotz ihres öffentlich rechtlichen Charakters, dem Rechtswege. Aufsichtsinanz ist die Gemeinde und in kleineren Gemeinden die Gemeindeaufsichtsbehörde.

2) Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884, betr. die industriellen Arbeiter. (Ausdehnungsgesetz: Gesetz v. 28. Mai 1885, betr. die Unfallversicherung der im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter; Gesetz v. 15. März 1886, betr. die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen; Gesetz v. 5. Mai 1886, betr. die der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter; Gesetz v. 11. Juli 1887, betr. die der bei Bauten beschäftigten Personen; Gesetz v. 13. Juli 1887, betr. die der Seelente.) Träger der Unfallversicherung sind die Berufsgenossenschaften, welche aus den Unternehmern gleicher oder verwandter Betriebe für bestimmte Bezirke gebildet werden. Dieselben sind unter staatlicher Aufsicht und Leitung stehende corporative Zwangsversicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit. Organe der Genossenschaft sind die Generalversammlung der Berufsgenossen und der aus derselben gewählte Vorstand, dessen Mitglieder unbefolgte Ehrenämter bekleiden. Die der Genossenschaft obliegende Entschädigung für Tödtung und Körperverletzung im Betriebe gilt als ein Theil der Betriebskosten und ist daher in keinem Falle durch den Nachweis eines Verschuldens von Seiten der Betriebsleitung bedingt; sie wird selbst durch eigenes Verschulden des Verletzten nicht ausgeschlossen, ausgenommen wenn er den Unfall vorfänglich herbeigeführt hat. Die Entschädigung selbst besteht in dem Ersatze der Heilkosten und in einer für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente. Im Falle des Todes durch Betriebsunfall erhalten die Hinterbliebenen die Beerdigungskosten und eine Rente. Der jeweilige Jahresbedarf an Mitteln zur Deckung der Entschädigungsbeträge und der Verwaltungskosten wird im Umlageverfahren (oben § 62) durch die Mitglieder der Genossenschaft nach Maßgabe des Umfangs und der Gefährlichkeit ihres Betriebs aufgebracht; daneben sind für die ersten Jahre Beiträge zur Bildung eines Reserve-

fonds vorgeschrieben. Die Verpflichtungen leistungsunfähig werdender Genossenschaften gehen auf das Reich über. Die versicherten Arbeiter sind nicht beitragspflichtig. Dagegen soll aber auch die Entschädigung für alle Unfälle, welche keine längere Erwerbsunfähigkeit als bis zu 13 Wochen nach sich ziehen, den Krankenkassen zur Last fallen. Andererseits ist mit Rücksicht hierauf den Arbeitern neben den Genossenschaftsvorständen eine Vertretung zugestanden, jedoch nur für wenige Angelegenheiten, so namentlich für die Wahl von Beisitzern der Schiedsgerichte, welche als Berufungsinstanz bei Schadensfeststellungen dienen, sowie für die Begutachtung von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen. Die oberste richterliche und verwaltende Instanz für die Unfallversicherung ist das Reichsversicherungsamt. Dieses besteht aus mindestens 3 ständigen und 8 nicht ständigen Mitgliedern, von denen 4 vom Bundesrath, 2 von den Genossenschaftsvorständen und 2 von den Arbeitervertretungen auf 4 Jahre gewählt werden.

Ein civilrechtlicher Anspruch aus dem Haftpflichtgesetz v. 7. Juni 1871 kommt nunmehr nur noch in Betracht: 1) für die nicht unter das Unfallversicherungsgesetz fallenden Betriebsbeamten, d. h. diejenigen, deren Jahresverdienst 2000 Mk. übersteigt; 2) für die unter das Gesetz fallenden Personen bei vorsätzlicher Beschädigung auf den Betrag, um welchen die Haftpflichtentschädigung die Unfallversicherungsentschädigung übersteigt; 3) für die Berufsgenossenschaft oder Krankenkasse, welche in Folge des Unfalls Aufwendungen gemacht hat.

3) Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz v. 22. Juni 1889. Dasselbe bezieht sich auf Betriebsbeamte und auf alle gegen Lohn arbeitenden Personen vom vollendeten 16. Lebensjahre ab, welche ein Gehalt oder Lohn bis zu 2000 Mk. erhalten. Sein Zweck ist die Gewährung einer Invalidenrente für die Arbeiter, welche erwerbsunfähig geworden sind und welche nicht schon durch das Reichsgesetz betreffend die Unfallversicherung gedeckt sind, und die Gewährung einer Altersrente für solche Arbeiter, welche ein Alter von 70 Jahren erreicht haben, ohne erwerbsunfähig geworden zu sein. Die Mittel für diese Versicherung werden durch das Reich, die Arbeitgeber und die Versicherten beschafft. Arbeitgeber und Versicherte leisten wöchentliche Beiträge und zwar zu gleichen Theilen. Die Beiträge sind so zu bemessen, daß aus denselben Reservecfonds gebildet werden können. Zur Berechnung der Rente werden gesetzlich vier Lohnklassen nach Durchschnittslöhnen der Arbeiter gebildet. Der Bezug der Rente ist, abgesehen von erleichternden Uebergangsbestimmungen, dadurch bedingt, daß die Beiträge während einer bestimmten Wartezeit gezahlt sind (bei der Invalidenversicherung 5 Jahre, bei der Altersversicherung 30 Jahre lang). Die Invalidenrente steigt je nach der Länge der Beitragszeit; sie ist größer als die Altersrente, welche in der höchsten Lohnklasse 191 Mk. beträgt. Erstattung der Hälfte der gezahlten Beiträge steht weiblichen Personen, welche sich verheirathen, bevor sie Rente erhalten, und den nächsten Erben solcher Personen zu, welche nach 5-jähriger Beitragsleistung verstorben sind. Hauptorgane sind die staatlichen Versicherungsanstalten (in größeren Staaten mehrere), welche die Rechte juristischer Personen haben. Jede Anstalt wird durch einen aus Beamten bestehenden Vorstand verwaltet. Dem Vor-

stande steht ein Ausschuß zur Seite, welcher aus Arbeitgebern und Vertretern der Versicherten besteht. Darüber steht ein von der Landesregierung ernannter Staatscommissar. Der Vorstand setzt die Renten fest, Streitigkeiten darüber entscheidet das Schiedsgericht, dessen Beisitzer Arbeitgeber und Vertreter der Versicherten sind. Revisionsgericht und oberste Aufsichtsinstanz ist das Reichsversicherungsamt.

Näheres über Geld-, Bank- und Finanzwesen.

1. Das staatliche Münz- und Geldwesen.

§ 65. Das dem Staate im Interesse des wirthschaftlichen Verkehrs zustehende Münzrecht begreift die Münzgesetzgebung, die Münzprägung und die Münzaufsicht.

Die Münzgesetzgebung eines Landes bestimmt mit Rücksicht auf dessen Verkehrsbedürfniß die Währung, d. h. dasjenige Edelmetall, welches im Lande rechtlich als Geld dienen soll, und den Münzfuß, d. h. die bei der Prägung des Währungsgeldes zu befolgende Eintheilung (z. B. beim Dreißig-Thalerfuße 30 Thaler aus einem Pfunde reinen Silbers). Die streitige Frage, welche Art der Währung dem Verkehrsbedürfniß am besten entspreche, ob einfache Silber- oder einfache Gold- oder Doppelwährung (Bimetallismus), hat die neuere Gesetzgebung immer mehr zu Gunsten der einfachen Goldwährung beantwortet.¹ Die Bevorzugung des Goldes vor dem Silber beruht theils auf dem allgemeinen Grunde, daß ersteres die Geldstoffeigenschaften in höherem Maße besitzt als letzteres (oben § 48), theils auf der Erwägung des gegenwärtigen Verkehrsbedürfnisses und des Entwicklungsganges der Edelmetallproduction (oben § 49). Von besonderem Gewicht ist die Erwägung dieses letztern Punktes gegenüber der Doppelwährung, welche die gesetzliche Fixirung eines bestimmten Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber nothwendig macht.²

¹ Uebergang zur einfachen Goldwährung in England (1816), in Deutschland (1871/73) in den scandinavischen Staaten (1873). In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die seit 1853 gesetzliche Goldwährung seit der Vlandbill (1878), welche den Silberdollar als gesetzliches Zahlungsmittel erklärte, mehr und mehr erschüttert worden.

² Die auf der Doppelwährung beruhende französische Münzgesetzgebung (Münzgesetz v. 1803) fixirte das Werthverhältniß des Goldes zum Silber nach

Das Münzprägungsrecht begreift das Recht und die Pflicht des Staates, das als Landeswährung angenommene Edelmetall (bei der Doppelwährung also sowohl Gold als Silber) in genügender Menge und zum vollen gesetzlichen Gewicht und Feingehalt auszumünzen und dafür seine Münzstätten auch Privaten gegen eine Gebühr (Schlagschatz) offen zu stellen.

Die Münzaufsicht begreift die Fürsorge für die Aufrechterhaltung eines der Münzordnung entsprechenden Münzumlaufs, insbesondere die Einziehung der über das gesetzliche Maß (Passirgewicht) hinaus abgenutzten Münzen.

§ 66. Die der Landesmünzordnung in Bezug auf Gewicht und Feingehalt entsprechenden Währungsmünzen (grobe oder Courantmünzen) bilden das Geld dieses Landes im rechtlichen Sinne. Dasselbe muß daher bei allen Geldschulden, für welche nichts anderes ausgemacht ist, in Zahlung genommen werden, und mithin bei der Doppelwährung alternativ nach Wahl des Schuldners sowohl das Gold- als das Silbercourantgeld. Insofern es gesetzlich in Zahlung genommen werden muß, hat es Zwangscurs, und insofern es zum vollen gesetzlichen Werthe (Nennwerth) in Zahlung genommen werden muß, hat es vollkommenen Zwangscurs (Zwangscurs im engeren Sinne). Ausländisches Geld, sowie auch inländische Goldmünzen in Silberwährungsländern können wohl in Zahlung genommen werden, brauchen es aber nicht. Beide sind im Verhältniß zum inländischen Währungsgeld nicht Geld, sondern käufliche Waare, deren jeweiliger Marktpreis (Curswerth)

dem Maßstabe von 1 : 15½ (1 Pfund Gold = 15½ Pfund Silber). Dasselbe Werthverhältniß wurde auch bei der Ausdehnung des französischen Münzsystems durch die sog. lateinische Münzunion (1865) festgehalten. Auf demselben Werthverhältniß fußte endlich auch noch trotz der inzwischen eingetretenen großen Silberentwerthung das Project einer Verallgemeinerung der Doppelwährung durch internationalen Vertrag (Pariser Münzconferenzen von 1878 und 1880). Das von den amerikanischen Silberproducenten begünstigte Project scheiterte besonders an dem Widerstande Englands. Die Agitation für die Einführung einer „internationalen Doppelwährung“ wurde gleichwohl auch seitdem noch fortgesetzt, in Deutschland insbesondere durch die Agrarier, welche behaupten, die durch die ausschließliche Goldwährung bewirkte Verminderung der Umlaufs- und gesetzlichen Zahlungsmittel, d. h. die Verdrängung des Silbergeldes, habe die Vertheuerung des Goldwerths und die Preisrückgänge der letzten Jahre verursacht.

durch das inländische Währungsgeld gemessen wird. Dagegen kann Währungsgeld im Verhältniß zu Geld derselben Währung nicht Kauf- oder Tauschgegenstand im rechtlichen Sinne sein, und es kann daher sein Tauschwerth innerhalb der Grenzen seiner Geltung nicht durch einen Geldpreis, sondern nur durch das Maß seiner Kaufkraft gegenüber den übrigen Verkehrsgegenständen gemessen werden.

Aus dem Bedürfniß, das in einem Lande geprägte Geld auch im Auslande ohne vorgängige Umprägung als Geld gebrauchen zu können, sind Münzconventionen unter einzelnen Staaten und internationale Verhandlungen zur Einigung über eine gemeinsame Weltmünze hervorgegangen.¹ In Ermangelung einer solchen sind es noch immer die Edelmetallbarren, welche das internationale Geld bilden.

§ 67. Neben dem wirklichen Gelde, d. h. dem vollwerthigen Curantgelde, dessen Nennwerth mit seinem Metallwerth übereinstimmt, kann in einem Lande auch mehr oder minder fictives Geld (Zeichengeld) als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt sein. Als solches kommen die Scheidemünzen und das eigentliche Papiergeld vor. 1) Scheidemünzen sind Hilfsmünzen für den Kleinverkehr und kleinere Zahlungen. Sie werden vorwiegend aus unedelm Metall, bei Goldwährung auch aus Silber geprägt, immer aber unterwerthig, d. h. zu einem Nennwerth, der ihren Metallwerth überschreitet. Soweit diese Differenz reicht, sind sie Zeichengeld. 2) Eigentliches Papiergeld ist das Staats- oder Banknotenpapiergeld, wenn es uneinlösbar ist und Zwangscurs hat und mithin zum Nennwerth in Zahlung genommen werden muß. Diese gesetzliche Gleichstellung mit dem Metallgelde (Papierwährung, Papierv valuta) läßt sich zwar im Inlande bei Bezahlung von zur Zeit der Ausgabe bereits vorhandenen Geldschulden zwangsweise geltend machen, nicht aber bei Zahlungen an das Ausland

¹ Münzconventionen: 1) der Wiener Münzvertrag (1857) zwischen Oesterreich und dem Deutschen Zollverein; 2) die zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossene lateinische Münzunion (1865), welcher später (1868) auch Griechenland beitrug, im J. 1885 noch einmal auf 5 Jahre verlängert; 3) die scandinavische Union zwischen Norwegen, Schweden und Dänemark (1873). Als Weltmünze brachte die internationale Pariser Münzconferenz von 1867 die 25-Frankenstücke in Vorschlag.

und nicht im Tauschverkehr. Je mehr es daher an Umfang zunimmt und an Credit verliert, um so mehr bleibt sein Tauschwerth hinter dem des Metallgeldes zurück (Ugio oder Aufgeld des Metallgeldes, Disagio des Papiergeldes). Für alle Fälle aber, wo verschiedene Zahlungsmittel von ungleichen Werth als gleichberechtigt zugelassen werden, gilt die gemeinsame Regel, daß das bessere Zahlungsmittel durch das schlechtere aus dem inländischen Verkehr verdrängt wird, so das vollwerthige Metallgeld durch das unterwerthige, bei der Doppelwährung die im Marktpreise gestiegene durch die im Marktpreise gesunkene Geldart, endlich das Metallgeld durch das im Tauschwerth gesunkene Papiergeld.¹

§ 68. Das deutsche Geldwesen ist erst durch die neue Reichsgesetzgebung (Ges. v. 4. Dec. 1871, betr. die Ausprägung von Goldmünzen, und Münzgesetz v. 9. Juli 1873) einheitlich geworden. War vorher auch die Währung im Ganzen dieselbe, indem nur in Bremen Goldwährung, in allen übrigen Staaten dagegen Silberwährung bestand, so war doch die Münzeintheilung sehr verschieden. Die drei Hauptsysteme waren der Thaler, der österreichische und der süddeutsche Guldenfuß. Für Hamburg galt noch das Besondere, daß der Großhandel nicht mit geprägten Geldstücken, sondern mit bloßen Rechnungsmünzen (Mark Banco) rechnete. Die reichsgesetzliche Münzreform begann mit der Aufhebung der Silberwährung. An die Stelle trat zunächst eine Uebergangsdoppelwährung unter Festsetzung der Werthrelation von 1 Pfund Gold = 15½ Pfund Silber. Die definitive Reichswährung ist die einfache Goldwährung.¹ Was die Prägung betrifft, so dient als Rechnungseinheit die Goldmark, als Hauptmünze das Zwanzig-Markstück. Im Einzelnen ist bestimmt: 1) in Bezug auf den Münzfuß, daß aus dem Normalquantum von einem Pfunde Fein-

¹ Um die Verdrängung des Goldes durch das unterwerthig gewordene Silber zu verhüten, wurde im französischen Doppelwährungsgebiete die Ausmünzung der Silbereurantmünzen (Fünffrankstücke) seit 1874 theilweise und seit 1878 vollständig suspendirt, wodurch ein Zustand thatsächlicher Goldwährung geschaffen wurde.

¹ Zur vollen Durchführung der reinen Goldwährung fehlt die Einziehung der noch im Umlauf befindlichen Silberthaler, welche zur Zeit noch als gesetzliches Zahlungsmittel benutzt werden dürfen. Die Durchführung der Münzreform ruht seit Mai 1879, wo die Regierung die Einstellung der Silberverkäufe beschloß in der Erwartung, dadurch das Fallen der Silberpreise aufzuhalten.

gold (im Gegensatz zu dem mit Kupfer gemischten Münz- oder Prägegold) $69\frac{3}{4}$ Zwanzig-Markstücke (1395 Mk.) ausgeprägt werden sollen; 2) in Bezug auf den Feinheitsgrad (Korn) und das Bruttogewicht (Schrot), daß die Mischung aus $\frac{9}{10}$ Gold (Feingehalt) und $\frac{1}{10}$ Kupfer (Legirung) bestehen muß;² 3) in Bezug auf die bei der Prägung erlaubte Fehlergrenze (Remedium oder Toleranz), daß die Abweichung vom Normalgewicht des einzelnen Goldstücks nicht mehr als $2\frac{1}{2}$ Tausendtheile seines Gewichts, die Abweichung vom normalen Feingehalt nicht mehr als 2 Tausendtheile betragen darf; 4) in Bezug auf das Passirgewicht, daß Goldmünzen, deren Gewicht sich um nicht mehr als 5 Tausendtheile des Normalgewichts verringert hat, bei allen Zahlungen als vollwichtig gelten sollen; 5) in Bezug auf die Prägung von Barrengold für Privatrechnung, daß Privatpersonen das Recht haben sollen, für ihre Rechnung auf den gesetzlichen Münzstätten, gegen einen Schlagchat von höchstens 7 Mark auf das Pfund Feingold, 20-Markstücke prägen zu lassen;³ 6) in Bezug auf die verschiedenen Arten der Scheidemünze, daß niemand verpflichtet ist, Reichsilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark, Nickel- und Kupfermünzen im Betrage von mehr als 1 Mark in Zahlung zu nehmen.⁴ Der Gesamtbetrag der Silbermünzen soll 10 Mark, der der Nickel- und Kupfermünzen $2\frac{1}{2}$ Mark für den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen.

Das ausschließliche Recht der Münzprägung (Münzregal) steht den Einzelstaaten zu, das Hoheitsrecht der Münzgesetzgebung und Münzaufsicht dem Reiche.

Das Staatspapiergeld wird durch das Reichsgesetz betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen (v. 30. April 1874) geregelt. Das einzige Papiergeld sind danach die in Appoints von 5,20

² Demnach sollen 62,775 Zwanzig-Markstücke je 1 Pfund wiegen. Die englischen Goldmünzen haben $\frac{11}{12}$ Feingehalt, die französischen gleich den deutschen nur $\frac{9}{10}$.

³ Daneben ist noch für die Reichsbank die Verpflichtung eingeführt worden, Barren gegen ihre Noten umzutauschen und zwar zum festen Satz von 1392 Mark für das Pfund fein (§ 14 des Reichsbankgesetzes).

⁴ Die vom Bundesrath zu bezeichnenden Rassen sind auf Verlangen verpflichtet, Reichsgoldmünzen gegen Reichsilbermünzen im Betrage von mindestens 200 Mark oder gegen Nickel- und Kupfermünzen im Betrage von mindestens 50 Mark zu verabsolgen.

und 50 Mark ausgegebenen Reichskassenscheine, deren Gesamtbetrag (120 Millionen Mark) dem Betrage des Reichskriegsschatzes entspricht; die Einzelstaaten dürfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes Papiergeld ausgeben.⁵ Die Reichskassenscheine werden bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem Nennwerthe in Zahlung genommen und an der Reichshauptkasse für Rechnung des Reiches jederzeit gegen baares Geld eingelöst. Da sie aber im Privatverkehr nicht in Zahlung genommen zu werden brauchen, so sind sie kein eigentliches Papiergeld.

2. Das Bankwesen.

§ 69. Banken sind Unternehmungen zur Vermittelung des Geld- und Creditverkehrs.

Sie sind theils Einzelunternehmungen von Banquiers, theils gesellschaftliche Unternehmungen (Banken im engeren Sinne), insbesondere Actienunternehmungen. Sie sind ferner theils Privatbanken, theils öffentliche Corporationsbanken, insbesondere Staatsbanken, und zwar theils reine, theils gemischte, jenachdem ihr Grundkapital lediglich aus Staatsmitteln oder zugleich aus Privatmitteln gebildet ist. Die größern Banken lassen sich außerhalb ihres Hauptsitzes durch Zweigniederlassungen (Agenturen, Commanditen, Filialen) in den einzelnen Provinzen oder Städten vertreten. Die deutsche Reichsbank hat außerhalb ihres Hauptsitzes (Reichshauptbank) in Berlin mehr als 200 solcher Zweigniederlassungen (Bankstellen, Haupt- und Nebenstellen) innerhalb des deutschen Reichsgebiets. Bankgeschäftsbetrieb kommt aber nicht nur als selbstständiges Unternehmen, sondern auch als Nebengeschäft anderer Unternehmungen vor, wie wenn z. B. Versicherungsgesellschaften zugleich Bankgeschäfte treiben (Versicherungsbanken).

Mit Rücksicht auf den von ihnen vermittelten Verkehr waren die ältern Banken lediglich Geldbanken. Die modernen Banken dagegen sind vorwiegend Creditbanken. Als solche vermitteln sie zwischen denen, welche verfügbares Kapital haben, und denen, welche es gebrauchen, in der Art, daß sie von den erstern für eigene Rechnung Credit nehmen und an die letztern für eigene Rechnung

⁵ Das erste preussische Papiergeld waren die im J. 1806 mit Zwangscurs ausgegebenen Tresorscheine.

Credit geben. Die Bankcreditgeschäfte sind daher theils Passivgeschäfte, wodurch die Bank Credit nimmt, theils Activgeschäfte, wodurch sie Credit giebt. Der Credit wird entweder auf kurze Zeit genommen und gegeben oder auf längere Zeit.

§ 70. Die Anfänge des Bankwesens sind aus der Verschiedenheit und schlechten Beschaffenheit des mittelalterlichen Münzwesens hervorgegangen. Die ältesten, zuerst in Italien betriebenen Arten des Bankgeschäfts waren der Münzwechsel¹ und das Rimessengeschäft, d. h. die Vermittelung von nach auswärts zu leistenden Zahlungen.

Die Geldwechsler oder Banquiers nahmen in die für ihre Geldvorräthe bestimmten Verschlussräume auch fremde Gelder und Werthsachen auf, die ihnen behufs sicherer Verwahrung übergeben wurden. So entstand das Deposit zur Aufbewahrung.

Eine weitere Ausbildung erfuhr das Depositenwesen durch die Girobanken, die ältesten auf Association gegründeten Banken. Bei diesen deponirten die Theilnehmer, nämlich eine Mehrzahl von Geschäftsleuten desselben Handelsplatzes, edles Metall in vollwerthigen Münzen oder in Barren, um sich auf Höhe ihrer Einlagen Zahlungen durch bloßes Umschreiben (giro) leisten zu können. Die erste Girobank war die von Venedig (1156—1797). Spätere Banken dieser Art waren besonders die Amsterdamer (1609—1820) und die Hamburger (1619—1875).

Als später das Bedürfnis entstand, die eingelegten Gelder auch an Andere als Banktheilhaber zur Zahlung verwenden zu können, schloß sich an das Girogeschäft die Ausstellung von Depositenscheinen (Girozetteln), durch deren Uebertragung der Deponent über seine Einlagen zu Gunsten beliebiger Personen verfügen konnte. (Depositenscheine der Amsterdamer Bank von 1609.)

Indem endlich die Girobank, statt der Depositenscheine über Einlagen einzelner Theilhaber, auf den Inhaber lautende Scheine mit Anweisung auf sich selbst ausgab, in denen sie sich verpflichtete, die darin verschriebene Geldsumme dem Inhaber des Scheines jederzeit baar auszusahlen, entwickelte sich aus der Girobank die Noten-

¹ Mit dem Münzwechsel hängt auch der Name Bank zusammen, indem banco den vom Geldwechsler öffentlich aufgestellten Tisch bedeutete, auf welchem sich die verschiedenen Münzsorten befanden.

oder Zettelbank. Die älteste Zettelbank war die von Genua (1407).

Weiterhin diente zur Entwicklung des Bankwesens besonders die Ersetzung der Giroeinlagen durch Actienkapitalien und der steigende eigene Credit der angesehenen Banken, welcher es ihnen mehr und mehr gestattete, creditweise anvertraute Gelder (Depositengelder) statt der eigenen als Betriebskapital für die von ihnen gegebenen Credite zu benutzen.

§ 71. Die heutigen Bankgeschäfte sind hauptsächlich folgende:

1) Der Handel mit Münzsorten, Edelmetallen, Wechseln und börsengängigen Werthpapieren (Effectenhandel), z. B. mit Staatspapieren (Fondshandel). Ein mit dem Handel in Wechseln, Effecten und andern Curs habenden Waaren in Verbindung stehendes speculatives Geschäft ist die Arbitrage.

Der Arbitrageur vergleicht die gleichzeitigen Cursnotirungen derselben Artikel an verschiedenen Handelsplätzen und zieht aus den localen Preisunterschieden dadurch Gewinn, daß er da kauft, wo sich die Preise am niedrigsten, und da verkauft, wo sie sich am höchsten stellen, eine Operation, wodurch die localen Preisschwankungen der gleichen Artikel wieder ins Gleichgewicht gebracht und nivellirt werden. Besonders wichtig ist die Wechselarbitrage, welche aus der Vergleichung der Wechselcursse ermittelt, durch welche Wechsel eine nach auswärts zu machende Zahlung am vorteilhaftesten bewirkt werden kann (§ 44^b).

2) Das Incasso von fremden Forderungen und andere Commissionen gegen Provision, z. B. Beforgung von Zahlungen, Ein- oder Verkauf von Effecten, Ausstellung oder Accept von Tratten für Andere.

3) Die Annahme von Geld, Werthpapieren und andern Werthsachen als Depositen zur Aufbewahrung oder zugleich zur Verwaltung.

4) Das Depositengeschäft im engeren Sinne, d. h. Annahme von Depositengeldern zur eigenen verzinslichen oder unverzinslichen Benutzung, mit der Verpflichtung, sie entweder auf Verlangen jederzeit oder zu einem bestimmten Termine oder nach vorausbedungenen Kündigungsfristen zurückzuzahlen.

5) Besondere Arten von Depositen sind die Giro- und Girocontocorrentdepositen, womit das Girogeschäft, das Girocontocorrentgeschäft und die Checks zusammenhängen. a) Das Girogeschäft besteht in der Vermittelung von Zahlungen unter Personen, welche bei der gleichen Bank Depositen haben durch bloßes Umschreiben der schuldigen Summe von dem Conto des Einen auf das des Andern. b) Das Girocontocorrentgeschäft besteht in der fortlaufenden Führung der Kassengeschäfte des Deponenten in Einnahme und Ausgabe in der Weise, daß die Bank durch Baareinzahlungen und andere Einlagen (Wechsel etc.), sowie durch fortlaufende Ueberweisung von Activa zum Incasso und Deposit Werthe empfängt und bis zur Höhe des Guthabens des Einlegers seine Zahlungen an Girokunden oder auch an beliebige andere Personen besorgt, daher auch die von ihm acceptirten fälligen Wechsel einlöst, wenn sie durch die Domicillklausel bei ihr zahlbar gemacht sind. Mit dem Contocorrentverhältniß kann eine mehr oder weniger beschränkte Creditgewährung verbunden sein, z. B. durch Wechselaccepte, Garantieindossamente und Ehreninterventionen zu Gunsten des Contocorrentisten. Der Contocorrentcredit heißt ein gedeckter, insofern er durch eingezahlte Depositen gesichert ist, sonst ein offener oder Blancocredit. c) Checks sind schriftliche, auf Sicht zahlbare, auf Namen, Ordre oder den Inhaber lautende Zahlungsanweisungen des Ausstellers auf eine Bank und zwar regelmäßig auf ein Guthaben, welches der Aussteller bei dieser Bank hat. Die Checks entstanden in England in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die große Ausdehnung des Checkverkehrs in England beruht darauf, daß es dort nicht nur bei Geschäftsleuten, sondern auch bei allen wohlhabenden Privatleuten üblich ist, zeitweise entbehrliche Baarmittel bei einem Banquier zu deponiren und durch denselben seine Kassengeschäfte in Einnahme und Ausgabe führen zu lassen, ein Depositenverkehr, welcher in der Art centralisirt ist, daß die Provinzialbanken ihre Baarreserven bei Londoner Bankhäusern und diese wiederum die ihrigen bei der Bank von England deponiren.¹

¹ Die Präsentation der Checks bei der bezogenen Bank erfolgt in England entweder durch den Checkempfänger oder seinen Banquier. Die Präsentation durch einen Banquier kann durch den Check obligatorisch gemacht werden. Er heißt dann mit Rücksicht auf seine Form ein gekreuzter, im Gegensatz

6) Das Lombardgeschäft, d. h. das Darleihen auf Faustpfand,² so der Edelmetalllombard auf Münzen, Barren, Gold- und Silbergeräth, der Waarenlombard auf Waaren oder auf Waaren repräsentirende Documente, wie Vagerscheine (warrants) und Conoffamente, und der Effectenlombard auf Börsenpapiere. — Verwandt mit dem Lombarddarlehn ist das Reportgeschäft, ein Creditgeschäft mit einem Hausspeculanten zur Fortsetzung (Prolongation) seiner Speculation, wenn er hofft, daß ihm der am derzeitigen Ultimo ungünstige Cours am nächsten Ultimo günstig sein werde. Dabei verkauft der Haussier die Papiere, welche er per ultimo abnehmen und bezahlen mußte, per cassa dem Creditgeber und kauft gleichzeitig von ihm per ultimo des nächsten Monats die gleichen Papiere (dieselben oder ebensoviele derselben Gattung) zu einem Course, welcher gewöhnlich höher ist als der Kassencours. Der Gewinn des Creditgebers besteht in dem Zinsgenusse der Papiere, welche er „herein nimmt“ (daher der Name Kofstgeschäft), und in dem vereinbarten Coursaufschlage (Report). Das Reportgeschäft ist ein Bankgeschäft, wodurch kurzer Credit gegeben wird. Dem Reportgeschäft entspricht das Deportgeschäft. Wie jenes die Stelle einer Geldleihe vertritt, so dieses die Stelle einer Effectenleihe an einen Baisspeculanten zur Fortsetzung (Prolongation)

zu einem offenen Cheq. Indem Bankfirmen zugleich als Bezogene und Präsentanten fungiren, entsteht die Möglichkeit die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Checks durch wechselseitige Abrechnung und Ziehung des Salbos abzuwickeln. Dieser Checkverkehr bildet die Grundlage für die Wirksamkeit des Londoner Clearinghouse (§ 52 1). — Die deutsche Reichsbank führt zwei Arten von Checks: weiße, welche auf den Inhaber, und rothe, welche auf Namen lauten. Die erstern enthalten gleich den englischen einen Zahlungsauftrag an die Bank. Die letztern dagegen dienen dem Girocontoverkehr zwischen den Girokunden der Reichsbank in den verschiedenen deutschen Handelsplätzen, an denen diese Bank durch ihre Anstalten vertreten ist, und enthalten demnach den Auftrag des Girokunden eines Platzes, seinem Conto eine gewisse Summe abzuschreiben und dieselbe dem Conto des Girokunden eines andern Platzes zuzuschreiben.

² Der Name Lombardgeschäft kommt daher, weil es zuerst in der Lombardei geübt und dann durch Lombarden auch anderwärts verbreitet wurde. Vorläufer waren die öffentlichen Pfandleihhäuser (montes pietatis, monts de piété), welche bereits im 15. Jahrhundert in Italien mit Hilfe unentgeltlich zusammengebrachter Betriebskapitalien gegründet und durch eine Bulle Leo's X. (1515) von dem canonischen Zinsverbote dispensirt wurden.

seiner Speculation, wenn er eine ihm günstige Cursänderung erwartet. Dabei kauft der Baissier die Effecten, welche er liefern müßte, per cassa vom Creditgeber (nimmt die Papiere herein) und verkauft ihm gleichzeitig per ultimo des nächsten Monats die gleichen Papiere zu einem Kurse, welcher gewöhnlich niedriger ist als der Kassencurs. Der vereinbarte Cursabschlag heißt *Deport*.³

7) Das *Discontogeschäft*, d. h. Kauf eines noch nicht fälligen unverzinslichen Werthpapiers gegen sofortige Zahlung der Summe, worauf es lautet, jedoch unter Abzug eines Zwischenzinses (*Disconto*) für jeden folgenden Tag bis zum Verfalltag. *Discontirt* werden z. B. Wechsel und Zinscheine. Der *Disconto* steigt und fällt mit dem Theurer- und Billigerwerden des Geldes (oben § 50). In der Regel ist er niedriger als der Lombardzinsfuß. Das *Wechseldiscontogeschäft* bezieht sich hauptsächlich auf solche Wechsel, welche aus Anlaß der üblichen Creditirung im Waarengeschäft (oben § 51) auf den Waarenkäufer gezogen werden.⁴

8) Das *Immobiliar- oder Grundcreditgeschäft* der landschaftlichen und städtischen Pfandbriefanstalten und der neuern Hypothekenbanken auf Actien, welche in der Form hypothekarischer Ausleihungen Credit geben und in gleichem Betrage durch die Ausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen (*Hypothekencertificate*) Credit nehmen. Verwandt mit den zuerst in Schlesien von Friedrich II. eingeführten landschaftlichen Creditinstituten („*Landschaften*“) sind die zur Ablösung der Reallasten eingesetzten *Rentenbanken* und die neuerdings zur Förderung landwirthschaftlicher

³ *Report* und *Deport* bedeuten außer dem als Vergütung dienenden Cursaufschlage bez. Abschlage auch den Unterschied zwischen dem jeweiligen Kassencurse und dem höhern bez. niedrigeren Ultimocurse eines Papiers.

⁴ Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche werden Wechsel, welche innerhalb des Bezirks der discountirenden Bank zahlbar sind, „*discountirt*“ und *Discontowechsel* genannt. Wechsel dagegen, welche an einem auswärtigen (in- oder ausländischen) Orte zahlbar sind, werden als Zahlungsmittel (*Rimesse*nwechsel) „*ge- oder verläuft*“, insbesondere Wechsel auf das Ausland (*Devisen*). Die deutsche Reichsbank unterscheidet: 1) *Platzwechsel*, welche im Bezirke der discountirenden Bankanstalt zahlbar sind; 2) *Rimessewechsel*, welche an einem andern deutschen Bankplatze zahlbar sind; 3) *Devisen* oder fremde Wechsel, welche außerhalb Deutschlands zahlbar sind. Beim Kauf und Verlaufe der Devisen wird der *Disconto* nicht vom Nenn-, sondern vom Curswerthe berechnet.

Meliorationen organisirten Landescultur-Rentenbanken. Die Renten- und Landescultur-Rentenbriefe dieser Banken entsprechen den landschaftlichen Pfandbriefen.

9) Mobiliarcreditgeschäfte sind Speculationsgeschäfte, z. B. Börsenspeculationen, Uebernahme und Unterbringung öffentlicher Anleihen (unten § 81), Gründung von großen Unternehmungen (besonders von Actiengesellschaften) und Creditgewährung an solche. Die vorzugsweise für solche Geschäfte gegründeten Speculationsbanken auf Actien heißen *Crédits mobiliers* oder Creditbanken im engeren Sinne. Die erste dieser Actienunternehmungen war der von den Gebrüdern Pereire (1852) gegründete Pariser *Crédit mobilier*, dessen Vorbild die preussische Seehandlung war (§ 41³).

10) Ein insgemein von einer besondern staatlichen Ermächtigung abhängiges Bankgeschäft ist das Zettelgeschäft, d. h. die Emission von Banknoten (Zetteln). Insofern diese von der Bank auf Verlangen jederzeit gegen Baar einzulösen sind, ist die Banknotenemission, ebenso wie die Annahme von jederzeit rückzahlbaren Depositen, ein Passivgeschäft, wodurch kurzer Credit genommen wird.

Die Banken benennen sich gewöhnlich nach einem besondern Activgeschäft, z. B. Disconto- oder Wechselbanken, Lombardbanken u., oder nach einem besondern Passivgeschäft, z. B. Depositenbanken, Noten- oder Zettelbanken u. Als Creditvermittlerin muß aber jede Bank zugleich Passiv- und Activgeschäfte treiben, und wird durch erstere nur kurzer Credit genommen, so kann durch letztere auch nur kurzer Credit gegeben werden. So nehmen Depositenbanken durch Annahme von Depositen und Zettelbanken eben dadurch und durch Emission von Banknoten kurzen Credit und geben solchen durch möglichst sichere und schnell realisirbare Geschäfte. Solche sind besonders das Wechseldisconto und kurzfristige Lombarddarlehen. Dagegen sind z. B. Effecten und Hypothekenforderungen keine geeigneten Activa zur vollen Sicherung von Depositen und andern einer leicht liquiden Deckung bedürftigen Passiva.

Der Mehrbetrag der an den Activgeschäften verdienten Zinsen über die für die verzinslichen Depositen zu entrichtenden bildet den Gewinn der Bank. Doch kann die Bank nicht bis zur vollen Höhe ihrer Passivgeschäfte auch Activgeschäfte treiben, sondern muß

einen gewissen Theil der ihr zur Verfügung gestellten Mittel reserviren, um für den Fall gedeckt zu sein, daß zeitweise die Zahlungsanforderungen ihrer Gläubiger einen größern Umfang annehmen sollten als die gerade fälligen Rückzahlungen der Bankschuldner. Hat die Bank durch eine solche Reserve die jederzeitige Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gesichert, so kann sie auch noch durch verzinssliche Anlage ihres eigenen Grundkapitals Gewinn machen. Das Grundkapital einer Actienbank und der allmählig aus zurückgelegten Gewinntheilen gebildete Reservefond (z. B. $\frac{1}{4}$ des Grundkapitals) nehmen auf diese Weise den Charakter von Garantiefonds an.

§ 72. Die von den Zettelbanken ausgestellten Banknoten sind an und für sich auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen, worin die Bank einen bestimmten runden Geldbetrag auf Sicht zu zahlen verspricht. Als jederzeit zum vollen Nennwerth von der Bank einzulösende und in Zahlung anzunehmende Geldpapiere erscheinen sie den auf ihre jederzeitige Einlösbarkeit Vertrauenden so gut als Geld (Creditgeld), wie denn auch die Bank damit statt baaren Geldes Geschäfte macht (z. B. Wechsel discountirt, Lombarddarlehen giebt, Depositen zurückzahlt) und dabei darauf rechnet, daß die ausgegebenen Noten auch in weitem Kreise als Zahlungsmittel von Hand zu Hand gehen werden, statt zur Einlösung präsentirt zu werden. Eine rechtliche Anerkennung ihres geldartigen Charakters liegt insbesondere darin, daß deren Annahme als definitive Zahlung, nicht als bloße Annahme an Zahlungsstatt behandelt, und daß wegen verlornen oder zu Grunde gegangener Banknoten kein Amortisationsverfahren gestattet wird. Sie werden zu eigentlichem Papiergeld, wenn sie trotz eingetretener Uneinlösbarkeit als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen werden müssen.

Insofern nun eine Bank nicht zu besorgen braucht, daß ihr je alle Noten auf einmal zur Einlösung präsentirt werden könnten, sondern darauf rechnen kann, daß ihre Noten vermöge ihres Credits und ihrer Verbreitung wenigstens zu einem gewissen Theil dauernd als Zahlungsmittel im Verkehr bleiben werden, ist eine solche Bank wohl auch im Stande, mehr Noten auszugeben, als sie mit ihren baaren Geldkapitalien zu decken vermag, woraus für die Bankeigenthümer (Bankactionäre) der Vortheil eines unverzinslichen Betriebskapitals erwächst. Man will erfahrungsmäßig wissen, daß der dreifache Betrag des baaren Bankvorraths in Banknoten aus-

gegeben werden könne, ohne daß, wenigstens für gewöhnlich, die Bank riskire, wegen der an sie gestellten Einlösungsforderungen in Verlegenheit zu gerathen.

Die der Ausgabe oder doch der Zuvielausgabe von Banknoten zur Last gelegten wirklichen oder vermeintlichen Nachtheile und Gefahren sind namentlich folgende: Verdrängung des Metallgeldes durch das Banknotenpapiergeld; Ueberproduction und Ueberspeculation durch übermäßige Creditgewährung; Steigerung der Waarenpreise durch Vermehrung der Umlaufsmittel.¹ Dergleichen Bedenken und die häufige Entartung der Banknoten in uneinlösliches Papiergeld haben die Theorie des Zettelbankwesens sehr streitig gemacht. Streitig sind insbesondere folgende Fragen: 1) Sind Banknoten überhaupt wirtschaftlich nothwendig oder nicht vielmehr entbehrlich und schädlich? 2) Soll das Zettelbankgeschäft ein freies Bankgeschäft sein oder an eine Staatsconcession gebunden werden (Zettelbankfreiheit oder Bankmonopol)? 3) Soll nur eine einzige Bank im Staate als Zettelbank concessionirt oder Concurrenz zugelassen werden (Bankeinheit oder Bankvielfalt)? 4) Soll die Centralbank eine reine Staatsbank sein oder wenigstens unter staatlicher Aufsicht und Leitung stehen oder von der Staatsregierung ganz unabhängig sein? 5) Welche Pflichten sind den Notenbanken aufzuerlegen? Diese Frage bezieht sich namentlich auf die Größe der Notenemission und auf die Deckung (Fondation) der Noten, d. h. die Sicherung ihrer jederzeitigen Einlösbarkeit. Die heutige Bankgesetzgebung hat sich mit Bejahung der Bedürfnisfrage fast überall zu Gunsten der Centralisation des Bankwesens, anderseits gegen reine Staatsbanken entschieden, den Centralbanken ein ziffermäßig nicht beschränktes Recht der Notenemission gewährt und zwar nirgends volle Baardeckung verlangt, im Uebrigen aber verschiedene Deckungsmethoden befolgt.

Die bedeutendste Zettelbank, die Bank von England, ist eine Actienbank, deren Verwaltungspersonal von den Actionären

¹ Ausgehend von der Gleichheit von Münze und Banknote will die Quantitätstheorie von Ricardo allgemeine Preisänderungen der Waaren und Edelmetalle aus dem mit dem Quantum der Noten wechselnden Werthe derselben erklären, Preissteigerungen aus der Quantitätsvermehrung (Werthminderung), Preisrückgänge aus der Quantitätsverminderung (Wertherhöhung) der Banknoten.

aus der Zahl der angesehensten Kaufleute gewählt wird. Sie wurde gegründet (1694), um der Regierung ein Darlehn zu machen. Diese Darlehnsforderung der Bank an die Regierung sammt einigen andern öffentlichen Obligationen bildet ihr Grundkapital (zusammen 15 Millionen Pfd. Sterl.). Ihre neueste Verfassung beruht auf der Peel'schen Bankacte (1844). Dieselbe bestimmt, daß die Notenausgabe und das sonstige Bankgeschäft durch zwei getrennte Abtheilungen der Bank verwaltet werden sollen, und daß Noten ohne volle baare Deckung höchstens bis zum Betrage des erwähnten Grundkapitals, darüber hinaus aber nur gegen Hinterlegung eines gleich großen Betrags an Münze oder Barren ausgegeben werden dürfen. (System der directen Contingentirung der Noten ohne volle Baardeckung durch eine feste Maximalgrenze). Sollen ausnahmsweise über den gesetzlichen Maximalbetrag hinaus Noten ohne volle Baardeckung ausgegeben werden, so ist dazu eine Suspension der Bankacte durch die Regierung erforderlich, welche bisher dreimal stattgefunden hat (in den Krisen von 1847, 1857 und 1866). Ein Privilegium der Bank ist unter andern, daß ihre Noten, so lange sie einlösbar sind, als gesetzliches Zahlungsmittel (legal tender) gleich dem Golde gelten.²

Von den deutschen Zettelbanken war die älteste die Preussische Bank (seit 1765), zunächst eine reine Staatsbank, später (seit 1846) eine gemischte Actienbank mit Staatsverwaltung. Ihr Recht der Notenausgabe war durch keine bestimmte Maximalgrenze beschränkt; nur mußte mindestens $\frac{1}{3}$ der in Umlauf gesetzten Noten

² Die theoretische Grundlage der Peel's Acte ist die sog. Currenctheorie von John Loyd (später Lord Overstone). Dieselbe nimmt mit Ricardo an, daß Münze und Banknote Umlaufsmittel von gleicher Art und Wirkung seien (metallic and paper currency), sucht auch mit Ricardo die Ursache allgemeiner Preisänderungen in der vorangegangenen Vermehrung oder Verminderung des Notenquantums und fordert, daß die Summe der Banknoten sich fortlaufend nach der Größe des Metallgeldvorraths zu richten habe, also nur gleichzeitig und gleichmäßig mit dem letztern vermehrt werden dürfe und ebenso gleichzeitig und gleichmäßig mit letzterem vermindert werden müsse.

Das gerade Gegentheil dieser Theorie ist die Lehre, daß die Banknotenausgabe die Natur einer gewöhnlichen Bankcreditoperation habe und daß daher der Umfang des Notenumlaufs, ebenso wie der des Creditverkehrs überhaupt, seinen natürlichen Regulator an dem wechselnden Bedürfnis des Geschäftslebens habe (banking principle).

in baarem Gelde, der Rest in discountirten Wechseln und Lombardforderungen gedeckt sein. Die Noten hatten zwar im Privatverkehr keinen Zwangscours, mußten jedoch nicht nur an allen Kassen der Bank, sondern auch an allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden. Außer dieser Centralbank gab es in Preußen noch 12 Privatnotenbanken, deren Notenausgabe jedoch beschränkt war und den Betrag des eingezahlten Actienkapitals nicht überschreiten durfte. Im Ganzen gab es bis 1874 in Deutschland 33 Notenbanken, deren Statuten zwar in Bezug auf das System der baaren Dritteldeckung übereinstimmten, im Uebrigen aber sehr verschieden waren.

§ 73. Das deutsche Reichsbankgesetz (v. 14. März 1875) hat das Zettelbankwesen in folgender Weise geregelt: I. Die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten kann nur durch Reichsgesetz erworben werden. II. Die bisherige Preussische Bank ist in eine deutsche Reichsbank verwandelt worden. Die übrigen bei Erlass des Gesetzes zur Notenausgabe befugt gewesenen 32 Landesbanken wurden zwar neben der Reichs-Centralbank noch als Privatnotenbanken beibehalten, sollten aber mit ihrem Geschäftsbetriebe und ihrem Notenumlaufe auf das Gebiet des Einzelstaates, von dem sie ihre Concession erhalten, beschränkt sein, sofern sie nicht bis zu einem bestimmten Termine (1. Januar 1876) sich gewissen Normativbedingungen (§ 44 des Ges.) unterwerfen und gewisse Nachweise (§ 45 des Ges.) liefern würden. III. Allen Notenbanken gemeinsam ist 1) die Verpflichtung, ihre Noten sofort voll einzulösen, sie an ihrem Hauptsitze und an allen ihren Zweiganstalten voll in Zahlung anzunehmen und für beschädigte (nicht aber für vernichtete oder verlorne) Ersatz zu leisten; 2) das Verbot, Wechsel zu acceptiren, Zeitgeschäfte zu machen oder sich dafür zu verbürgen; 3) die Pflicht, wöchentlich den Stand ihrer Activa und Passiva, alljährlich die Bilanz sowie den Abschluß des Gewinn- und Verlustcontos zu veröffentlichen; 4) die Pflicht, für Noten ohne volle Baardeckung, welche sie über ein gewisses Quantum hinaus ausgeben, eine Steuer von 5% an die Reichskasse zu entrichten. IV. Das Quantum der Noten ohne volle Baardeckung, welche steuerfrei ausgegeben werden dürfen, beträgt, für alle Banken zusammen genommen, 385 Millionen Mark. Dieser Gesamtbetrag wurde im Anhange des Gesetzes auf die Reichsbank und

die 32 Privatnotenbanken zu bestimmten Antheilen repartirt. Der der Reichsbank zugewiesene Antheil (250 Mill. Mk.) hat sich aber seitdem vergrößert (laut Bekanntmachung v. 14. Jan. 1891 bis auf 292 117 000 Mk.), auf Grund der gesetzlichen Anordnung, daß, wenn eine Privatbank ihr Notenausgaberecht durch Verzicht zc. verliert, ihr steuerfreier Normalbetrag dem Antheile der Reichsbank zuwachsen soll. Der fünfprocentigen Steuer unterliegt hienach derjenige Notenumlauf einer Bank, welcher ihren Baarvorrath und den ihr zugewiesenen Normalbetrag übersteigt.¹ In Bezug auf die Ausgabe von Banknoten über den Baarvorrath hinaus ist überdies der Reichsbank und allen Banken, welche ihre Wirksamkeit nicht auf ihr Concessionsgebiet beschränken wollen, zur Pflicht gemacht, $\frac{1}{3}$ ihres gesammten Notenumlaufs in Baar und den Rest in discountirten bankfähigen Wechseln als Deckung bereit zu halten.² Das Bankgesetz verbindet sonach das System der sog. indirecten Contingentirung der Noten ohne volle Baardeckung mit dem System der Dritteldeckung. V. Die Reichsbank hat ihren Hauptsitz in Berlin, kann aber aller Orten im Reiche Zweiganstalten errichten. Sie ist gleich der ehemaligen Preuß. Bank, deren Nachfolgerin sie ist, eine Actienbank (mit 120 Millionen Mark Grundkapital). Sie steht aber, um eine im öffentlichen Interesse zu handhabende Geschäftsführung zu sichern, unter der Leitung und Oberaufsicht des Reiches.³ Auch ist dem Reiche ein Antheil am Gewinne der Bank und ein eventuelles Recht zur Uebernahme der Bank vorbehalten.⁴ Die Auf-

¹ Unter Baarvorrath begreift hier das Gesetz folgende Bestände der Bankkasse: 1) deutsches Geld (incl. Reichskassenscheine); 2) Gold in Barren oder ausländischen Münzen; 3) die vorhandenen Noten anderer deutscher Banken.

² Unter dem zur baaren Dritteldeckung erforderlichen Baarvorrath begreift das Gesetz nur die Bestände der Bankkasse an deutschem Gelde (incl. Reichskassenscheine) und an Golde in Barren oder ausländischen Münzen, nicht aber den in der Bankkasse vorhandenen Betrag in Noten anderer deutscher Banken. — Bankfähig oder bei der Reichsbank discountirbar sind nur solche Wechsel, welche eine Verfallzeit von höchstens 3 Monaten haben und aus welchen 3, mindestens aber 2 als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften.

³ Die Leitung wird durch das Bankdirectorium, die Oberaufsicht durch das Bankcuratorium ausgeübt. Organ der Bankactionäre sind die Generalversammlung und der Aufsichtsrath (Centralausschuß), aus welchem alljährlich ein aus 3 Mitgliedern bestehender Controllausschuß gewählt wird.

⁴ Das Bankgesetz von 1875 bezieht dem Reiche das Recht vor am 1. Jan. 1891 und alsdann nach vorausgegangener einjähriger Kündigung von 10 zu

gabe der Bank besteht im Allgemeinen darin, den Geldumlauf zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutz-
barmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen. Ihr Geschäftskreis
ist auf folgende Geschäftszweige beschränkt: 1) Handel mit Gold und
Silber; 2) Handel mit bankfähigen Wechseln; 3) Lombardvor-
schüsse auf bestimmte Sicherheiten; 4) Handel mit lombardirbaren
Schuldverschreibungen; 5) Incasso und Beforgung von Zahlungen
nach vorheriger Deckung; 6) Commissionshandel mit Effecten und
Edelmetallen nach vorheriger Deckung; 7) Annahme von De-
positen und Giroeinlagen, so jedoch, daß die Summe der verzins-
lichen Depositen das Grundkapital und den Reservefond nicht über-
steigen darf; 8) Verwahrung und Verwaltung von Werthgegen-
ständen. Verpflichtet ist die Bank, ohne Entgelt für Rechnung des
Reiches Zahlung anzunehmen und bis auf Höhe des Guthabens
zu leisten, und berechtigt, diese Kassengeschäfte auch für die Bundes-
staaten zu übernehmen. Die Verpflichtung, ihre Betriebsmittel in
keinen andern als in den oben unter Nr. 1–4 erwähnten Activ-
geschäften anzulegen, gilt im Allgemeinen auch für die Privatnoten-
banken als Bedingung der allgemeinen Umlaufsfähigkeit ihrer Noten.
VI. Banknoten dürfen nicht in kleineren Abschnitten als in
Appoints zu 100 Mark ausgegeben werden. Die in Gemäßheit des
Gesetzes ausgegebenen Noten der Reichsbank und derjenigen Banken,
welche sich den dafür aufgestellten Bedingungen unterworfen
haben (oben Nr. II), sind zwar im ganzen Reiche umlaufsfähig
und zu Zahlungen brauchbar, haben aber keinerlei Zwangscurs,
und es soll eine Verpflichtung zur Annahme auch für Staatskassen
durch Landesgesetz nicht begründet werden dürfen.

3. Staatssteuern und Zölle.

§ 74. Die Quellen der ordentlichen Staatseinnahmen sind
theils Domänen, Regalien und andere eigene Erwerbseinkünfte
des Staates (oben § 41 Nr. 4), theils Abgaben aus dem Ver-
mögen der Einzelnen an den Staat, und zwar entweder Gebühren,
d. h. Gegenleistungen der Einzelnen für besondere in ihrem Einzel-

10 Jahren die Reichsbank zu übernehmen. Von dem Rechte der Uebernahme
am 1. Jan. 1891 ist kein Gebrauch gemacht, sondern nur der Gewinnantheil
des Reiches erhöht worden. (Gef. v. 18. Dec. 1889).

interesse erfolgende staatliche Leistungen, oder Steuern, d. h. allgemeine Zwangsbeiträge zur Deckung der Staatsausgaben, deren Tragung eine allgemeine gesetzliche Pflicht, für die Staatsangehörigen insbesondere eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht ist. Im Verhältniß zu den andern ordentlichen Einnahmen sind die Steuern eine grundsätzlich subsidiäre Einnahmequelle, durch welche aber im modernen Staate der größte Theil des Staatsbedarfs gedeckt werden muß. Soweit die ordentlichen Einnahmen nicht ausreichen, kommt als Mittel zur Deckung eines außerordentlichen Bedarfs die Benutzung des Staatscredits in Betracht.

§ 75. Grundregel der Besteuerung ist, daß nicht das Vermögen selbst, sondern nur das Einkommen Quelle und Maßstab der Besteuerung sein soll.¹ Eine Ausnahme von dieser Regel wird bei Erbschaftsteuer gemacht.

Mit Rücksicht auf das Steuerobject unterscheidet man die allgemeine Einkommensteuer, die Ertragssteuern von den einzelnen Einkommenszweigen (Grund-, Kapital- und Arbeitsrente) und die Verbrauchssteuern von gewissen Verbrauchsartikeln. Die allgemeine Einkommenbesteuerung erfolgt in Preußen durch die Klassen- und Einkommensteuer. Ertragssteuern sind in Preußen die Grund- und Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer. Die Verbrauchssteuern zerfallen in Verbrauchssteuern im engeren Sinne (innere Verbrauchssteuern) und Grenzzölle, jenachdem die steuerpflichtigen Artikel in- oder ausländischen Ursprungs sind. Innere Verbrauchssteuern sind die von Bier, Branntwein, Rübenzucker, Salz und Tabak. Die Salzsteuer ist eine Lebensmittel-, die übrigen sind Genußmittelsteuern. Die eben aufgezählten Verbrauchssteuern und die Grenzzölle sind Reichssteuern.

Nach welchem Kriterium directe und indirecte Steuern zu unterscheiden sind, ist streitig. In der Theorie findet man den Unterschied vorwiegend in der Art der Erhebung, d. h. darin, ob die Steuer unmittelbar bei demjenigen, der sie auch tragen soll, erhoben wird oder bei einem Andern, von welchem vorausgesetzt wird, daß er sie auf die eigentlichen Steuerträger (die Consumenten) durch Preisaufschlag beim Verkaufe überwälzen und sich so für den von

¹ Ueber die berühmten vier Steuerregeln Ad. Smith's s. oben § 17 Nr. 4.

ihm geleisteten Steuervorschuß schadlos halten werde. Die Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern werden allgemein zu den directen, die oben erwähnten inneren Verbrauchssteuern und die Grenzzölle zu den indirecten Steuern gezählt. Fraglich ist insbesondere, unter welche Kategorie die Stempelsteuer und die Erbschaftsteuer zu stellen sind. Im preussischen Staatshaushaltsetat stehen sie unter den indirecten Steuern.

Die directen Steuern theilt man, jenachdem der Gesamtbeitrag der aus der Steuer zu ziehenden Staatseinnahme gesetzlich vorausbestimmt (contingentirt) ist oder nicht, in Repartitions- und Quotitätssteuern. Bei den erstern setzt das Gesetz die Gesamtsumme fest, welche die Steuer einbringen muß, diese Summe wird auf die Steuerpflichtigen umgelegt und aus dieser Umlegung ergibt sich schließlich der Steuerfuß, nach welchem der einzelne Steuerpflichtige zu leisten hat. Bei den Quotitätssteuern wird umgekehrt der Steuerfuß gesetzlich vorausbestimmt, und der wechselnde Gesamtbeitrag der Steuer stellt sich erst später heraus. In Preußen ist die Grundsteuer und war früher (bis 1883) auch die Klassensteuer contingentirt.

§ 76. Was die einzelnen preussischen Staatssteuern betrifft, so werden 1) die Klassen- und Einkommensteuer¹ jetzt beide von dem jährlichen, speciell festzustellenden Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen erhoben. Unterschiede zwischen beiden Arten der Einkommenbesteuerung: a) Klassensteuer wird von denen erhoben, welche ein Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk., Einkommensteuer dagegen von denen, welche ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mk. haben. Die unterste der 12 Klassensteuerstufen war ursprünglich ein Jahreseinkommen von 420 Mk. Nach Aufhebung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer (Ges. v. 26. März 1883) beginnt die Klassensteuerpflicht erst bei einem Jahreseinkommen von mehr als 900 Mk. b) Der Jahresatz der Einkommensteuer ist 3%, der der Klassensteuer ist geringer (der jährliche Steuerbeitrag in der obersten, also 12. Klassensteuerstufe 72 Mk., in der untersten Einkommensteuerstufe dagegen 90 Mk.). c) Die Klassensteuer ist eine Progressivsteuer, indem sie mit der Höhe des Einkommens im Procentsatz steigt, während die Einkommensteuer gleich-

¹ Begründet durch Ges. v. 1. Mai 1851, reformirt in Verbindung mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer durch Ges. v. 25. Mai 1873.



mäßig 3% beträgt. d) Die Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse (Kinderzahl, Krankheit u. dgl.) ist nur für Klassensteuerpflichtige und die Einkommensteuerpflichtigen der fünf untersten Stufen gestattet. Auch wurde durch das genannte Gesetz v. 1883 bestimmt, daß für Klassensteuerpflichtige und die Einkommensteuerpflichtigen der beiden untersten Stufen einzelne Monatsraten außer Hebung bleiben sollen.²

2) Die Grundsteuer³ ist eine auf eine bestimmte Gesamtsumme (39,600,000 Mk.) contingentirte Steuer. Der Steuerfuß wurde durch Umlegung dieser Summe auf den katastrirten Reinertrag der Grundstücke gefunden und berechnet sich danach zu 9 und 10% des Reinertrags.

3) Die Gebäudesteuer⁴ beträgt bei Wohngebäuden 4, bei andern Gebäuden 2% des jährlichen Nutzungswerths, welcher alle 15 Jahre von Neuem festgestellt wird.

4) Die Gewerbesteuer⁵ zerfällt in die Steuer vom stehenden Gewerbe und vom Gewerbebetriebe im Umherziehen. a) Bei der Veranlagung der Gewerbesteuer für die stehenden Gewerbe unterscheidet das Gesetz nach Ort, Art und Umfang des Gewerbebetriebs: Gewerbesteuerabtheilungen (große Städte, mittlere, kleine, kleinste nebst dem platten Lande) und innerhalb der Abtheilung Gewerbesteuerklassen (Großhandel, Mittelhandel, Kleinhandel,

² In der Landtagsession 1890/91 hat die preussische Regierung Gesetzentwürfe betr. die Klassen- und die klassificirte Einkommensteuer, sowie betr. die Gewerbesteuer vorgelegt, welche eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast, Erleichterung der minder steuerfähigen Klassen und stärkere Heranziehung der großen Einkommen bezwecken. Steuerfrei bleiben wie bisher nur die Einkommen bis zu 900 Mk. Der Zahressatz von 3% soll in Zukunft erst bei einem Jahreseinkommen von 9500 Mk. beginnen; von diesem Einkommen abwärts aber soll sich der Zahressatz degressiv bis auf 0,62% für die kleinsten Einkommen vermindern. Der Ersatz für die Erleichterungen wird in der gerechtern Einschätzung gesucht, welcher nunmehr die zur Pflicht gemachte Selbstdeklaration der Steuerpflichtigen zur Grundlage dienen soll. Der von der gerechten Heranziehung der größern und größten Einkommen erwartete Mehrertrag soll zur Erleichterung der mittlern und niedern Einkommensteuerstufen verwendet werden.

³ Ges. v. 21. Mai 1861.

⁴ Gleichzeitig mit der Neuregulirung der Grundsteuer durch Ges. v. 24. Mai 1861 eingeführt.

⁵ Grundlage das Ges. v. 30. Mai 1820.

Gast- und Schankwirthschaft, Handwerk, Transportgewerbe) und innerhalb der Klasse Gewerbesteuerstufen (Mittel- und niedrigste Steuersätze). Die von jeder Klasse innerhalb der Abtheilung dem Staate zu leistende Gesamtsteuersumme wird durch Multiplication des Steuermittelsatzes mit der Zahl der betreffenden Gewerbetreibenden gefunden. Die Repartition der Gesamtsumme auf die einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt unter theilweiser Mitwirkung derselben in der Art, daß mit Rücksicht auf den geringern oder größern Umfang ihres Betriebs Einzelne weniger, Andere umgekehrt entsprechend mehr als den Mittelsatz zu zahlen haben. So erscheint die Steuer zugleich als Repartitions- und als Quotitätssteuer.

b) Die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen hat gesetzlich bestimmte Sätze (regelmäßig 48 Mk.) und wird durch die Lösung eines Gewerbebescheins, also alljährlich im Voraus entrichtet.⁶

Besondere Arten von Gewerbesteuern sind die Bergwerksabgaben⁷ und die Eisenbahnabgabe,⁸ erstere nach dem Rohproduct, letztere progressiv nach dem Reinertrag bemessen.

5) Die Stempelsteuer⁹ ist eine Verkehrssteuer, welcher gewisse Schriftstücke, z. B. Concessionsgesuche und Concessionen, Pässe, Legitimationspapiere, Patente, Verträge und Testamente unterliegen. Sie wird unter Anwendung oder Cassirung von Stempelpapier oder Stempelmarken entrichtet und bemißt sich theils nach allgemeinen Sätzen (gemeiner oder Klassenstempel), theils nach dem Werth, welchen der Gegenstand des steuerpflichtigen Geschäfts hat (Werthstempel).

6) Die Erbschaftssteuer¹⁰ ist eine Vermögenssteuer, welche

⁶ Der oben Note 2 erwähnte Gewerbesteuer-Gesegentwurf reformirt nur die Steuer vom stehenden Gewerbe. Die dabei bis jetzt gebrachte Eintheilung der Gewerbe in Abtheilungen und Klassen ist durch eine neue Eintheilung in 4 Gewerbesteuerklassen ersetzt, welche in erster Linie nach dem Ertrage des Gewerbebetriebes, in zweiter nach dem Anlage- und Betriebskapital abgegrenzt werden. Beibehalten ist das System der Untervertheilung unter die einzelnen Steuerpflichtigen jeder Klasse, unter Mitwirkung derselben nach mittlern, Maximal- und Minimalsätzen. Befreit von der Gewerbesteuer sind Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 Mk., noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 Mk. erreicht.

⁷ Begründet durch Ges. v. 12. Mai 1851.

⁸ Ges. v. 30. Mai 1853.

⁹ Grundlage das Ges. v. 22. März 1822.

¹⁰ Ges. v. 30. Mai 1873.

je nach dem Grade der Verwandtschaft 1—8% der Erbschaft beträgt. Befreit sind Ascendenten, Descendenten und Ehegatten.

§ 77. Die einzelnen Reichssteuern sind abgesehen von den Grenzzöllen theils Stempelsteuern, theils innere Verbrauchssteuern.

Reichsstempelsteuern sind: 1) die Wechselstempelsteuer, ein Werthstempel; 2) die Spielfartensteuer, eine bei der Herstellung oder Einfuhr erhobene Steuer; 3) die Börsensteuer, eine procentuale Steuer von Actien-, Renten- und Schuldverschreibungen, von Kauf- und Anschaffungsgeschäften, sowie von Lotterielooseen. Der Reinertrag aus der Börsensteuer ist den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer Matricularbeiträge zu überweisen.¹

Die inneren Verbrauchssteuern des Reiches sind nach folgenden Grundsätzen geordnet. 1) Die Salzsteuer (Ges. v. 12. Oct. 1867) von dem im Inlande producirten Salz und der Salzzoll von dem aus dem Auslande eingeführten Salz vertreten die Stelle des bis dahin (1867) üblich gewesenen Salzhandelsmonopols. Beide werden in gleichem Betrage nach dem Gewicht des Products erhoben. Frei bleibt das zur Ausfuhr, zu landwirthschaftlichen oder gewerblichen Zwecken bestimmte Salz. 2) Die Rübenzuckersteuer (Ges. v. 1. Juni 1886 und v. 9. Juli 1887) ist eine Materialsteuer vom Gewicht der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben; daneben wird eine Consumsteuer von dem in den freien Verkehr tretenden Zucker erhoben. 3) Die Branntweinsteuer wurde zuerst (Ges. v. 30. Mai 1873) theils als Maischraumsteuer von Branntwein aus mehligten Stoffen (Getreide, Kartoffeln), theils als Materialsteuer bei Branntwein aus nicht mehligten Stoffen (Obst, Treber) erhoben. Jetzt (Ges. v. 24. Juni 1887) besteht daneben eine Consumsteuer, welche von dem aus der Steuercontrole in den freien Verkehr tretenden Branntwein erhoben wird. 4) Die Brau- oder Biersteuer (Ges. v. 31. Mai 1872) wird nach dem Gewicht der zum Brauen verwendeten Gegenstände erhoben. In Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen wird die Steuer als Landessteuer entrichtet und im Verkehr mit dem übrigen Deutschland eine Uebergangsabgabe (Ausgleichungszoll)

¹ Wechselstempelges. v. 10. Juni 1869 und v. 4. Juni 1879, Spielfartensteuerges. v. 3. Juli 1878, Börsensteuerges. v. 1. Juli 1881 und v. 29. Mai 1885.

erhoben. 5) Die Tabaksteuer (Ges. v. 16. Juli 1879) wurde im J. 1879 gleichzeitig mit dem Tabakzoll beträchtlich gesteigert. Eine weitergehende Besteuerung in der Form eines Reichstabaksmonopols wurde vom Reichstage abgelehnt. Die Tabaksteuer wird nach dem Gewicht der zur Fabrikation bereiteten Blätter erhoben, ausgenommen für kleine Tabaksfelder unter 4 Ar, wo sie nach dem Raume der Anbaufläche erhoben wird.

§ 78. Was die Grenzzölle anlangt, so hat die jetzige Verfassung des deutschen Zollwesens folgende Vorgeschichte. Nachdem Preußen durch Verträge mit den benachbarten Kleinstaaten (zuerst 1819 mit Schwarzburg-Sondershausen) die eingeschlossenen Gebiete theile derselben seinem Zollgebiete einverleibt hatte, schloß es mit Hessen-Darmstadt einen Zollvertrag (1828), welcher die Grundlage für alle folgenden Zollvereinigungen wurde. Im Jahre 1833 erweiterte sich der preussisch-hessische Verein durch den Beitritt des bayrisch-württembergischen und des thüringischen Zollverbands zum Deutschen Zoll- und Handelsverein, welcher am 1. Jan. 1834, zunächst auf die Dauer von 8 Jahren, in Kraft trat.¹ Dem Vereine gehörten damals 18 Staaten an, später aber, nachdem zuletzt (1852) auch der hannover-oldenburgische Steuerverein beigetreten war, sämtliche Einzelstaaten des Deutschen Bundes mit Ausnahme Oesterreichs, Mecklenburgs, Holsteins und der Hansestädte. Der Zollverein war ein kündbarer, alle 12 Jahre wieder zu erneuernder Verein.² Zweck des Vereins war die Beseitigung der inneren Zollschranken (Binnenzölle) durch Zölle an der gemeinsamen Außengrenze nach gleichen Grundsätzen und einem gleichen Tarif. Die für gemeinschaftliche Rechnung erhobenen Grenzzölle wurden unter die Vereinsstaaten nach Verhältniß der Bevölkerung vertheilt. Organ des Vereins war die alljährlich aus Regierungsbevollmächtigten zusammentretende Generalconferenz, auf welcher in allen wichtigen Angelegenheiten Beschlüsse nur mit Einstimmigkeit zu Stande kommen konnten. Nachdem am 1. Juli 1867 die Ver-

¹ Als Gründer des Zollvereins sind folgende preussische Staatsmänner anzusehen: v. Moß (Finanzminister 1825—30), Maassen (Finanzminister 1830) und neben beiden L. Kühne (Generalstenerdirector 1842—49), welcher den Zollvereinsvertrag mit Hessen-Darmstadt abschloß.

² Die erste 12jährige Vertragsperiode war 1842—53, die zweite 1854—65, die nächste sollte von 1866—77 dauern (Zollvereinsvertrag v. 16. Mai 1865).

fassung des Norddeutschen Bundes in Kraft getreten war, wurde der Zollverein mit den vier selbständig gebliebenen Staaten auf 12 Jahre erneuert (Vertrag v. 8. Juli 1867), die Generalconferenz aber durch neue Organe (Zollpräsidium, Zollbundesrath und Zollparlament) ersetzt. Mit dem Beitritte der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde durch die sog. Novemberverträge v. 1870 und mit der Feststellung der deutschen Reichsverfassung v. 16. April 1871 wurde die jetzige Zollverfassung begründet.

Das Deutsche Reich bildet verfassungsmäßig ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Zollausschlüsse, d. h. Reichsgebiete, welche nicht zum Zollverbände gehören, sind einige kleine Freigeiete in Preußen, Oldenburg und Baden, welche wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeignet sind, sowie als Freihäfen auch Bremen und Hamburg, seit October 1888 jedoch, wo ihr Zollanschluß an das Reich erfolgte, nur noch theilweise; die Zollausschlüsse haben zu den Ausgaben des Reiches durch Zahlung eines Aversums beizutragen. Zollanschlüsse, d. h. ausländische Gebiete, welche zum Zollverbände gehören, sind Luxemburg und die tirolische Gemeinde Jungholz. Statt der früher in Zollvereinsachen erforderlichen Uebereinstimmung aller Vereinsmitglieder entscheidet jetzt die Zollgesetzgebung, und diese steht ausschließlich dem Reiche zu. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt unter Reichsaufsicht jedem Bundesstaate innerhalb seiner Grenzen überlassen. Der Reinertrag sollte nach der Reichsverfassung in die Reichskasse fließen. Später (1879) wurde jedoch die Jahreseinnahme des Reiches aus den Zöllen und der Tabaksteuer auf die Summe von 130 Millionen Mk. beschränkt; der Mehrertrag ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Matricularbeiträge zu überweisen.³

Nach Aufhebung der Durchfuhrzölle (1861) und nachdem mit dem Zoll auf Lumpen auch der letzte aller Ausfuhr-

³ In Preußen wurde diese Einnahme zur Aufhebung der beiden untersten Klassensteuerebenen, sowie zur Erleichterung der übrigen Klassensteuerebenen und der untersten Einkommensteuerebenen benutzt (oben § 76 Nr. 1). Die Mehreinnahme aus der 1885 erfolgten Steigerung der Getreide- und Viehzölle wurde in Preußen den Communalverbänden überwiesen.

zölle weggefallen war (1873), kennt die deutsche Zollgesetzgebung nur noch Eingangs- oder Einfuhrzölle.⁴

Die Einfuhrzölle werden nach Maßgabe eines Zolltarifs, welcher die zollpflichtigen Waaren in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe der Zollsätze aufzählt, erhoben. Im Jahre 1879 wurde das bisherige gemäßigt freihändlerische System aufgegeben (oben § 28 folg.) und ein neues Tarifgesetz (v. 15. Juli 1879) erlassen, welches zum Schutze der inländischen Production gegen die Concurrenz des Auslandes die bisherigen Einfuhrzölle erhöhte und für viele Artikel, welche bisher zollfrei gewesen waren, insbesondere Getreide und Holz, Einfuhrzölle einführte. Neue Zollerhöhungen, insbesondere für Getreide und Holz, und neue Zölle, z. B. auf Cichorie und Kreide, brachte eine Tarifnovelle (v. 22. Mai 1885).⁵

Die gegenwärtige Tarifgesetzgebung geht von dem Princip der Zollpflichtigkeit aller Einfuhrartikel aus; die zollfreien Gegenstände werden als Ausnahme besonders genannt.⁶ Die Zölle sind theils Finanzzölle (die Zölle auf Artikel, welche gar nicht im Inlande producirt werden, und der Salz Zoll, weil er nicht höher ist als die innere Salzsteuer), theils Schutzzölle, und diese letztern sind theils agrarische zum Schutze der Land- und Forstwirtschaft, theils industrielle mit Einschluß derjenigen zum Schutze des Bergbaus und der Montanindustrie. Die Zölle sind in der Regel für 100 Kilogramm bemessen (Gewichtszölle), nur ausnahmsweise nach dem Preise der Waare (Werthzölle). Sie sind für Fabrikate höher als für Rohstoffe, für Ganzfabrikate höher als für Halbfabrikate.

⁴ Mit den Ein- und Ausfuhrverboten zum Schutze der inländischen Production (Prohibitivsystem) hatte bereits das preussische Zollgesetz v. 1818 gebrochen (oben § 18). Verschieden von solchen protectionistischen Verböten sind Verböte aus polizeilichen Gründen, z. B. Ausfuhrverböte bei Kriegs- und Einfuhrverböte bei Seuchengefahr.

⁵ Der Versuch der deutschen Zollpolitik, der inländischen Production durch Zurückdrängung der fremden Einfuhr zu einer Erweiterung des Absatzes auf dem inländischen Markte zu verhelfen, hat einerseits zur Ueberproduction verleitet, andererseits das Ausland zu Repressalien veranlaßt, durch welche die inländische Industrie auf den ausländischen Märkten empfindliche Einbuße erlitten hat.

⁶ Z. B. literarische- und Kunstgegenstände, sowie einzelne Rohstoffe. Zollbefreiungen für an sich zollpflichtige Waaren sind nachgelassen für bestimmte kleine Mengen, im kleinen Grenzverkehr mit den unmittelbaren Nachbarorten, im Reise- und Umzugsverkehr.

Die Zollentrichtung wird durch Gewährung von Zollcredit erleichtert und zwar entweder durch Zollstundung bis zum Absatze der eingeführten Waaren oder durch Hinausschiebung der Verzollung der Waaren, welche inzwischen unter amtlichen Verschluss genommen werden oder in Zollniederlagen unter amtlicher Aufsicht gelagert werden. Diese zollfreien Niederlagen heißen Transitlager, wenn sie für bloß transitirende Waaren bewilligt werden, welche nur verzollt zu werden brauchen, wenn sie zum Zweck des inländischen Absatzes aus dem Lager herausgenommen werden, im Falle der Wiederausfuhr dagegen vom Eingangszoll frei bleiben. Solche Transitlager sind für Holz, Getreide und andere Erzeugnisse des Landbaus bewilligt. Werden bereits gezahlte Einfuhrzölle wieder vergütet, so heißen diese Rückvergütungen Rückzölle. So soll den Inhabern von Getreide- und Oelmühlen bei der Ausfuhr der von ihnen aus ausländischem Getreide bez. ausländischen Oelfrüchten hergestellten Mühlenfabrikate der Einfuhrzoll auf das verarbeitete ausländische Material in entsprechendem Umfange vergütet werden.⁷ Verwandt mit den Rückzöllen sind die Steuer rückvergütungen, welche bei der Ausfuhr inländischer Fabrikate zum Ersatz der gezahlten Verbrauchssteuern bewilligt werden. Uebersteigen dieselben den wirklich gezahlten Steuerbetrag (z. B. beim Export des Rübenzuckers in Folge der bisherigen Materialsteuer und beim Branntweinexport in Folge der bisherigen Maischraumsteuer), so werden daraus Ausfuhrprämien.

Was die Handels- und Zollverträge betrifft, so wurden seit 1879 zu Gunsten autonomer Tarifgesetzgebung in Geltung gelassen und neu abgeschlossen nur bloße Meistbegünstigungsverträge, welche beiden Theilen in allen Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten die Behandlung auf dem Fuße der meistbe-

⁷ Zur Beförderung der Ausfuhr inländischer Fabrikate aus ausländischem Material dient auch der in Handelsverträgen gegenseitig zugelassene zollfreie Veredlungsverkehr. Z. B. ein Land läßt rohe Gewebe, welche ihm aus einem andern Lande zur Färbung und Bedruckung zugesandt werden, zollfrei einführen unter der Bedingung, daß sie in bestimmter Zeit im verarbeiteten Zustande wieder ausgeführt werden, und umgekehrt das Land, aus welchem die rohen Gewebe zur Verarbeitung geschickt wurden, läßt die rückkehrenden Fabrikate zollfrei wieder einführen. Ein solcher Veredlungsverkehr in Geweben bestand früher vertragsmäßig zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich. Beibehalten ist ein Veredlungsverkehr in dem Vertrage mit der Schweiz (1881).

günstigsten Nation zusichern, ohne besondere, vom gesetzlichen Tarif abweichende Zollsätze zu vereinbaren. In einigen neuern Verträgen kommen jedoch wieder Conventionaltariffsätze für bestimmte Waaren (z. B. Olivenöl und gewisse Südfrüchte) vor, welche demgemäß auf Bescheinigung ihrer Herkunft aus dem betreffenden Vertragsstaate (Ursprungscertificat) zu den vertragsmäßig ermäßigten Zollsätzen eingeführt werden können. Die zu Gunsten eines einzelnen Landes ermäßigten Zollsätze (Differenzialzölle) bilden eine Gegenconcession für Zollvergünstigungen, welche jenes Land seinerseits uns bewilligt hat.⁸ Umgekehrt können die gesetzlichen Tarifsätze bis zu 50 % ihres Betrages für Waaren aus Staaten gesteigert werden, welche deutsche Schiffe und Waaren ungünstiger als nichtdeutsche behandeln (Retorsions- oder Kampfzölle). Ermäßigte Conventionaltarife sind neben grundsätzlicher Festhaltung am Schutzollsystem von der jetzigen Reichsregierung als allgemeine Grundlage für die Erneuerung der demnächst ablaufenden Handelsverträge in Aussicht genommen. Auf dieser Grundlage wird zur Zeit mit Oesterreich-Ungarn unterhandelt, dessen Handelsvertrag mit Deutschland Ende 1891 abläuft.

4. Staatsschulden.

§ 79. Die Staatsschulden beruhen auf dem Staats-, also öffentlichem Credit. Der Credit, auf welchem die modernen Staatsschulden beruhen, kommt aber als öffentlicher auch noch in dem besondern Neben Sinne eines durch öffentliche Creditpapiere bekundeten Credits in Betracht. Öffentliche Staatscreditpapiere sind die Papiergeldscheine und die verschiedenen Arten der Staatsschuldverschreibungen. Der Staatscredit, welcher durch Ausgabe von Papiergeld genommen wird, ist unverzinslicher; derjenige dagegen, welcher durch Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen genommen wird, verzinslicher, wofür der Staat Zinsen (wenn auch nicht immer unter diesem Namen) gewährt. Ferner kann gleich dem Privatcredit auch der Staatscredit Productiv- oder Consumtivcredit sein, ersteres namentlich dann,

⁸ Eine Differenzialverzollung der gleichen Waaren nach Verschiedenheit ihrer Herkunft kommt im Tarifgesetze selbst auch so vor, daß bei einzelnen Waaren (Salz und Schiefer) der Zollsatz höher ist, wenn sie landwärts als wenn sie seewärts eingeführt werden.

wenn er zu Eisenbahnen, Kanälen und andern gemeinnützigen und gewinnbringenden Anlagen aufgenommen wird. Nimmt der Staat gegen Pfänder Credit, so liegt Realcredit vor, sonst Personalcredit, welch' letzterer jetzt in allen finanziell geordneten Staaten die Regel bildet.¹ Endlich kann auch der Staatscredit kurzer oder langer Credit sein. Auf dem Gegensatze des kurzen und langen Credits beruht die Haupteintheilung der Staatsschulden, wonach diese in schwebende und dauernde zerfallen.

1) Die schwebenden Schulden sind kurzfristige oder sogar jederzeit fällige Schulden. Sie werden meist für vorübergehende Zwecke, insbesondere zur Ausgleichung eines augenblicklichen Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben aufgenommen. Im Verfassungsstaate gehören dahin namentlich die Credite, wodurch etatsmäßige Einnahmen zu etatsmäßigen Ausgaben anticipirt werden. Diese können von der Finanzverwaltung im Verordnungswege aufgenommen werden, während andere Creditaufnahmen (sog. Anleihen) nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen dürfen.² Daher die neuere Unterscheidung zwischen Verwaltungs- und Finanzschulden.

Schwebende Schulden sind namentlich die durch Ausgabe von Schatzanweisungen (s. unten) contrahirten. Auch können etatsmäßige Einnahmen für etatsmäßige Ausgaben anticipirt werden durch Benutzung von Bankcredit, insbesondere Contocorrentcredit bei der Bank, welche die Kassengeschäfte des Staates führt.

Das Papiergeld erscheint als schwebende Schuld, wenn

¹ Eine Generalthypothek wurde bei der Regulierung der preussischen Staatsschulden im J. 1820 bestellt, indem die gesammten damaligen Schulden durch Verpfändung des gesammten damaligen Staatsvermögens, insbesondere der Domänen, Forsten und säcularisirten Güter sichergestellt wurden (Verordn. v. 17. Jan. 1820 wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschuldenwesens).

² Preuss. Verfassung Art. 103. Reichsverf. Art. 73. Ebenfalls wird die Form des Gesetzes auch erfordert für die Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates. Staatsgarantien sind nur eventuelle Staatsschulden für die Erfüllung einer fremden Verbindlichkeit. Am bekanntesten sind die für Eisenbahnunternehmungen auf Actien übernommenen sog. Zinsgarantien, wodurch den Actionären eine jährliche Dividende von bestimmter Höhe verbürgt wird, mit der Verpflichtung, Zuschuß zu leisten, wenn und soweit die Einnahmen der Bahn nicht ausreichen.

und insofern es jederzeit an der Staatskasse einlösbar ist, wie z. B. die deutschen Reichsskassenscheine (oben § 68 a. E.). Insofern aber die eingelösten Papiergeldscheine bis zur Außercurssetzung immer wieder von Neuem ausgegeben werden können, nähert sich auch die einlösbare Papiergeldschuld einer dauernden Schuld. Auch ist zu ihrer Aufnahme wie bei Anleihen verfassungsmäßig die Form des Gesetzes erforderlich. Nach Art des jederzeit einlösbaren Papiergeldes rechnet man auch die von Gerichts- oder Regierungskassen angenommenen Depositen- oder Hinterlegungsgelder zu den schwebenden Schulden.

2) Dauernde Schulden sind die auf eine bestimmte oder unbestimmte längere Zeitdauer berechneten Anleihe-schulden, welche dem Staate die Mittel zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben gewähren sollen.

Die wichtigste Eintheilung der dauernden Schulden ist die in Rentenschulden und vertragsmäßig zurückzuzahlende. Bei den erstern hat der Staat den Gläubigern gegenüber keine Verpflichtung zur Rückzahlung des Anleihekapitals, sondern nur zur Zahlung des für die Ueberlassung desselben versprochenen (verkauften) Rentenbetrags. Die vertragsmäßig zurückzuzahlenden waren die früher gewöhnlichen, indem sich der Staat wie bei einfachen Privatarlehen verpflichtete, das Kapital in der vertragsmäßig bestimmten Zeit oder auf erfolgte Kündigung der Gläubiger zurückzuzahlen. Die Renten-anleihen kamen zuerst in England und Frankreich auf und sind jetzt auch in andern Staaten, insbesondere auch in Preußen (seit 1869) und dem Deutschen Reiche die herrschende Anleiheform. Mit der Pflicht ist aber nicht auch das Recht des Staates zur Rückzahlung ausgeschlossen. In dieser Beziehung ist vielmehr zu unterscheiden, ob die Rentenschuld auf Seiten des Staates eine kündbare oder eine unkündbare (sog. ewige) ist. Im ersten Falle ist der Staat berechtigt, die Renten gegen Zahlung des entsprechenden Kapitalbetrags einzulösen. Nach jetziger Praxis ist ein solches Kündigungsrecht des Staates regelmäßig zulässig. Besondere Arten vertragsmäßig zurückzuzahlender Staatsschulden sind die Zeit- und Leibrenten und die Lotterie- oder Prämienanleihen. a) Bei den Zeit- und Leibrenten erfolgt die Rückzahlung mit den für die Ueberlassung des Kapitals gewährten Renten, welche den gewöhnlichen Zinsfuß überschreiten, da sie zugleich zur Verzinsung und zur allmähigen Abtragung des Kapitals dienen

soßen. Sie endigen mit Ablauf des für die Rentenzahlung festgesetzten Zeitraums und können vorher nicht gekündigt werden. b) Bei den Lotterie- oder Prämienanleihen (s. unten) erfolgt die successive Rückzahlung des Schuldkapitals nach einem Verloosungsplane und die Verzinsung ganz oder zum Theil in Form ausgelookter Gewinne (Prämien).

Verschieden von der vertragsmäßigen Rückzahlungspflicht ist eine der Finanzverwaltung auferlegte bestimmte gesetzliche Tilgungspflicht, die aber heut zu Tage auch nicht mehr üblich ist (s. unten).

Die dauernden Schulden heißen, mit Rücksicht auf früher übliche Einrichtungen zu ihrer Deckung und allmäligen Tilgung, auch fundirte oder auch consolidirte Schulden. Unter dem letztern Ausdrucke werden jetzt vorzugsweise die im Wege der Schuldenzusammenziehung unificirten Staatsschulden verstanden (s. unten). In Frankreich heißt die schwebende Schuld la dette flottante, die dauernde Schuld la dette inscrite, weil dort nach dem Vorgange Englands jede dauernde Schuld in das große Staatsschuldbuch (le grand livre de la dette publique) eingetragen wird.

§ 80. Entsprechend dem Unterschiede der schwebenden und dauernden Schulden zerfallen die über die einzelnen Theilbeträge einer Schuld ausgestellten Staatsschuldverschreibungen (Partialobligationen) in Schatzanweisungen und Staatsschuldverschreibungen (Staatspapiere im engern Sinne). Zu den letztern gehören die Rentenpapiere und die Prämiencheine.

1) Die Schatzanweisungen sind schwebende Schulden in Form von Anweisungen der Finanzverwaltung auf die Staatskasse, welche das Versprechen der Zahlung einer bestimmten Summe zu einem bestimmten kürzern Fälligkeitstermine enthalten. Sie werden in Abschnitten von verschiedenen, meist hohen Beträgen und für gewöhnlich mit höchstens einjähriger Umlaufszeit ausgegeben. Sie sind entweder an den Inhaber oder an Namen (Ordre) zahlbar, entweder verzinslich oder unverzinslich. Aber auch bei sog. unverzinslichen Schatzanweisungen beziehen diejenigen, welche dem Staate dagegen Geld leihen (gewöhnlich Banken), einen Zinsvortheil gleich dem der Wechseldisconteure, indem sie dem Staate den Betrag der Anweisung unter Abzug des Discontos auszahlen. Die deutsche Reichsregierung hat auf den Inhaber lautende verzinsliche und neuerdings auch unverzinsliche Schatzanweisungen ausgegeben. Durch

Statzgefetze wurde dieselbe ermächtigt, Anweisungen nicht nur zur Anticipation ordentlicher, sondern auch außerordentlicher Einnahmen (zur Hinausschiebung der Aufnahme einer Anleihe) zu benutzen und den Betrag der Anweisungen während der Dauer der Umlaufszeit wiederholt auszugeben, um durch die neuen die zuvor in Verkehr gesetzten zu decken.¹

2) Die Rentenpapiere über die Theilbeträge einer Rentenschuld verbriefen entweder einen Kapitalbetrag nebst Zinsen oder lediglich einen jährlichen Rentenbetrag. a) Die Rentenpapiere in Form von Schuldverschreibungen über ein Kapital nebst Zinsen lehnen sich an die ältern Staatsschuldverschreibungen (Staatsschuldscheine) über einfache verzinsliche Darlehen. Sie sind die am meisten, besonders in Deutschland übliche Form der Rentenpapiere. Sie sind entweder Namenpapiere, welche durch Indossament übertragbar sind, oder gewöhnliche Inhaberpapiere. Diesen letztern (mitunter auch den erstern) sind auf den Inhaber lautende Zinscheine (Coupons) nebst einem Erneuerungsschein (Talon), gegen welchen seiner Zeit eine neue Serie von Coupons bezogen werden kann, beigefügt. Die preussischen und Reichsschuldverschreibungen sind Inhaberpapiere. Nach der preuß. Gesetzgebung über das Staatsschuldbuch (seit 1883) können die auf den Inhaber lautenden 4- und 3 1/2 % igen Staatsschuldverschreibungen auf Antrag des Inhabers in das von der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu führende Staatsschuldbuch eingetragen und dadurch in Buchschulden des Staates auf den Namen eines bestimmten Gläubigers umgewandelt werden. b) Auf Grund der hergebrachten Führung eines Staatsschuldbuchs, in welches die in einzelne Rentenbeträge zerlegte Rentenschuld auf den Namen der einzelnen bezugsberechtigten Gläubiger eingetragen wird, haben in England und Frankreich die Rentenpapiere die Form von auf den Namen (Ordre) oder den Inhaber lautenden Certificaten über das Recht auf den Bezug einer bestimmten jährlichen Rente.² — Der Unterschied zwischen den auf das Kapital selbst

¹ Schatzanweisungen wurden zuerst in England eingeführt (exchequer bills seit 1695), viel später in Frankreich (bons du trésor seit 1814) und nachher auch in Preußen (1866) und im Deutschen Reiche (1867).

² In England datiren die Certificate (stock certificates, consols) erst seit 1863; bis dahin wurde die Rente lediglich in das „große Buch“, welches die Bank von England führt, eingetragen. In Frankreich kamen sie gleich

und den lediglich auf Rente lautenden Rentenpapieren ist jedoch nur von formeller Bedeutung. Denn auch im ersten Falle ist der Staat den Gläubigern nicht zur Rückzahlung des Kapitals verpflichtet und ist vermöge des Kündigungsrechts auch im zweiten Falle berechtigt, sich durch Zahlung des der Rente entsprechenden Kapitalbetrags von der Rentenschuld zu befreien. Welchem Zinsfuße und welchem Kapitalbetrage die Rente entspricht, ergibt sich aus ihrer Bezeichnung als 3⁰/₁₀ ige, 4⁰/₁₀ ige u. s. w.

3) Ueber Lotterie- oder Prämienanleihen werden Staatsschuldverschreibungen in der Form von Prämien Scheinen (Loosen) auf den Inhaber ausgegeben. Bei diesen ist der Staat vertragsmäßig verpflichtet, die Kapitalbeträge, worauf sie lauten, zurückzuzahlen. Zu diesem Behuf werden sie nach Maßgabe des festgesetzten, auf die Dauer von Decennien berechneten Verloosungsplans nach und nach ausgelooft und zwar alle oder eine Anzahl von ihnen mit Prämien von verschiedener Höhe. In den bestimmten periodisch wiederkehrenden Terminen wird durch die Verloosung entschieden, welche der Prämien Scheine zur Zeit einzulösen sind, welchen von ihnen Gewinne und welche Gewinne ihnen zufallen sollen. Die verloosten Gewinne vertreten die Stelle der Zinsen. Doch giebt es auch Lotterieranleihen, deren Prämien Scheine, so lange sie noch nicht gezogen worden, zu einem niedrigen Zinsfuße verzinst werden. Innerhalb des Deutschen Reiches sind Lotterieranleihen, bei denen die Zinsen ganz oder theilweise als Gewinne verloost werden, nur auf Grund eines Reichsgesetzes zulässig (Ges. v. 8. Juni 1871, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien).

§ 81. Die Aufnahme einer Staatsanleihe erfolgt durch Emission der darüber ausgestellten Staatspapiere, d. h. dadurch, daß diese Papiere in Umlauf gesetzt, also im Publicum untergebracht (placirt) werden. Die Emission geschieht entweder durch den Staat selbst oder durch Vermittelung von Emissionshäusern.

mit der Einführung des „großen Buchs“ (1793/97) auf. Sie haben hier die Form eines Auszugs aus dem „großen Buch“ (extrait d'inscription oder inscription schlechthin). Im Uebrigen zerfallen die französischen Rentenpapiere in rentes nominatives und rentes au porteur, in titres nominatifs, titres au porteur und titres mixtes (titres nominatifs de sommes fixes munis de coupons au porteur).

1) Der Staat selbst emittirt die Papiere entweder im Wege des Privatverkaufs oder im Wege der öffentlichen Subscription. a) Der Privatverkauf erfolgt regelmäßig in der Art, daß der Staat die Papiere durch Mandatare an der Börse allmählig verkaufen läßt. In Frankreich giebt es Privatverkauf an das Publicum durch die Hauptsteuereinnahmer, welche das Recht haben, selbst Renteninscriptionen im „großen Buche“ zu besorgen und Rentencertificate auszustellen. b) Will der Staat im Wege der öffentlichen Subscription eine Anleihe emittiren, so wendet er sich unter Bekanntmachung der Höhe der Anleihe, des Subscriptionspreises und der sonstigen Anleihebedingungen an das Publicum, d. h. alle Kapitalbesitzer, mit der Einladung, sich an der Anleihe zu betheiligen und zu diesem Zweck ihre Namen und den Betrag, zu welchem sie sich betheiligen wollen, in die an den festgesetzten Zeichnungsstellen ausgelegten Listen einzutragen, vorbehaltlich einer verhältnißmäßigen Reduction im Falle der Ueberzeichnung. Diese Subscriptionsanleihen heißen auch Volks- oder Nationalanleihen.¹

2) Die Emission erfolgt durch Vermittelung von Emissionshäusern, wenn diese die Anleihe fest oder commissionsweise übernehmen, um sie in ihrem eigenen Namen an das Publicum zu vertreiben. Emissionshäuser sind Bankhäuser,² einzelne oder eine Gelegenheitsgesellschaft (Consortium, Syndicat). Der Ueberlassung der Anleihe an solche Vermittler kann eine öffentliche Submission vorausgehen, d. h. der Staat erläßt eine Aufforderung, ihm Offerten mit Angabe der Uebernahmebedingungen einzureichen und ertheilt dann der günstigsten Offerte den Zuschlag. Der Vertrieb durch den Vermittler geschieht ebenfalls durch allmählichen Verkauf an der Börse oder durch Einladung des Publicums zur Subscription. Der Gewinn des Vermittlers besteht entweder in der Differenz zwischen dem Uebernahmepreise (Begebungscurs) und dem höhern Curs, zu dem er die übernommenen Papiere placirt, oder in einer bestimmten Provision. Soll ausländisches Kapital zur Betheiligung

¹ Preußen und das Deutsche Reich beschritten im Febr. 1891 den Weg der öffentlichen Subscription; die zum Subscriptionspreise von 84,40 Mark ausgeschriebene 3%ige Anleihe wurde mehr als 30 mal überzeichnet.

² Die preußischen Anleihen wurden bis 1867 durch die Seehandlung emittirt (§ 41³).

an der Anleihe herangezogen werden, so müssen auch ausländische Bankhäuser als Vermittler herangezogen werden, um die Anleihe bei den Kapitalisten ihres Heimathslandes zu placiren. Jenachdem sich der Staat bei Aufnahme der Anleihe ausschließlich oder vorzugsweise an das heimische oder das fremde Kapital wendet, unterscheidet man inländische und ausländische Anleihen.

Die in den obigen Formen aufgenommenen Anleihen sind vertragsmäßige oder freiwillige, im Gegensatz zu den in besondern Nothfällen ausgeschriebenen Zwangsanleihen, deren Theilbeträge gleich einer Steuer auf die Staatsangehörigen umgelegt werden.

§ 82. Mit dem Anschwellen der Staatsschulden fühlte man sich veranlaßt, eine langsame, aber systematische Abtragung derselben dadurch herbeizuführen, daß man dieselben einer allmäligen planmäßigen Tilgung (Amortisation) mit Hilfe bestimmter Tilgungsfonds unterwarf. Der Tilgungsplan war entweder ein allgemeiner gesetzlicher oder ein vertragsmäßig für die einzelnen Anleihen vereinbarter,¹ und die Finanzverwaltung war hiernach gesetzlich oder vertragsmäßig an die Zunehaltung einer bestimmten Tilgung gebunden. In der neuern Zeit dagegen wurde einerseits die Zahl der vertragsmäßig zurückzuzahlenden Schulden mit der Verallgemeinerung des Rentenschuldsystems immer geringer und anderseits der gesetzliche Zwang zur Zunehaltung einer bestimmten Tilgung dadurch beseitigt, daß die Verwaltung ermächtigt wurde, die keiner bestimmten vertragsmäßigen Tilgung unterliegenden Schulden nach Maßgabe der jeweilig verfügbaren etatsmäßigen Mittel zu tilgen. Zuerst wurde das Princip der gesetzlichen Tilgungspflicht in England (1828) aufgegeben, dann in Frankreich (1848) und Oesterreich (1856) und neuerdings auch in Preußen (1869) und nach preussischem Vorbild auch im Deutschen Reiche. Planmäßige Tilgung kommt, abgesehen von Lotterieanleihen, noch bei Anlagenschulden vor, z. B. bei Eisenbahnschulden (so in Preußen).

¹ So wurde in Preußen durch die oben (§ 79 ¹) erwähnte Verordnung v. 17. Jan. 1820 bestimmt, daß zur Amortisation sämmtlicher verzinslicher Schulden jährlich ein Procent des damaligen Schuldkapitals sammt den durch die fortgesetzte Tilgung ersparten Zinsen als allgemeiner Tilgungsfond dienen sollte, und nach gleichen Grundsätzen wurde auch später für die einzelnen Anleihen die Tilgung in dem jedesmaligen Anleihegesetz geregelt.

Im Uebrigen werden neue Anleihen nur noch vereinzelt aus besondern Gründen als amortisirbare contrahirt (z. B. 1878 in Frankreich 3%ige in 75 Jahren amortisirbare Renten).

Abgesehen von Zeit- und Leibrenten und Lotterieanleihen kommen als Methoden, Staatsschulden zur Tilgung zu bringen, folgende in Betracht:

1) Allgemeine Kündigung der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen einer gewissen Anleihe zur Rückzahlung nach dem Nennwerth (al pari), bez. bei lediglich auf Rente lautenden Rentenpapieren zur Rückzahlung des der Rente entsprechenden Kapitalbetrags.

2) Successiver Ankauf der Schuldverschreibungen an der Börse zum Tageskurs, wenn dieser unter dem Nennwerth (unter Pari) steht.

3) Successive Ausloosung der Schuldverschreibungen zur Rückzahlung al pari, wenn die im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen einer gewissen Anleihe nur successiv zur Einlösung gekündigt werden sollen, oder wenn entweder die Anleihe als eine im Wege der Verloosung amortisirbare contrahirt worden ist, oder, wie bei den frühern preussischen Anleihen, aushilfsweise dann, wenn wegen Coursstandes über Pari der börsemäßige Ankauf unter dem Nennwerth nicht ausführbar ist.

4) Conversion, d. h. Umwandlung einer ältern Schuld in eine neue, insbesondere so, daß die umzuwandelnde Schuld mit der Alternative gekündigt wird, ob die Gläubiger das Kapital zurückempfangen oder die neu creirten Papiere gegen die alten eintauschen wollen. Gewöhnlich ist sie auf eine Zinsreduction gerichtet, wobei den Gläubigern die Wahl gestellt wird, ob sie das Kapital zurückempfangen oder niedriger verzinsliche Papiere statt der bisherigen höher verzinslichen annehmen wollen, auf welches Letztere man durch das Versprechen einer Convertirungsprämie an die bis zu einem bestimmten Termine zur Convertirung eingereichten Papiere hinzuwirken pflegt. Zwangsweise Durchführung einer solchen Zinsconversion ist ein Act partieller Zahlungseinstellung.

5) Consolidation, d. h. Zusammenziehung mehrerer Schuldemissionen zu Einer Schuld, gewöhnlich in Verbindung mit Conversion, um eine Mehrzahl verschiedenartig contrahirter Schulden in eine einzige gleichförmige Schuld umzuwandeln. Die neue uni-

ficirte Schuld heißt eine consolidirte. Zur Anbahnung einer Consolidation der gesammten preussischen Staatsschuld erging das Gesetz (v. 19. Dec. 1869), betreffend die Consolidation preussischer Staatsanleihen. Der Zweck dieses Gesetzes, welches zunächst 17 ältere Anleihen in eine neue consolidirte Anleihe umwandelte, war ein dreifacher: 1) die Herstellung einer einheitlichen Verbriefungsform; 2) die Herstellung eines einheitlichen Zinsfußes, indem an Stelle der vom Gesetz betroffenen theils 4%, theils $4\frac{1}{2}\%$ igen Anleihen eine consolidirte $4\frac{1}{2}\%$ ige Anleihe treten sollte; 3) die Beseitigung der verschiedenartigen Tilgungsverpflichtungen, welche mit den vom Gesetz betroffenen ältern Anleihen verbunden waren, zu Gunsten des Princip's freier Schuldentilgung, welches für die neue consolidirte Anleihe eingeführt wurde. In Bezug auf die eventuelle Tilgung dieser neuen Anleihe bestimmte das Gesetz Folgendes. a) Die Tilgung erfolgt, „sobald und soweit etatsmäßige Ueberschüsse der Staatseinnahmen über die Ausgaben sich ergeben, und soweit über dieselben im Staatshaushaltsetat nicht anderweitig verfügt wird,“ und zwar in der Art, daß diese Mittel zum Ankauf einer entsprechenden Anzahl von Schuldverschreibungen verwendet werden. b) Dem Staate bleibt das Recht vorbehalten, vom 1. Januar 1885 ab die im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen zur Einlösung gegen Baarzahlung des Kapitalbetrags zu kündigen. Nach dem Vorbilde dieser Vorschriften wurden auch die spätern preussischen und Reichsanleihen begeben und zwar seit 1876 auch 4% ige consolidirte Anleihen. Die 4%, bez. $4\frac{1}{2}\%$ igen Anleihen und die darüber ausgestellten Schuldverschreibungen heißen Consols.

